

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Litauen
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 20 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beranbahnungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (teil-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Minister-Anklage.

„... Ich will gar nicht von den dreisten, die Wahrheit auf den Kopf stellenden Angriffen gegen die Verteidigung reden. Ich beabsichtige nicht, mich mit Herrn v. Jedlitz aneinanderzusetzen, obgleich ich ein Interesse daran habe, mich gegen den öffentlich erhobenen Vorwurf der frivolen Handlungsweise zu wehren. Die Worte des Herrn v. Jedlitz werden überall aufgefaßt werden als das, was sie sind: Äußerungen eines beschränkten Fanatikers. Aber es ist nicht gleichgültig, was der Minister des Innern gesagt hat. Es könnte uns zu neuen Beweisansprüchen führen, daß der Minister sagte, die Zeugen, welche polizeiliche Ausschreitungen bezeugt haben, gehören zu den Betroffenen, die die Vorgänge aufgebaut, wenn nicht gar zum Teil mit Absicht entsetzt haben... Ich will die Frage aufwerfen, ob noch eine weitere Beweisaufnahme nötig ist zur Widerlegung dieser grundlosen und frivolen Verdächtigung der Zeugen...“

Verteidiger Heine in der Mittwochsitzung des Moabiter Schwurgerichtsprozesses.

Nach Bethmann Hollweg Dallwitz! Für jeden Moabiter Prozeß ein angeklagter Minister. Der Reichskanzler mußte von der Verteidigung im Strafkammerprozeß der verurteilten Boeinführung der Richter angeklagt werden. Der preussische Polizeiminister folgt ihm jetzt im Schwurgerichtsprozeß unter nicht minder schwerer Anklage. Es ist, als wollte die regierende Junkerbureaucratie den Beweis liefern, daß der Klassenstaat kein Rechtsstaat sein kann, daß unsere herrschenden Klassen die Justiz als die unbedingte Magd ihrer Interessen beanspruchen, daß sie ihre Herrschaft bedroht meinen, sobald die Justiz auch nur den leisesten Anlauf nimmt, sich nicht etwa unabhängig von den herrschenden Klassen zu machen — wie könnte sie das, da die Herren Richter selbst bis über die Ohren in den Anschauungen der herrschenden Klassen stecken! —, aber doch in geringem Maße Tatsachen anzuerkennen, die eben so hart und unerbittlich sind, daß sie nicht ignoriert werden können, auch wenn die Tatsachen nicht im Interesse der herrschenden Klasse liegen. Die Herren Junker und Scharfmacher wollen zuverlässige Richter, die sich ihnen mit Haut und Haaren verschreiben. Und wenn die zuverlässigsten Richter, die aufzutreiben waren, unter dem zwingenden Druck einer überwältigenden Beweisaufnahme sich den Wünschen der Herrschenden doch verlegen müssen, weil sie schließlich doch auch im Reiche der Klassenjustiz nicht bloß Junker bezw. Bourgeois, sondern auch Richter sind, so pfeifen die Junker und Scharfmacher auf den Spruch der Richter, so verdächtigt der Sprecher der Regierung die Zeugen, auf deren Aussagen das Gericht trotz aller einschränkenden Erwägungen sein Urteil aufbaute, so stößt er die Feststellungen des Urteils nichtachtend beiseite! Junker und Scharfmacher wollen selbst den unzulänglichsten Versuch, Gerechtigkeit zu üben, nicht dulden, wenn der Klassenkampf seinen Schatten in den Gerichtssaal wirft. Dann soll der Richter nichts sein als der Nachrichter, der das Urteil der herrschenden Klasse ohne weitere Ueberlegung rückwärts vollstreckt. Und der Polizeiminister, der Sprecher der angeblich unparteiischen Regierung, gibt ihren Gefühlen so treffenden Ausdruck, daß ihre Vertreter ihm lauten Beifall spenden!

Die geistlichen Reden, mit denen am Dienstag Scharfmacher und Scharfmacher-Minister im preussischen Abgeordnetenhaus über den ihnen sehr unangenehmen Ausgang des Moabiter Strafkammer-Prozesses quittiert haben, wurden am Mittwoch in der Verhandlung des Schwurgerichts-Prozesses von der Verteidigung in der Weise beantwortet, die sie verdienen. An sich gibt es in einem Rechtsstaat gewiß nichts Empörenderes, als wenn einer der höchsten Beamten des Staats das Urteil von Richtern, das in neunwöchiger angestrengter Verhandlung geschöpft wurde, einfach mißachtet, es mittelbar für einen totalen Fehlspruch erklärt und dann vor dem Parlament ein tendenziöses, fragenhaftes Herrbild der Ergebnisse des Prozesses entwirft, dem jede sachliche Unterlage fehlt, das nur bei völliger Außerachtlassung der gesicherten Feststellungen der zweimonatlichen Verhandlungen möglich wird. Das sollte an diesem Unterfangen ist die völlig grundlose und beweislose Verdächtigung der Verteidigungszeugen, eine Verdächtigung, die mit Behauptungen gestützt werden soll, die zu den feststehenden Tatsachen im schreiendsten Widerspruch stehen. Denn daß die Zeugen Kaufmann Preuß, Kaufmann Jordan (beide waren im Strafkammerprozeß von der Staatsanwaltschaft geladen), Schneidermeister Oslath, Kgl. Förster a. D. Trebor, Kaufmann Britschau, Architekt Weisbach, Mechaniker Proß, Zimmermeister Ditto, Rechtsanwalt Vallieu und noch manche andere, die zum Teil gar nicht mal auf den Strahlen, sondern von Fenstern und Balkonen ihre Beobachtungen gemacht haben, daß diese Leute an den Unruhen beteiligt gewesen und deshalb in ihren Bekundungen aufgebaut und die Tatsachen zugunsten der Polizei entsetzt hätten, das ist eine so sehr gegen den klarsten Augenschein verstoßende Unwahrheit, daß sie an ihrem eigenen Gift stirbt. Diese Zeugen können schon ihrer sozialen Stellung wegen keiner Sympathie mit Krawallern oder Boreingenommenheit gegen die Polizei beschuldigt werden; sie haben außerdem auch noch den für die Polizei

und dem Minister wesentlichen Umstand für sich, daß sie durch die Bank Gegner der Sozialdemokratie sind. Die Verdächtigungen dieser Zeugen, ehrenwerter Männer, prallen an den sprechenden Tatsachen glatt ab und werden bei allen urteilsfähigen Menschen gerade den entgegengesetzten Eindruck machen, den der Polizeiminister beabsichtigte.

Die Empörung über diese unerhörte Verfehlung der gesicherten Tatsachen ins direkte Gegenteil, diese sträfliche Ignorierung der Feststellungen des Strafkammerurteils wird indes begleitet von dem Gefühl, daß diese Aktion der Dallwitz, Jedlitz usw. nur das Eingeständnis ist, daß die Reaktion das Spiel Moabit gänzlich verloren hat. Ihre Reden waren Wutausbrüche über den verlorenen Einsatz, Wutausbrüche darüber, daß sie in die Grube gefallen sind, die sie der Arbeiterbewegung gegraben haben. Und diese Ausbrüche ohnmächtiger Wut sind begreiflich, denn die Reaktion hat hohen Einsatz gewagt. Wer mag ermessen, wieviel von dem ohnehin nicht überwältigend großen Ansehen, das die Justiz noch in der Bevölkerung genießt, durch diesen Prozeß, durch seine Einleitung, durch die Schmachzüge, die ihn vor die Lieberkammer brachten, verloren gegangen ist. Wer mag ermessen, wieviel von dem traditionellen Respekt vor dem Richter, der im deutschen Bürgertum noch immer anzutreffen ist, durch die öffentliche Aufdeckung seiner Vorgeschichte vernichtet worden ist! All das ist umsonst aufs Spiel gesetzt worden. Und dazu die drängende Not des schwarzblauen Blocks und der Regierung Bethmann Hollweg nach einer einigermaßen zugkräftigen Wahlparole, nach einem Mittel, die stuhlig gewordenen nationalen Wähler, denen die Früchte der schwarzblauen Koalition bitter aufstoßen, wieder in den Bereich der „nationalen Parteien“ zu treiben, ihre Abwanderung nach links zu verhindern. Der Prozeß sollte dies Mittel liefern, und statt dessen hat er all den Faktoren, die die oppositionelle Stimmung schufen und verstärkten, noch einen neuen hinzugefügt, das Entsetzen und die Empörung über die Taten der Polizei — hat er dem Ansehen dieser Behörde selbst in den Kreisen des Bürgertums einen geradezu katastrophalen Stoß versetzt. Deshalb sind die Wutausbrüche der Junker und Scharfmacher über den bösen Gang, den die Moabiter Dinge für sie genommen haben, nur zu sehr verständlich. Und größer noch als die Empörung über die Verdächtigungen, die Herr v. Dallwitz gegen ehrenwerte Leute schleuderte, ist unsere Genugtuung über das Eingeständnis der rettungslosen Niederlage, das aus den Ergüssen des Ministers und der anderen Sprecher der Junker- und Scharfmacherkoalition spricht. Es ist die Bankrotterklärung des Unternehmens auf Schädigung der Arbeiterbewegung. Es ist das klare Anerkenntnis, daß die zähe und treffliche Arbeit der Verteidigung den Gismischern den Frei gründlich verborgen hat. Die Betroffenen freischen, die Unterlegenen schimpfen, der Sieger darf sie mit Gelassenheit anhören und kann sich mit der kühlen Konstatierung des Tatbestandes begnügen.

Das hat der Sprecher der Verteidigung, das hat Heine getan. Mit einer verächtlichen Gebärde hat er die giftigen Anwürfe des beschränkten Fanatikers Jedlitz beiseite geschoben. Dem Minister aber sagte er, was ihm gebührte, indem er trotz aller Versuche des Vorsitzenden, ihn zu hindern, das Verfahren des Herrn v. Dallwitz gegen die Verteidigungszeugen beim richtigen Namen nannte. Das genügte völlig — es war die schärfste Art, wie die Ministeranklage zu formulieren war.

Als in der 24. Sitzung des Moabiter Strafkammerprozesses die Verteidigung ihren stammenden Protest gegen die bekannte Reichstagsrede Bethmann Hollwegs erhoben hatte, schrieben wir hier: „Die Sozialdemokratie kann ruhig auf die Ergebnisse des Prozesses verweisen. Der Kanzler aber wird in diesem Verfahren der Angeklagte bleiben und jeder Tag des Prozesses wird ihn fester auf die Bank der armen Sünder drücken“. Herr v. Dallwitz ist jetzt in derselben Rolle. Nur daß er schon so fest sitzt, daß er nicht mehr fester auf die Anklagebank gedrückt zu werden braucht. Denn die Verteidigung hat am Mittwoch im Gefühl ihrer starken Stellung auf weitere Beweisaufnahme verzichtet und der Prozeß wird daher in einigen Tagen schon zu Ende gehen.

Der Kampf gegen die Freie Jugendbewegung.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ haben wir unter der Rubrik „Jugendbewegung“ den Erlaß mitgeteilt, den der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, zum Zweck der Vernichtung der Freien Jugendorganisation an die preussischen Regierungspräsidenten gerichtet hat, sowie ferner auch die lehrreiche Instruktion, die daraufhin der Regierungspräsident an die „Herren Landräte pp.“ gesandt hat. Beide Schriftstücke zeigen, daß ein Feldzug großen Stils geplant ist. Schade ist nur, daß man die Instruktionen nicht kennt, die von den Landräten wieder den Amts- und Gemeindevorstehern erteilt worden sind. Hoffentlich enthalten diese mündlichen Anweisungen die nötige Ergänzung zu dem Ministerialerlaß, nämlich die Einschränkung, daß unter allen Umständen streng nach Recht und Gesetz, d. h. nach den in Betracht kommenden Paragraphen des Reichsgesetzes verfahren werden soll. Eine solche Ergänzung ist durchaus notwendig, denn die Absicht des Ministers könnte, wie die Erfahrung lehrt,

von den ihm untergeordneten Instanzen leicht mißverstanden werden. Wenn nämlich die Behörden gesetzlich vorgehen wollen, so ist es äußerst bedenklich, ihnen den Rat zu erteilen, ganz generell die Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts auf die Freien Jugendorganisationen ihres Bezirks anzuwenden. Das Oberverwaltungsgericht hat nur über die Berliner Organisation entschieden, unseres Erachtens zu Unrecht. Aber sei dem wie ihm wolle, es geht nicht an, diese Entscheidung ganz schematisch und bureaukratisch auf andere Organisationen auszuweiten, sie als eine Art automatische Kopfmassage für proletarische Jugendorganisationen zu betrachten. Diese Organisationen verfolgen samt und sonders satzungsgemäß unpolitische Zwecke; sie wollen die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder heben und sie wollen Bildung unter der arbeitenden Jugend verbreiten. Wenn die aufgelöste Berliner Organisation wirklich in einzelnen Fällen gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben sollte (nach unserer Meinung hat sie es nicht), so ist das kein Grund, gegen andere Organisationen vorzugehen, vielmehr hat die Behörde, wenn sie selbst das Gesetz beachten will, sich in jedem Falle an die Statuten des Vereins zu halten, solange, bis sie ihm nachgewiesen hat, daß er auch noch anderen durch das Gesetz ihm verbotenen Bestrebungen nachgeht. Es genügt sogar nach der Entscheidung des vom Minister in Anspruch genommenen Oberverwaltungsgerichts durchaus nicht, daß in vereinzelten Fällen, etwa in Vorträgen, gegen den Politiparagraphen des Vereinsgesetzes verstoßen wird, sondern die Bestrebungen des Vereins müssen als politisch erwiesen werden, um seine Auflösung zu rechtfertigen.

Des Weiteren hätte der Minister mit noch größerem Nachdruck seinen untergeordneten Behörden den Unterschied zwischen Jugendorganisationen und Jugendauschüssen klarmachen sollen. Wer auch nur oberflächlich über die sogenannte sozialdemokratische Jugendbewegung unterrichtet ist — und das sollte man doch von den auf dem Kriegszug gegen diese Bewegung begriffenen Behörden voraussehen —, muß aus dem öffentlich gefaßten Beschluß des Nürnberger Parteitag wissen, daß nicht der geringste Zusammenhang zwischen Jugendorganisationen und Jugendauschüssen besteht. Es kann gar keine Rede davon sein, daß, wie der Minister im Eingang seines Erlasses ausführt, die Sozialdemokratie sich bekanntlich genötigt gesehen hat, nach Formen zu suchen, in denen sie die seit einer Reihe von Jahren betriebene Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend ungehindert fortsetzen konnte.

Mit keinem Wort wird in dem Beschluß des Nürnberger Parteitags den in Aussicht genommenen Jugendauschüssen der Auftrag erteilt, die Jugend zu organisieren. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es konnte also keine Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend fortgesetzt werden. Die Jugendauschüsse sind vielmehr vollkommen selbständige, auf dem Nürnberger Parteitag erst ins Leben gerufene Gebilde, die mit den seit Jahren bestehenden und auch nach dem Nürnberger Parteitag neben ihnen fortexistierenden Organisationen der arbeitenden Jugend weder in historischem noch organisatorischem Zusammenhang stehen. Der vom Minister angezogene Parteitagsbeschluß gibt über diese Situation ungewandte Auskunft. Diese Jugendauschüsse, mögen sie nun für politisch erklärt werden oder nicht, haben sich des weiteren von Anfang an in ihren Veranstaltungen für die Jugend von Politik aufs strengste ferngehalten. Ihre Tätigkeit hat also mit dem Reichsoberinsgesetze bezw. seinem Politik- und Jugendparagraphen nicht das geringste zu schaffen. Wohl aber haben sich die örtlichen Behörden bei der fieberhaften Aufmerksamkeit, die sie neuerdings der in aller Öffentlichkeit betriebenen Bildungstätigkeit der Ausschüsse widmen, vielfach über die klaren Bestimmungen des Gesetzes hinweggesetzt. So wurde beispielsweise vor einigen Tagen in Berlin eine Jugendversammlung aufgelöst, in der ein Vortrag über Schulliteratur gehalten wurde. Dieses unbegriffliche Vorgehen ereignete sich zu derselben Zeit, wo im Reichstag unter Beteiligung hoher Staats- und Reichsbehörden eine Ausstellung zur Bekämpfung der Schulliteratur veranstaltet wurde.

Wenn solches in Berlin unter den Augen des Ministers möglich ist, wie mag es da erst draußen im Lande zugehen? Der Minister hätte also alle Ursache gehabt, seinen untergeordneten Behörden die Beachtung des Gesetzes einzuschärfen. Dies ist das einzige, was in der Jugendbewegung zurzeit nottut, und damit wäre auch die Sozialdemokratie vollständig einverstanden. Denn auch auf dem Gebiet der Jugendbewegung hält sie sich streng an ihre bewährte Taktik, durch ihre Gesetzmäßigkeit die gegen sie gerichteten Anschläge zu parieren.

Agrarisch-wissenschaftliche Statistik.

Endlich findet die „Deutsche Tageszeitung“ eine Antwort auf unsere Kritik des zur Täuschung der Landbevölkerung verbreiteten bunten Flugblattes, in dem behauptet war, daß die Gesamtwerte der im Jahre 1000 von der Landwirtschaft produzierten Produkte 11 801 Millionen Mark und die der Industrie nur 9083 Millionen Mark betragen. Fast zwei Wochen mußten die Agrariergrößen überlegen, was zur Rechtfertigung zu sagen sei, und doch ist diese sehr dürftig ausgefallen.

Zunächst wendet das Agrarierblatt gegen unsere Ausführungen ein:

Zuerst wurde gegen das Flugblatt angeführt, es sei doch unmöglich, daß die Erzeugnisse der Landwirtschaft einen höheren Wert hätten als die der Industrie, da ja von der Landwirtschaft nur 17,7 Millionen, von der Industrie aber 28,4 Millionen Menschen lebten. Die Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen ist irreführend. Es kommt nicht darauf an, wieviel Menschen von der

Anbau und von der Landwirtschaft leben, sondern Vieh-
dafür arbeiten. In der Industrie arbeiten 11 256 000 Menschen,
in der Landwirtschaft fast 10 Millionen. Der Unterschied schrumpft
also sehr zusammen. Nun werden aber als Erwerbstätige
in der Industrie auch alle im Bäder-, Müller-, Fleischer-
und an anderen Gewerben Beteiligten gezählt, die tatsächlich zu
einem großen Teile keine Werte erzeugen, sondern Verkäufer
sind. Ferner kommt in den genannten Zahlen die Mitarbeit
der Familienmitglieder nicht zum Ausdruck. Diese Mitarbeit ist
aber in der Landwirtschaft selbstverständlich und unbestreitbar
weit stärker als in der Industrie. Endlich muß auch die Tätigkeit
in den Nebenberufen berücksichtigt werden. Außer den in der
Landwirtschaft als dem Hauptberufe Tätigen sind noch 5 800 000
Menschen in der Landwirtschaft als einem Nebenberufe tätig,
während nur 750 000 einen industriellen Nebenberuf haben. Zählt
man die Haupt- und Nebenberufstätigen zusammen, so ergibt
sich für die Landwirtschaft die Zahl von rund 15 500 000, für die
Industrie von rund 12 Millionen Erwerbstätigen.

Es kommt also darauf an, wieviele Personen in der Landwirt-
schaft und in der Industrie arbeiten. Von den in der Landwirtschaft
Erwerbstätigen, also Unternehmern, Angestellten und Arbeiter, sind
5 294 271 männlichen und 4 508 986 weiblichen Geschlechts. Neben
12 211 männlichen und 163 829 im Hause der Herrschaft lebenden Dien-
boten hinzu, dann hat man 4 762 815 weibliche Arbeiter. Die weib-
lichen Arbeiter sind aber nicht das ganze Jahr in der Landwirt-
schaft und auch nicht vollbeschäftigt, weil ein erheblicher Teil ihrer
Arbeitskraft im Haushalt gebraucht wird. Ferner ist zu bedenken,
daß die Zählung im Sommer stattfand, also zu einer Zeit, als die
ausländischen Wanderarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt
waren.

In der Industrie waren hingegen 9 152 330 männliche und
2 103 924 weibliche Personen erwerbstätig (hier zählen wir die
Dienstboten nicht mit). Es müßte also die Tagesarbeit eines Land-
arbeiters erheblich mehr Werte schaffen, als die eines Industrie-
arbeiters, obwohl der Landarbeiter viel niedrigere
Lohn erhält.

Die „wissenschaftliche Autorität“ geht einer Frage ganz aus
dem Wege: der Frage nach der Höhe des Arbeits-
lohnes. Wir haben darauf hingewiesen, daß, wenn die Gesamt-
werte der Industrieprodukte nur 9963 Millionen Mark betragen
würden, die Industriellen den ganzen Ertrag der Arbeit für Lohn
hergeben müßten. Nach den neuesten Rechnungsergebnissen der
Verufsgenossenschaften waren 1909, dem Jahr, das die „wissen-
schaftliche Autorität“ zur Grundlage nimmt, von den 11 256 254
Erwerbstätigen der Industrie 9 008 908 gegen Unfall versichert.
Sie erhielten an Lohn 8 567 302 400 M., also auf den Kopf im
Durchschnitt 951,50 M. Setzt man für die nichtversicherten 2 252 346
Kleinunternehmer, Angestellte mit mehr als 3000 M. Gehalt, Haus-
arbeiter usw. für deren Arbeit im Betriebe auch nur auf den Kopf
951,50 M. Lohn ein, so käme für diese noch ein Lohn von
2 133 107 219 M. in Anrechnung. Hierzu kommen ferner noch rund
300 Millionen Mark als Unternehmerbeitrag für Arbeiterversiche-
rung. Die industriellen Unternehmer zahlen
also rund 11 000 Millionen Mark an Lohn und
Versicherungsbeiträgen aus dem Erlös von 9963 Mil-
lionen Mark! Sie sehen also nach dieser agrarischen Behauptung
jedes Jahr 1037 Millionen Mark zu und beden-
ken außerdem noch die anderen Inkosten der Produktion aus ihrer
Tasche.

Das können wirklich nur jene Leute glauben, die ihre Kenntnis
des wirtschaftlichen Lebens aus der „Deutschen Tageszeitung“ be-
ziehen. So gering wie auch das Denkfähigkeit der Redaktion des
Bündlerblattes nach unseren Erfahrungen einzuschätzen geneigt
sind, glauben wir doch zur Ehre aller Redaktionsmitglieder an-
nehmen zu dürfen, daß kein einziges die Zahlen des bündlerischen
Flugblattes für richtig hält.

Der zweite Einwand ist eine köstliche Entdeckung. Im Bäder-,
Müller-, Fleischer- und anderen Gewerben sind die Per-
sonen mitgezählt, die am Handel beteiligt sind und keine Werte
erzeugen. Worin bestehen denn die Werte, die das Fleischer-
gewerbe erzeugt? In dem Wertunterschiede zwischen dem lebenden Vieh
und dem konsumfähigen Fleisch. Dazu gehört genau wie das Töten
des Tieres auch das Zerlegen des Fleisches im Fleischerladen. In
den Werten der Produktion der Landwirtschaft wird als Wert der
Milch das gerechnet, was der Landwirt dafür bekommt. Darin
ist die Arbeit mitbezahlt, die für das Abfüttern an die Meierei oder
an die Bahn geleistet werden muß. Wir haben gar nicht bestritten,
daß die Erzeugnisse der Landwirtschaft nach der unverschämten
Verteuerung durch die Zölle einen Preis von 11 801 Millionen
Mark erzielen, sondern nur behauptet, daß der Ausbeuterprofit
der Agrarier unglaublich hoch sein müsse, wenn sie für ihre Pro-
dukte 1928 Millionen Mark mehr erhalten als die Industriellen,
die viel mehr Arbeitslohn ausgeben müssen.

Der Appell an die Leichtgläubigkeit der Landarbeiter in Be-
treff der Baumwollproduktion wird mit folgender Fälschung ent-
schuldiget:

Weiter wird dem Flugblatte vorgeworfen, daß die Ziffern
über den Wert der Baumwollverarbeitung fälschlich mit
404 Millionen Mark angegeben sei; sie betrage tatsächlich 477,7
Millionen Mark. Das ist insofern richtig, als dem Flugblatte
die damals nur bekannte vorläufige amtliche Wertberech-
nung zugrunde gelegt war. Inzwischen ist die endgültige Wert-
berechnung veröffentlicht worden. Dadurch wird die Differenz
erklärlich. Für die ganze Sache ist sie aber völlig unerheblich.

Es ist doch eine wunderbare „wissenschaftliche Autorität“, die
im Dezember noch vorläufige Zahlen benutzt, nachdem schon im Juli das
„Statistische Jahrbuch“ mit den endgültigen Zahlen erschienen ist. Die
404 sind aber auf keinen Fall Millionen Mark, sondern eine Ge-
wichtszahl. Die Zahl ist allerdings das wenigste. Die Rohbaum-
wolle ist bekanntlich kein Produkt der deutschen Industrie, wie das
Agrarierblatt glauben machen will, sondern nur Rohstoff für die
Industrie. Wir haben ja versucht, den Wert zu schätzen, den dieser
Rohstoff durch die Verarbeitung in Deutschland gewinnt, indem
wir den Gesamtwert an dem Werte der Ausfuhr schätzten. Danach
erhielten die 477 Millionen Mark Rohstoff durch die Verarbeitung
einen Wert von 2092 Millionen Mark. Also 1615 Millionen Mark
werden in Deutschland durch die Verarbeitung des Rohstoffes er-
zeugt.

Ueber die Berechnung der Montan- und Hüttenindustrie schreibt
das Agrarierblatt:

„Auf der anderen Seite wird dem Flugblatte, besonders im
„Sowwärts“, vorgeworfen, daß es den Wert einiger indu-
strieller Erzeugnisse zu hoch angegeben habe. So soll es alle Produktionswerte des Bergbaues und der Metallver-
arbeitung zusammengerechnet haben. Das ist richtig, beweist aber
doch nur das Gegenteil von dem, was der „Sowwärts“ beweisen
will, nämlich, daß absichtlich zu geringe industrielle Produktions-
werte veröffentlicht worden seien. Dagegen hat offenbar der
„Sowwärts“ doppelt gerechnet, wenn er beispielsweise Kohlen und
Reinblei zusammengerechnet, und so auf einen Wert der Salz-
erzeugung in Höhe von 166 Millionen Mark kommt, während
doch tatsächlich nur die bergmännische Kohlenproduktion berechnet
werden kann. Wenn in dem Flugblatte die Produktionswerte für
Bergbau und Metalle zusammengerechnet worden sind, so geschah
es nur, um jedenfalls zu vermeiden, daß der Wert zu niedrig an-
gegeben werde. Eine genaue Statistik der Bergbau- und Koh-
metallindustrie ist nicht möglich.“

Mit der Kritik der Zahlen über die Montan- und Hütten-
industrie sollte nur nachgewiesen werden, daß es gelogen ist,
wenn behauptet wird, eine „wissenschaftliche Autorität“ auf
statistischem Gebiete habe die Zahlen geprüft und als richtig be-
funden.

Die Doppelrechnung bei der Salzproduktion bringt ebenfalls
nicht die Abweichung, die die Angaben der „wissenschaftlichen
Autorität“ auch nur annähernd richtig erscheinen läßt. Das
Agrarierflugblatt gibt den Wert der in Deutschland produzierten
Salze auf 78 Millionen Mark an. Das „Vierteljahrsheft zur
Statistik des Deutschen Reichs“ beziffert den Wert der 1909 pro-
duzierten Salze auf 87 926 000 M. und den Wert der gereinigten
Salze auf 107 995 000 M. Jede der beiden Zahlen ist also erheblich
höher, als nach der Angabe der „wissenschaftlichen Autorität“. Nun
sind aber in der Summe von 108 Millionen Mark für gereinigte
Salze die 88 Millionen Mark für Rohsalze nur zum Teil enthalten.
Von den in Deutschland geföhrborten 8 412 526 Tonnen Rohsalz
sind 4 251 465 Tonnen gereinigt. Es sind also 4 171 061 Tonnen
Rohsalz verkauft oder ausgeführt worden.

Danach ergibt sich folgender Wert der Salze:

4 171 861 Tonnen Rohsalz	43 489 688 M.
1 598 435 „ gereinigtes Salz	107 995 000 „
zusammen	151 484 688 M.

Von dieser Summe läßt der agrarische Schwindler 78 Millionen
Mark verschwinden.

Diese nachweislich absichtlicher grober Täuschungen genügen, um
darzutun, mit welcher beispiellosen Leichtfertigkeit und Unver-
schämtheit die „wissenschaftlichen Autoritäten“ auf dem Gebiete
der agrarischen Statistik das Flugblatt zusammengeliebt haben.

Wie fast alle bisherigen statistischen Nachweise der agrarischen
Kapazitäten stellt sich auch dieser als ein unverfälschter Schwindel
heraus.

Die Sozialistenfurcht in Japan.

Tokio, 30. Dezember. (Eig. Ber.) Die Furcht vor
Sozialisten läßt die Regierung zu immer gewagteren Mitteln
greifen. Noch fortwährend finden auf hohen Verdacht hin
Verhaftungen statt. Die Untersuchung wird so ge-
heim geführt, daß nichts in die Öffentlichkeit dringt, und
die Inhaftierten werden ganz entgegen dem Gesetz von jedem
Verkehr abgeschnitten und dürfen weder Briefe schreiben noch
solche empfangen.

Gegen die 26 Sozialisten (darunter eine Frau) hat gestern
der Staatsanwalt wirklich die Todesstrafe beantragt.
Das Urteil wird in diesen Tagen erwartet. Die Verhandlung
war streng geheim und die vernommenen Zeugen wurden
sogar einer Körperkavitation unterzogen und ihnen
nach der Vernehmung Schweigegebot auferlegt.

In Yokohama wurde ein Mann, der in einem Restaurant
das Verhalten der Regierung tabelte und die geheime Gerichts-
verhandlung kritisierte, denunziert, verhaftet und zu sieben
Jahren Gefängnis verurteilt. In der Provinz wurde
ein Redakteur, der ebenfalls Kritik übte, kurzerhand
eingekerkert und seine Zeitung suspendiert usw.

Das neueste ist jetzt die Einrichtung einer
eigenen Behörde zur Überwachung der „Sozialisten“
und „Verdächtigen.“

Am 27. d. M. wurden die dazu ausgewählten Polizisten
vom Direktor der Polizeiabteilung des Ministeriums des
Innern in geheimer Sitzung empfangen und erhielten ihre
Instruktionen.

Im neuen Budget ist eine Summe von 126 000 Yen
(rund 252 000 M.) mehr eingestellt behufs besserer Befoldung
der hohen politischen Polizeibeamten. In Wirklichkeit wird
diese Summe jedenfalls für Spitzeldienste Verwendung finden.

Ueber hundert Polizeispektoren werden für den höheren
politischen Dienst zurzeit ausgebildet und sollen Anfang des
Jahres ihren Dienst antreten, d. h. wie die Fanghunde auf
die Sozialisten losgelassen werden.

In allen Polizeibureaus herrscht eine fieberhafte Tätig-
keit und Geheimverfügungen werden täglich erlassen. Es
herrscht dort ein Leben als ob man sich im Kriegszustande
befindet.

Diese Rechtsgarantien.

Ueber die skandalöse Art, in der der abscheuliche Tendenzprozeß
geführt wurde, berichtet die „Korrespondenz des Neuhavener Ostens“
noch folgende Einzelheiten:

Die Strafen, durch die die Gefangenen kommen mußten,
waren von Soldaten gesperrt. Die Gefangenen erschienen
zu Anfang der Sitzung in Handketten, von denen sie jedoch
nach dem Anfang der Sitzung befreit wurden. Sogar die Rechts-
anwälte waren von den Sitzungen ausgeschlossen. Auf ihre Be-
schwerde hin wurden 20 von dem Gerichtspräsidenten
gewählte Rechtsanwälte nach der vierten Sitzung zu den
Sitzungen zugelassen und wenigstens einige Stunden lang
geduldet. Dann nach einer oder höchstens zwei Stunden wurden
sie aufgefordert, das Gerichtsgebäude zu verlassen. Die Rechts-
anwälte halten diese Maßnahmen für unwürdig für ihren Stand
und protestierten energisch. Der Staatsanwalt begann in
der dreizehnten Sitzung seine Rede, die zwei Stunden dauerte. Er
verlangte für die 26 Angeklagten die Todesstrafe. Die Ver-
handlungen wurden einen Tag zur Ruhe ausgelegt. Einer der
Angeklagten war so schwach, daß er den Sitzungen nur liegend bei-
wohnen konnte. Die Rechtsanwälte hielten in der 15. und
16. Sitzung ihre Verteidigungsreden. Nach diesen Reden verlangte
die Staatsanwaltschaft folgende Strafen: 4 oder 5 Verurteilungen
zu Todesstrafen, 7 oder 8 Freisprechungen, für die übrigen Ange-
klagten Strafen unter 10 Jahren Gefängnis. Die öffentliche
Meinung ist den meisten Angeklagten sehr gün-
stig gestimmt.

Das Schreckensurteil.

Tokio, 18. Januar. In dem „Anarchisten“-Prozeß gegen
26 Personen, die beschuldigt waren, dem Kaiser und anderen Mit-
gliedern der kaiserlichen Familie nach dem Leben getrachtet zu
haben, wurden heute 24 Angeklagte zum Tode, einer zu elf und
einer zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 18. Januar 1911.

Agrarische Zuwachsbesteuerung.

Aus dem Reichstag, 18. Januar. Am dritten
Tage wurde die zweite Lesung der Reichsverzinsungsteuer
wenigstens bis zum § 10a getrieben, dabei hat es sich bald
herausgestellt, daß im wesentlichen die bereits jetzt agrarisch
hinreichend durchsuchte Kommissionsfassung von der agrarischen
Mehrheit angenommen wird. So wurde bei dem
wichtigen § 1 der sozialdemokratische Antrag, der auf

möglichste Ausdehnung der Erfassung steuerbarer Grundstücks-
verkäufe abzielt, gegen unsere Partei abgelehnt; ebenso aber
auch die weiteren Ausdehnungen der Freilassung, so daß
steuerfrei bleiben sollen alle Verkäufe von bebauten Grund-
stücken im Werte von weniger als 20 000 M. und von un-
bebauten Grundstücken im Werte von 5000 M., sofern in
beiden Fällen der Verkäufer ein Jahreseinkommen von
weniger als 2000 M. hat. Angeblich sollen damit Arbeiter
und kleine Leute bevorrechtet werden; tatsächlich sind die
Proletarier, die überhaupt Grundstücke zu verkaufen haben,
herzlich dünn gesät. Den Vorteil davon werden die Agrarier
haben.

Beim § 4 kam es dann zu eingehenden Auseinander-
setzungen, weil es sich da um weitere Ausnahmen handelt.
Insbesondere wurde der Absatz 8 hart umstritten, der die
Bergwerksbesitzer bevorzugen will. Wollen sie ihre
zusammenliegenden Bergwerke zusammenwerfen, so soll keine
Steuer erhoben werden. Bei dieser Bestimmung brachten
die Agrarier die Vertreter der Bergwerksinteressen auf ihre
Seite. Der sozialdemokratische Antrag auf
Streichung dieser Bestimmung wurde mit großer Mehr-
heit abgelehnt.

Morgen geht die Debatte weiter.

Das Ende der Staatsberatung.

Wer noch daran gezweifelt hat, daß das Ministerium Bethmann
Hollweg homogen zusammengesetzt ist, der muß nach dem Verlauf
der Mittwochssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses offen ein-
gestehen, daß er sich in einem schweren Irrtum befunden hat. In
Betrug auf reaktionäre Bestimmung und Betätigung sind die Minister
einander völlig gleich, ja fast scheint es, als ob auf diesem Gebiet
zwischen den einzelnen Ressorts ein förmliches Wettlaufen stattfindet.
Genau so wie am Tage vorher der Minister des Innern v. Dall-
witz die Moabitischen Vorgänge trotz des vernichtenden Berichtes
für die Zwecke der Schatzkammer zu fruchtbareren suchte, genau so
oder in noch weit höherem Grade hat am Mittwoch der oberste Vize
der preussischen Justiz, Herr Bessler, schändlichen Mißbrauch mit seinem
Amte getrieben. Besser er es doch fertig, an die Parteien des Hauses die
öffentliche Aufforderung zu richten, sie möchten ihre Fraktionsfreunde
im Reichstage scharf machen für eine Verschlechterung der
Strafprozedur in dem Sinne, daß das Gericht die
Vernehmung von Zeugen nach eigenem Ermessen als unerheblich ab-
lehnen darf. Damit würde das einzige Recht, das die Angeklagten
heute noch haben, beseitigt werden. Aber ganz abgesehen davon,
bedeutet die Aufforderung des Ministers indirekt auch eine unzu-
lässige Kritik der Lieber-Kammer, die ja gerade gezeigt hat, daß sie
die Anträge der Verteidigung — von wenigen Ausnahmen ab-
gesehen — für sehr erheblich hielt. Um so schwerer fällt das Auf-
treten des Justizministers ins Gewicht, als er weder die
Zeugen im Moabitischen Prozeß, noch die Verteidiger oder den
Gerichtshof gegen die dreifachen Verleumdungen des Herrn v. Jedlich in
Schutz nahm. Und das wäre doch seine erste Pflicht gewesen.

Von den aus der Mitte des Hauses gehaltenen Reden sind be-
sonders erwähnenswert die des Abg. Dr. Paquide und unseres
Genossen Leinert. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei,
der, solange der Allotrius-Bund bestand, ja noch nach dem Ausein-
anderfallen dieses unnatürlichen Gebildes, keine Gelegenheit vorüber-
gehen ließ, ohne gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen,
scheint sich jetzt endlich zu der Erkenntnis durchgerungen zu haben,
daß der Feind rechts steht und daß es in Preußen vor allem darauf
ankommt, das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht und mit ihm die
konservative Herrschaft in Gesetzgebung und Verwaltung zu
beseitigen. Daß Herr Paquide scharf die Grenzen zwischen
Liberalismus und Sozialismus zog, finden wir erklärlich, doch machte
gerade dieser Teil seiner Ausführungen den Eindruck, als ob er die
Veränderung nach rechts nicht ganz abbrechen wolle, da man bekannt-
lich niemals weiß, wie es im politischen Leben kommt. Do-
durch hat er selbst den Eindruck seiner Rede nicht unwesentlich ab-
geschwächt.

Eine unangenehme Stunde bereitete Genosse Leinert den
Reichsparteien der Regierung, deren schamlose und verlogene An-
griffe auf die Sozialdemokratie er ebenso geschickt wie nachdrücklich
zurückwies. Aber er beschränkte sich nicht auf die Abwehr, sondern
griff auch selbst zum Angriff über und hielt dieser Gesellschaft ein
Spiegelbild vor, in das sie wohl nicht gern hineinschauen
würden. Wie Keulenschläge fausten seine Rede nieder auf die
Armen, Jedlich, Dallwitz und Konsorten, die bittere Worte für ihr
Auftreten zu hören belamen. Zwar sprang der Präsident v. Kröcher
seiner arg bedrängten Freunden bereitwilligst bei und sorgte nicht
mit Ordnungsrufen, aber es gelang ihm nicht, unseren Redner an
den Ausführungen zu hindern, die zu machen er für unbedingt
nötig hielt.

So fand denn die Staatsdebatte, die uns eine Fülle wertvollen
Materials geliefert hat, einen würdigen Abschluß. Wie üblich wurde
der Etat der Budgetkommission überwiesen.

Donnerstag: Interpellation über landräuliche Uebergriffe.

Der Kriegsplan des Reichsverbandes.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hielt Montag
und Dienstag in Berlin seine Vertreterversammlung ab, die nach
reichsverbändlerischer Versicherung doppelt so stark besucht war, wie
die vorangegangene. Zahlenmäßige Angaben zu machen hilft man
sich. Die Referenten v. Liebert und Hagemann behandelten die
kommenden Reichstagswahlen. Die Referenten verkannten nicht, daß
ihnen diesmal die Ausübung ihres Handwerks etwas erswert
werden wird, aber die Reichsverbändler wollen trotzdem alles an-
wenden, um ein bisher noch nie dagewesenes Zerstückeln der Sozial-
demokratie zu entwerfen. Besonders Gewicht will die Liebert-Partei
auf die Ausschlichtung der Verhandlungen des Magdeburger Partei-
tages und auf die Reichstagsrede Lieberts über die Republik legen.
Ueber das tatsächliche Verhalten der Reichsverbändler wurden folgende
Grundzüge aufgestellt:

1. Schon bei der Hauptwahl diejenigen aufs taftkräftigste zu
unterstützen, die als einzige bürgerliche Kandidaten der Sozial-
demokratie gegenüberstehen; 2. ebenfalls schon in der Hauptwahl
denjenigen Kandidaten seine Unterstützung gewähren, die bereit
sind, sich zu verpflichten, ihre Wähler in einer unzweideutigen Er-
klärung zur Unterstützung des in der Stichwahl verbleibenden
bürgerlichen Kandidaten aufzufordern; 3. in der Stichwahl zwischen
einem bürgerlichen Kandidaten und Sozialdemokraten jenem Wahl-
hilfe leisten.

Sollte eine bürgerliche Partei ein offizielles Wahlbündnis mit
der Sozialdemokratie eingehen, dann wird der Reichsverband
4. den Kandidaten einer solchen Partei in den
betreffenden Wahlkreisen ebenso bekämpfen
wie einen Sozialdemokraten.

Die ganze ungeheuerliche Ueberhebung der Reichsverbändlersippe
kommt darin deutlich zum Ausdruck. Die bürgerlichen Parteien, die
der Gründung dieses Verbandes, der nur in den berüchtigten „Sch-
tuppen“ feinesgleichen hat, sympathisch gegenüberstanden, werden
heute einsehen, welche Rute sie sich gebunden haben. Der Reichs-
verband befiehlt, und die bürgerlichen Parteien haben zu gehorchen.
Wollen sie nach eigenem Ermessen handeln, dann setzen sie sich der
Gefahr aus, mit Reichsverbändlerschlamm betorfen zu werden.

Der Reichsverband befragt unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Sozialdemokratie lediglich die Geschäfte der verbitterten und verbohrtsten Reaktion. Hat er es doch fertig gebracht (in dessen Auftrag und gegen welche Entschädigung sei dahingestellt), die Infamie des Dreiklassenwahlrechts zu verteidigen, eines Wahlrechts, dessen Abänderung selbst die Regierung Preußens als notwendig anerkannt hat. Die Flucht der Beamten aus dem Reichsverband ist ein Beweis dafür, wie man in Kreisen, die sich ein gewisses Maß politischen Anstandes bewahrt haben, über diese Organisation denkt.

Kolonialvortrag im Reichstage.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Görde, der als Gast des Marineamts im vergangenen Herbst bekanntlich nach Kantschou, unserer von China zwangsweise auf 99 Jahre gepachteten ostasiatischen Kolonie, eine Reise unternommen hat, hielt am Dienstagabend im Sitzungssaale des Reichstages einen Lichtbildervortrag über seine dort gemachten Beobachtungen. Die Versammlung war nur sehr mäßig besetzt. Der schwarze Block, Zentrum, Konserervative, Antisemiten und Wirtschaftliche Vereinigung, glänzten durch fast völlige Abwesenheit, Hof und Diplomaten-Loge wiesen auch nicht einen einzigen Besucher auf. Herr Staatssekretär v. Tirpitz und andere Marineoffiziere verfolgten den zweistündigen Vortrag des Herrn Dr. Görde mit ganz besonderer Aufmerksamkeit. Kein Wunder, denn der Vortragende hatte die Reise ja auf Kosten des Reichsmarineamts gemacht und die Herren hatten daher eine gewisse Berechtigung, zu prüfen, ob die aufgewendeten Reklameausgaben sich auch rentieren. Und Herr Görde dürfte ihnen im allgemeinen keine Enttäuschung bereitet haben. Denn er sagte im Grunde nichts wesentlich anderes als was in den dem Reichstag alljährlich zugehenden Druckschriften angeführt wird. In einem Unterschied er sich daran allerdings gründlich; er schilderte das Klima als durchwegs ungesund, daß es heftig schwante und die Luft bei großer Wärme einen hohen Feuchtigkeitsgrad enthalte. Da es während seiner Anwesenheit schönes Wetter gewesen war, so kann er diese Kenntnis nur von den dortigen deutschen Anliegern erhalten haben. Es ist ganz klar, daß diese, namentlich die Beamten, bestrebt sein werden, die Verhältnisse möglichst ungünstig zu schildern, weil sie sonst befürchten müßten, daß ihnen die hohen Kolonialzulagen, die höher sind als ihr Gehalt, gekürzt werden könnten. Die Budgetkommission hat ja auch bereits im vorigen Jahre einen Schritt nach der Richtung hin gemacht und beschlossen, daß dem Gouverneur von seiner Kolonialzulage von 22 000 M. 10 000 M. gekürzt werden sollen, sobald ein Personenwechsel eintritt.

Erwähnenswert aus der Rede ist die Schilderung der Arbeiterverhältnisse. Herr Görde lobt den chinesischen Handwerker als geschickt, arbeitswilling und bescheiden in seinen Ansprüchen. Der chinesische Arbeiter verdiene nur halb soviel wie ein europäischer, aber er leiste auch nur halb soviel. Diese geringe Leistungsfähigkeit sei aber nicht auf Mangel an Fleiß oder Intelligenz zurückzuführen, sondern das sei einfach eine Folge der Unterernährung, an welcher er leide. Hossentlich zieht Herr Görde aus dieser Erkenntnis die Konsequenz und veranlaßt seine nationalliberalen Parteifreunde, daß sie durch Beseitigung der künstlichen Lebensmittelverteuerung die Unterernährung, an welcher auch die deutsche Arbeiterschaft bereits leidet, beseitigt wird! Denn der Satz, daß der Arbeiter um so leistungsfähiger ist, je besser er sich ernährt, gilt nicht nur für die Chinesen!

Oesterreich gegen die Schiffsabgaben.

Eine auf Einladung der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer tagende, von Regierungsvertretern, Handelskammermitgliedern, Verkehrs- und Schiffsinteressen zahlreich besuchte Versammlung beschloß, die Regierung zu ersuchen, an der vollen und unbedingten Freiheit der Elbschiffahrt festzuhalten und Verhandlungen über die Zulassung von Schiffsabgaben auch dann abzulehnen, wenn für eine Aenderung der Staatsverträge nach dieser Richtung hin Kompensationen, gleichviel welcher Art, in Aussicht gestellt werden sollten. Namens des österreichischen Handelsministeriums erklärte Sektionschef Nibel, die österreichische Regierung werde an ihrem die Schiffsabgaben ablehnenden Standpunkte unbedingt festhalten, doch stehe die Loyalität der preussischen Regierung, die von dem Referenten Dr. Böhl bezweifelt worden sei, außer Zweifel. Oberstaatsmarschall-Stellvertreter Dr. Urban sprach den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die herzlichen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland unter allen Umständen unbedändert bleiben würden.

Da auch die Holländer sich mit gleicher Energie gegen den deutschen Gesetzentwurf ausgesprochen haben und auch in England und Frankreich Befürchtungen gegen das verkehrtschädliche Gesetz laut werden, tätete der Reichstag ein gutes Werk, wenn er die preussische Regierung auf Geheiß der Agrarier beim Bundesrat durchgesetzt hat, möglichst schnell ablehnte. Vernünftiger freilich wäre es, wenn die Reichsregierung das Gesetz zurückzöge. Aber soviel Vernunft vorauszusetzen, wäre unberechtigter Optimismus.

Zur Reichswertzuwachsteuer.

Zum Reichswertzuwachsteuerentwurf bemerken die „Berliner Politischen Nachrichten“, wenn die Wertzuwachsteuer in einer Form zustande komme, die den Ertrag für die Heeresvermehrung und für die Erweiterung der Veteranenfürsorge nicht erwarten lasse, sei es durchaus notwendig, die neuen Ausgaben entsprechend zu kürzen. Die früher herbeigesehene Aushilfe, bei anderen Einnahmestellen Ertragssteigerungen auf dem Papier vorzunehmen, dürfe jetzt nicht mehr zur Anwendung kommen.

Man wird sich also im Reichstage sagen müssen, daß, falls die Wertzuwachsteuer in ihrem Ertrage noch weiter abgeschwächt wird, in erster Reihe die von allen Kreisen der Nation gewünschte Erweiterung der Veteranenfürsorge gefährdet wird. Auf alle Fälle wird an diesem Punkte eine Probe dafür abgelegt werden müssen, daß die Grundzüge für die Reichsfinanzgestaltung seine Durchsicherung erfahren.

Der Landrat auf Urlaub.

Der Landrat Schröder in Wittgenstein hat einen Erholungsurlaub angetreten, von dem er vermutlich und hoffentlich nicht wieder in sein Amt zurückkehren wird. Diefem Landrat ist vor Gericht nachgewiesen worden, daß er den unglaublichen Terrorismus geübt hat. So hat er seinem Richterstuhle, der ihn nicht außer der Reihe bedienen wollte, sofort die Lieferung für das Kreiskrankenhaus entzogen. Das Gericht hat auch für erwiesen erachtet, daß der Landrat, um bei einer öffentlichen Versteigerung ein höheres Gebot zu erzielen, einem Dieter „der Wahrheit zuwider“ sagen ließ, es sei inzwischen ein besseres Angebot eingegangen. In anderen Punkten sprach sich das Gericht dahin aus, daß der Landrat „nicht einwandfrei“ gehandelt habe.

Aus der Marine.

Leutnant zur See Swart vom Dampfschiff 3 und 2 wurde heute vom Kriegsgericht des 2. Geschwaders wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu 45 Tagen Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Die Verhandlung fand unter Aus-

schluß der Öffentlichkeit statt. Auch die Begründung des Urteils wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Die Verurteilungen des Leutnants liegen auf sittlichem Gebiete. Er muß schon ziemlich arg getrieben haben, daß auf Dienstentlassung erkannt worden ist.

Auch eine Lehrerbildungsanstalt.

Das ritterchaftliche Lehrerseminar in Mecklenburg-Strelitz ist mit dem Rettungshause Bethanien verbunden. In diesem sind zurzeit 25 Fürsorgezöglinge, die von dem Hausvater und einem jungen Hilfslehrer unterrichtet und beaufsichtigt werden. Außerdem ist ständig ein Arbeiter zur Beaufsichtigung der Zöglinge im Stall und Garten dort. Im Seminar sind gegenwärtig 10 Seminaristen. Sie haben meist eine Landchule besucht und sind durchweg im Alter von 17 Jahren ins Seminar getreten. Die Zeit der Ausbildung dauert in der Regel vier Jahre. Jeder Zögling hat für diese Zeit 500 M. zu zahlen, die Ritters zahlen ebenfalls 500 M. Der Betrieb des Seminars kostet also den Ritters 10×125=1250 M. jährlich. Jeder Seminarist muß in der Woche die Zwangsstunden 1-2 Stunden mit beaufsichtigen, und zwei Seminaristen müssen der Reihe nach des Nachts bei den Zöglingen im Zimmer schlafen. Unterrichtet wird 28 Stunden wöchentlich. Sechs Stunden erteilen drei Lehrer aus Neubrandenburg, die übrigen 22 der Hausvater und der Hilfslehrer.

Es ist jedem ohne weiteres klar, daß eine solche Vorbildung für den Lehrberuf nicht ausreichend sein kann. Ebenso klar ist auch, daß unmöglich ein einziger Mann der Verwaltung des Rettungshauses mit Befähigung der Fürsorgezöglinge, der Verwaltung der Lehrerbildungsanstalt, dem Unterricht der verschiedenen Jahrgänge der Zwangsstunden und dem Unterricht der vier verschiedenen Jahrgänge der Seminaristen vorstehen kann, selbst wenn ihm ein Hilfslehrer zur Seite steht; ganz abgesehen davon, daß ein vierjähriger Besuch der Lehrerbildungsanstalt durchaus nicht genügt. Die Ritters aber denken anders darüber. Die Verbindung zwischen Rettungshaus und Seminar sollte jetzt aufhören. Die Ritterschaft bewilligte aber die Mittel zum Neubau des ersteren nur unter der Bedingung, daß alles beim alten bleibe. Ihnen ist das Seminar, das so schön billig ist, gerade recht, und was schert's die mecklenburgische Ritterschaft, ob die darin gebildeten Lehrer wohl den Aufgaben eines modernen Volksschullehrers gewachsen sein können?

Frankreich.

Das Attentat auf Briand.

Paris, 18. Januar. Sizolme antwortete dem Untersuchungsrichter in unzusammenhängenden Sätzen und tat, als ob er Stimmen höre. Er verweigerte jede Auskunft und antwortete fast auf alle Fragen mit Schimpfwörtern, erklärte aber schließlich, er habe wohl in der Richtung auf die Mitglieder der Regierung geschossen.

Aus Anlaß des Anschlag verlanget mehrere Blätter, daß entsprechend dem kürzlich von dem Deputierten Berry eingebrachten Antrag der Verkauf von Revolvern strenger überwacht werde.

Der Prozeß Durand.

Paris, 18. Januar. Der Direktor der Kriminalsachen im Justizministerium hat einer Abordnung des Komitees zur Befreiung Durands erklärt, der Justizminister habe in Rouen eine neue Untersuchung in Sachen Durands eröffnen lassen.

Wingerrunnen.

Epernay, 17. Januar. In Dameray hat heute eine große Zahl von Wingern den Weinstock eines Champagnerweinhändlers vollständig ausgeplündert. Die Wingerradbrachen 70 000 Flaschen Champagner, sie stürzten die Weinfässer um, schlugen ihnen den Boden aus und zerstörten alle Werkzeuge. Auch ein Kollwagen mit einer Ladung von 2500 Flaschen Champagner wurde geplündert und der Wein in die Karne gegossen. Die Gendarmerie hat strenge Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung ergriffen.

Die Unruhen sind darauf zurückzuführen, daß der Inhaber der von der Volkswirtschaft betroffenen Champagnerfirma Périer allgemein der Weinfälschung beschuldigt wurde. Als die Vertreter der Behörden und Gendarmerie eintrafen, waren die Täter bereits geflüchtet.

Portugal.

Ruhige Lage.

Lissabon, 18. Januar. In ganz Portugal herrscht vollkommene Ruhe. Die Nachforschungen nach den Urheber der Angriffe auf die Geschäftsräume dreier monarchistischer Zeitungen sind ergebnislos geblieben.

Die ausständigen Gasarbeiter haben den Minister Machado um seine Vermittlung bei der Gasgesellschaft gebeten.

Amerika.

Gegen den Hochschulzoll.

Baltimore, 18. Januar. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der bedeutendsten demokratischen Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses sowie anderer hervorragender Demokraten wurde über die verschiedenen Fragen für die nächste Legislaturperiode des Kongresses gesprochen. Das Hauptthema bildete die Tarifrevision. Einige Redner gaben zu, daß Meinungsverschiedenheiten darüber beständen, ob die Revision Stückweise oder mit einem Male vor sich zu gehen habe. Alle aber stimmten darin überein, daß eine Revision notwendig sei, um den Vorprung, den die Demokraten bei den letzten Wahlen erreicht hätten, aufrecht zu erhalten. Alle Redner wandten sich gegen den Payne-Udridge-Tarif.

China.

Der Verfassungskampf.

Der „Korresp. des fernen Ostens“ wird aus Peking unter dem 20. Dezember berichtet:

Als Antwort auf den Beschluß der Nationalversammlung betreffs der Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums hat der Regent ein äußerst scharfes Edikt erlassen. Der Inhalt ist folgender:

„Ich, Regent, bin der Meinung, daß nur der Kaiser die Mandarine zu ernennen und absetzen hat, vom höchsten bis zum niedersten. Dies ist ausdrücklich in der Konstitution des Kaisers Kuang-Si betont. Die Nationalversammlung ist nicht kompetent, zu entscheiden, ob der Große Rat verantwortlich zu machen ist. Nur der Kaiser hat zu entscheiden. Die beratende Versammlung und ihr Vorsitzender haben keine Ratsschlüsse zu erteilen, denn sie sind nicht befragt worden.“

Der Beschluß der Nationalversammlung ist als ungültig zu betrachten. Zu bemerken ist, daß das Edikt im Prinzip die Verantwortlichkeit des Großen Rates und seine Umwandlung in ein verantwortliches Ministerium nicht verweigert. Es begnügt sich mit der Feststellung, daß die Frage ausschließlich die Regierung angeht.

Da die Nationalversammlung die Einsetzung eines verantwortlichen Kabinetts beantragt hatte, so haben die Mitglieder des Großen Rates „en bloc“ demissioniert. Da kein derzeitiger Präzedenzfall zu verzeichnen ist, so hat dieses Ereignis große Auf-

regung verursacht. Der Regent hat ein Edikt mit roter Tinte erlassen, dies bedeutet, daß es der Regent eigenhändig geschrieben hat, in dem er sagt, daß der Große Rat hervorragende Dienste der Dynastie und dem Vaterlande geleistet hat, und daß die kaiserliche Familie auf ihren Bestand nicht verzichten kann. Die Demission der vier Großräte, der Fürsten Ching und Yu Lan, Ra-Toung und Su-Se-Chang ist nicht angenommen worden.

Die Vorlesung des Ediktes hat Tumultigkeiten im chinesischen Parlament verursacht. Im Anfange, als der Vorlesende erklärte, daß zwei Edikte zu verlesen seien, herrschte Schweigen, das jedoch bald durch Zwischenrufe, wie „Auflösung“ usw. unterbrochen wurde. Der Führer der Fortschrittspartei, Dr. Leijun erklärte, daß es besser sei, auseinanderzutreten, als zu werden als die Versammlung freiwillig aufzulösen. Ein Redner, Ji Tsoung Anwe, sagte, der beste Ausweg sei, eine zweite Witzschrift der Regierung einzureichen. Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion diesen Vorschlag an. Eine Kommission von 6 Mitgliedern wurde mit der Abfassung dieser Witzschrift beauftragt, die allerdings erst nach dem Schluß der Parlamentssession eingereicht werden soll.

Aus der Partei.

Bildungsbestrebungen müssen unterdrückt werden!

Die Bildungseindlichkeit der preussischen Bürokratie und ihrer Hintermänner feiert immer neue Triumphe. Wenn es auch nicht in der Macht der Reaktionsäre liegt, die Bildungsbestrebungen des Proletariats ganz zu unterbinden, so versucht man doch mit kleinlichen Maßnahmen nach Möglichkeit das ideale Streben der Arbeiterschaft zu hemmen.

In Stettin hatte der Magistrat dem Arbeiter-Bildungsausschuss Schulräume für Unterrichtszwecke zur Verfügung gestellt. Auf Betreiben der Regierung hat nun der Magistrat dem Bildungsausschuss die Benutzung des Schullokals entzogen müssen. Wie verlautet, hat der Magistrat diesen Schritt erst auf wiederholtes Drängen der Regierung getan.

Trotz der Radikalpolitik finden die Bildungskurse ihre Fortsetzung. Der ganze Erfolg ist daher nur der, daß auch den bisher indifferenten Arbeitern ihre Redefreiheit klar ausgedehnt wird.

Ein neues Parteiblatt.

In einer Kreisversammlung des Wahlkreises Erbach-Wensheim, die am letzten Sonntag in Darmstadt tagte, wurde mit 21 gegen 15 Stimmen die Einführung eines Parteiblattes für den Wahlkreis beschlossen. Das Blatt erhält den Namen „Obenwälder Volksworte“ und wird ein Kopfbild des Darmstädter „Heißigen Volkswortes“ sein. Am bereits im bevorstehenden Reichstagswahlkampf erfolgreich eingreifen zu können, soll das Blatt vom 1. April d. J. ab erscheinen.

Gemeindevahltag.

In Remtengrün (Volgland) wurde die Gemeindevahl vom 3. Dezember für ungültig erklärt; wegen ungenügender Bekanntmachung des Wahltermins waren damals aus der Klasse der Unanfertigen nur drei Wähler erschienen. Bei der Neuwahl am letzten Sonntag wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit je 33 Stimmen gewählt. Die übrigen 94 Stimmen verteilten sich auf 11 bürgerliche Kandidaten. Unsere Genossen beteiligten sich zum ersten Male an der Wahl.

Das Jahrbuch für Partei- und Gewerkschaftsangehörige

wird im Buchhandel nicht herausgegeben. Aber auf vielfachen Wunsch hat der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ beschlossen, daß das Jahrbuch an Parteigenossen gegen Einzahlung von 1,20 M. an den Kassierer des Vereins Robert Schmidt, Berlin SO. 16, Engel-ufer 15, portofrei abgegeben wird.

Warnung vor Schwindlern.

Auf dem Parteibureau in Bochum erschienen am Sonnabend zwei Leute, die sich für russische Flüchtlinge ausgaben und um Unterstützung baten. Sie erklärten von Hannover zu kommen, wo sie je 8 M. erhalten hätten und erzählten weiter, daß sie über Köln nach Paris wollten. Als man ihnen erklärte, daß man sich sofort mit dem Bezirkssekretariat in Dortmund in Verbindung setzen werde, verschwand die beiden „Flüchtlinge“. Später stellte sich heraus, daß sie in Dortmund bereits Unterstützung erhalten hatten.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Nürnberg-Altendorf veröffentlichte seinen Bericht für das erste Geschäftsjahr 1910/11. Der Bericht weist wieder sehr erfreuliche Fortschritte auf. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balancieren mit 48 980,60 M. einschließlich eines Restbestandes von 23 803,53 M. An die verschiedenen Parteifinanzen wurden abgeführt 12 810,32 M. An Neuaufnahmen sind zu verzeichnen 2383, davon im letzten Quartal 1550. Beiträge wurden geleistet 84 437 männliche und 6182 weibliche, insgesamt 90 620. Bei einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 10 Monatsbeiträgen für das Jahr gerechnet, wie dies seitens des Parteivorstandes angenommen wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr die Mitgliederzahl von 10 887 männlichen und 1292 weiblichen, zusammen 12 179 Mitgliedern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Richterbeleidigung.

Wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Richter verhaftet Genosse Dahl von der Erfurter „Tribüne“ gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Wegen der Bemerkungen, die dem Gerichtsberichte angehängt waren, hatte er sich am Dienstag von neuem vor der Erfurter Strafkammer zu verantworten. Diesmal schloß sich Königsberger, Breslauer und Erfurter Richter und Staatsanwälte beileidigt. Der Angeklagte wurde, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendbewegung.

Hausdurchsuchungen

nach Materialen gegen die freie Jugendorganisation fanden dieser Tage in Baumhulenweg bei Berlin statt. Zwei Polizeibeamte durchsuchten die Wohnung des Vorsitzenden des Vereins nach Material zur Orientierung für den Staatsanwalt, wie der eine der Beamten mehrere Male bemerkte. In dem nächsten Vorraum ihrer schwierigen Arbeit hatten die Beamten einen Polizeihund mitgebracht, dessen Spürinn so fein ausgebildet sein soll, daß er vermag, die mit sozialdemokratischem Gift injizierten Papiere aufzufinden. Inzwischen erwies sich die ohne Rausch entfaltete Schnüffeltätigkeit des Hundes — wie auch die der Beamten — als zwecklos. Nach einständigem Suchen wurden entdeckt: ein Exemplar der „Arbeiter-Jugend“ (das Privateigentum des Vorsitzenden), ein Verzeichnis einiger Mitglieder des Vereins und ein paar Postzettelchen. Das Statut des Vereins, auf das die Beamten abgesehen hatten, fanden sie trotz der Mithilfe des Hundes nicht. Ueber die unnütze Arbeit sichtlich ärgerlich, bildeten sich die Beamten ein, daß ihnen anderswo wohl mehr Glück erblähen werde. Sie eilten nach dem Jugendheim, um dort den Spielschrank zu durchwühlen. Selbstverständlich mußten sie hier mit vollends leeren Händen abziehen, denn das Jugendheim, das mit dem Verein nicht das geringste zu tun hat, beherbergt natürlich auch keine Vereinsunterlagen. — So zeigte die recht fleißige Arbeit eine recht dürftige Ausbeute.

Gewerkschaftliches.

Kopfflosigkeiten der „Christen“.

Die zentrumschristlichen Gewerkschaften können nach dem Diktum Roms noch eine Weile mit ihrem Namen als Aushängeschild spielen, dafern nur die „Arbeit“ fortbar ganz im Sinne von „Sitz Berlin“, daß „Knecht bleiben“ soll, wer „Knecht“ ist, geschieht. Diese Bedingung muß aber unweigerlich erfüllt werden. Und nun ist es gar possierlich, die zentrumschristliche Gewerkschaftspresse zu beobachten, wie sinnlos alles durcheinanderfreudt, just wie in einem aufgewühlten Ameisenhaufen. Durch die Todesangst angepeitscht, geben sich die „christlichen“ Mäher im Schweige des Angesichts Mühe, die Kulissen so zu schieben, wie es von ihnen verlangt wird. Dabei werden die größten Bodsprünge gemacht. Besonders tölpelhaft gebärden sich zurzeit die Zeichenknechte im „christlichen“ Bergarbeiterverband. Die Leitung des Zentrumsbergvereins veröffentlichte in den „bürgerlichen“ Blättern eine Erklärung zur Lohnbewegung der Bergarbeiter, in der gegen den alten Verband polemisiert wird. In dem späßigen Erguß heißt es:

„Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß entscheidende, die Organisationen bindende Beschlüsse bei Lohnbewegungen bzw. den Versammlungen der organisierten Arbeiter gefaßt werden können. Belegschaftsversammlungen, in denen auch unorganisierte — oft in der Mehrzahl — vertreten sind, kann nicht das Recht gegeben werden, über die Schritte zu entscheiden, die in einer von den Organisationen eingeleiteten Bewegung getan werden sollen. Das kann um so weniger geschehen, als auch in der Regel gar keine Kontrolle besteht, ob nur Belegschaftsmitglieder in solchen Versammlungen anwesend sind und nicht von weit und breit zusammengeholtte Schreier den Ausschlag geben.“

Weiter heißt es dann in der Erklärung, um die Meinung der Kameraden zu hören, um die Stimmung und Ansicht der Belegschaft kennen zu lernen, brauche man keine Belegschaftsversammlungen abzuhalten usw.

Im zweiten Teil der Erklärung frist der Fabrikant derselben sein eigenes Produkt aber wieder selbst auf. Sowohl die Gewerkschaftsmitglieder „als auch die Unorganisierten“ werden ersucht, „sich nicht von den Sozialdemokraten mißbrauchen zu lassen“:

„Wir bitten die Mitglieder des Gewerksvereins und die Unorganisierten, sich zahlreich an den vom Gewerksverein einberufenen öffentlichen Gewerksvereinsversammlungen zu beteiligen.“

Wirklich, ein derart „kurzes Gedärm“ läßt sich selbst bei den „Christen“ nicht leicht vermuten. Bei den Zentrumsjungern wird zur Nachtigall, was bei den anderen Bergarbeiterverbänden eine Eule sein soll. In dem einen Fall dürfen die „weit und breit zusammengeholtten“ unorganisierten „Schreier“ nichts zu sagen haben, im anderen werden sie von den Christen gleich selbst eingeladen!

Ein anderes Bildchen von dem Wirrwarr und der fahigen Konfusion im Lager der Zentrumschristen. Besonderer Aufmerksamkeit der „christlichen“ Strategen erfreut sich in letzter Zeit auch der Buchdruckerverband. Eine Unmenge Druckerschwärze wird verwandt, um die organisierten Buchdrucker als „schlechte Christen, Kommunisten, Atheisten“, als gerade so sozialistisch „verseucht“ wie die anderen freien Gewerkschaften erscheinen zu lassen. Aber siehe da: nun konstatiert die M.-Gladbacher „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ selbst, daß entgegen ihren Schauergeschichten Mitglieder des Buchdruckerverbandes „Hausagitation“ für die — katholischen Arbeitervereine betreiben. Darüber freut sich nun wohl die Religionswächterin in M.-Gladbach gar sehr, meint ihr? Ach nein, am Kopfe der betreffenden Mitteilung steht ein warnendes: „Aufgepaßt!“ Im „Betreuungsfalle“ sollen nämlich solche „sozialdemokratischen“ Buchdrucker nicht in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen bzw. wieder rekonvalesziert und ermittelt werden! Vom sozialdemokratischen Standpunkte aus wäre dazu ja nicht viel zu sagen, aber originell ist es doch, daß dieselben Hanswürste, die ein verheuchertes Lamento über die „Gefährdung“ der Religion durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften anstimmen, selbst Warnungstafeln aufstellen, damit sich kein „sozialdemokratischer“ Arbeiter in einem katholischen Arbeiterverein verläuft!

Berlin und Umgegend.

Vereinbarungen zum Abschluß des Fensterputzerstreiks.

Die streikenden Fensterputzer der Glasreinigung hatten sich gestern vormittag bei Begener in der Seydelstraße versammelt, um den Bericht über die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks entgegenzunehmen. Die Lambrecht berichtete, hat sich die Firma nach längerem Widerstreben bereit erklärt, den Mindestlohn sowohl wie die übrigen Löhne um 2 M. zu erhöhen unter Beibehaltung der Arbeitszeit, wie sie im alten Tarif festgelegt ist, und auf dieser Grundlage ein provisorisches Uebereinkommen abzuschließen, das so lange gelten soll, bis der Generaltarif für die Fensterputzerbranche, über den jetzt zwischen den Organisationen beider Parteien verhandelt wird, zustande kommt, und wenn diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen sollten, soll von neuem mit der Firma über einen Tarifvertrag verhandelt werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der Redner empfahl der Versammlung, dieses Angebot anzunehmen und demgemäß den Streik zu beenden. Aus der Mitte der Versammlung machte sich jedoch eine starke Opposition geltend. Man erklärte das Angebot der Firma für durchaus unzureichend, und es zeigte sich auch, daß das frühere Verhalten der Firma große Erbitterung unter den Streikenden hervorgerufen hat. Außer Lambrecht traten auch die Organisationsvertreter Liebenow und Itzes entschieden für Annahme des Angebotes aus. — Die geheime Abstimmung, die schließlich nach der ausgedehnten Debatte vorgenommen wurde, ergab 35 Stimmen für, 54 gegen die Annahme des Angebotes, das somit als abgelehnt zu betrachten wäre. Das Statut des Transportarbeiterverbandes bestimmt jedoch, daß für die Fortsetzung des Streiks eine Mehrheit von vier Fünfteln vorhanden sein müßte. Die Versammlung schloß damit, daß sie den Vertretern Auftrag gab, nochmals mit der Firma Rücksprache zu nehmen, und am Nachmittag eine neue Versammlung der Streikenden abzuhalten.

Diese Versammlung, die auf 5 Uhr einberufen war, konnte erst 6 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet werden und zwar, weil die Unterredung mit dem Direktor Kubartzich infolge des Umstandes, daß am Nachmittag die Streikbrecher entlassen wurde, verzögert hatte. Die Streikbrecher führten sich dabei so auf, daß die Firma und ihre kaufmännischen Angestellten froh sein mußten, daß die Hansreifer endlich, nachdem sie sich so viel wie nur irgend möglich an Extrabergütung ergattert hatten, aus dem Hause waren. Auf dem Hofe waren mindestens 15 uniformierte und geheime Polizeibeamte anwesend, diesmal aber offenbar nicht zum Schutze der „Arbeitswilligen“, sondern zum Schutze des Geschäftes vor jenen Leuten.

Verantw. Redakt.: Richard Barz, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Unterredung mit Herrn Kubartzich hat, wie Liebenow berichtet, zu weiteren Zugeständnissen nicht geführt. Der Direktor hatte nicht die Kompetenz dazu und die Vorstandsmitglieder der G. m. b. H., mit denen er Rücksprache genommen hatte, waren auch nicht dafür zu haben.

Der Redner empfahl der Versammlung von neuem dringend, das Angebot gutzuheißen und dasselbe taten die übrigen Vertreter der Organisation. Die Mehrheit der Versammlung wandte sich jedoch so entschieden und mit solcher Erregung gegen den Vorschlag, daß die Wiederaufnahme der Arbeit von den Streikenden nicht beschlossen wurde. — Die Lohnkommission erklärte schließlich, daß sie unter diesen Umständen ihre Kommittee niederlegte.

Die Bezirksleitung hatte den Streikenden folgenden Beschluß empfohlen:

Unter der Voraussetzung, daß die angebotenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des Fensterputzergewerbes von Berlin und Umgegend und dem Deutschen Transportarbeiterverband über die Abschließung eines korporativen Lohntarifs für die Arbeitnehmer innerhalb 6 Wochen zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Resultat führen, beschließen die im Auslande befindlichen Arbeitnehmer der Berliner Glasreinigung:

Die Arbeit wird am Donnerstag, den 19. Januar 1911 unter der Bedingung aufgenommen, daß der Anfangslohn auf 24 M. und der Höchstlohn auf 28 M. pro Woche festgelegt wird; desgleichen für die Anfänger 20,80 M. pro Woche. Jeder Fensterputzer erhält somit eine sofortige Lohnzulage von 2 M. pro Woche. Die Arbeitnehmer behalten sich vor, falls der oben erwähnte korporative Lohnvertrag nach Ablauf von 6 Wochen nicht zustande kommen sollte, erneut mit den Firmen bezüglich Abschluß eines Tarifvertrages für die Berliner Glasreinigung in Verhandlung zu treten.

Deutsches Reich. Anshungern

wollen die Knopflochfabrikanten ihre Arbeiter in Frankenhäusern a. Kyffhäuser. Der Geschäftsführer der Fabrikantenvereinigung in Frankenhäusern, ein Rechtsanwalt, hat es vor einigen Tagen ausgesprochen, daß die Arbeiter kommen sollen und um Arbeit bitten, Verhandlungen werden abgelehnt, die Fabrikanten bestimmen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Falls aber die Arbeiter sich zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklären würden, könnte eine große Anzahl nicht wieder eingestellt werden, weil die neu eingeführten Maschinen nahezu die Hälfte der Arbeiter überflüssig gemacht hätten. Etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich nun schon über zwanzig Wochen im Kampfe, um ihre erbärmlichen Löhne um wenige Pfennige aufzubessern. Kein Erbarmer der Fabrikanten mit den ausgebeuteten Lohnsklaven, die zum großen Teil im Interesse des Profits ihre Gesundheit geopfert haben. Aber nicht allein die Gesundheit der männlichen Arbeiter ist zum großen Teil zugrunde gerichtet, sondern auch die von Weib und Kind mußte geopfert werden, um das kümmerliche Dasein weiter fristen zu können. Schwindsucht, Augenkrankheiten und Krankheiten der Atmungsorgane sind in der Perlmutterindustrie in geradezu erschreckendem Umfange vorhanden. Der Wiener Arzt Dr. Bah gibt in der „Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung“ das Ergebnis von Untersuchungen der Wiener Perlmutterdrehler bekannt, die er während der Dauer des dortigen Streiks vornahm. Er schreibt:

„Im ganzen erstreckte sich die Prüfung auf 150 Arbeiter, die ungefähr ein Sechstel der Gesamtzahl ausmachten. Zunächst wies das meist jugendliche Alter der Untersuchten, von denen nur elf das 50. Lebensjahr überschritten hatten, darauf hin, daß mit diesem Gewerbe verhältnismäßig frühe Gesundheitschädigungen verbunden sind. Es wurde dann durch eine umfassende Statistik festgestellt, daß die Knopfdrehler im Durchschnitt nicht mehr als 38 Jahre alt wurden. Unter jenen 150 Arbeitern wurden 88 Erkrankungen der Atmungsorgane festgestellt, und davon erwiesen sich 71 als tuberkulös. Allerdings hat es den Anschein, daß die jungen Leute, die sich diesem Gewerbe zuwenden, an sich nicht aus dem besten Menschenmaterial stammen; denn es waren unter ihnen eine erstaunlich große Zahl als untauglich für den Heeresdienst erklärt worden; auch waren fast zwei Drittel auffallend klein.“

Dr. Bah erklärt dann weiter die Tuberkulose schlechthin für eine „Berufskrankheit der Perlmutterdrehler“.

In Wien liegen nun aber die Verhältnisse für die Perlmutterdrehler noch weit günstiger als in Frankenhäusern. In Frankenhäusern ist die Heimarbeit in weit größerem Umfange vorhanden, die Arbeitszeit weit länger und die Löhne viel niedriger als in Wien. Wie es da mit dem Gesundheitszustand der armen Knopfdrehler in Frankenhäusern aussieht, wird man sich denken können; man weiß es, wenn man an einer Versammlung der ausgebeuteten, blaffen Arbeiter und ihrer Frauen teilgenommen hat. Zwanzig Wochen haben die Streikenden treu ausgehalten und sie werden auch ferner aushalten, bis der Lebermut der Fabrikanten gebrochen ist. Die eigene Organisation und die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft stehen hinter den Kämpfenden. Zugung von Knopfarbeitern ist auch weiterhin fernzuzulassen!

Achtung, Glasarbeiter!

Auf der Glasblätte Immenhausen, Bezirk Kassel, Westfäl. L. amprecht, sind Differenzen ausgebrochen. Der Inhaber der Firma will die Fabrik von Mitgliedern des Zentralverbandes der Glasarbeiter säubern und hat in den letzten Wochen bereits mehrere Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Zugung ist fernzuzulassen!

Lohnbewegung in den Kindertwagenfabriken in Zeitz.

In der Kindertwagenindustrie in Zeitz sind rund 2000 Arbeiter beschäftigt. Zeitz ist das Hauptzentrum für diese Industrie in Deutschland. In der größten Fabrik (E. A. Richter) werden gegen 500 Arbeiter beschäftigt, während die übrigen Arbeiter sich auf weitere 11 Betriebe verteilen. In Frage kommen hauptsächlich Korbmacher, Stellmacher, Maschinen- und Metallarbeiterverband sowie die Verbände der Sattler und Maler und Ladierer.

Die Arbeiter fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden pro Woche. Neben dem Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf., einen Mindestlohn von 45 Pf. für Arbeiter über 20 Jahre alt für Hilfsarbeiter von 38 Pf. und für Arbeiterinnen von 25 Pf. pro Stunde, sowie einen Aufschlag von 15 Proz. auf alle Akkordpreise.

Zu bemerken ist, daß für die übrige gesamte Holzindustrie in Zeitz die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit vertraglich festgelegt ist. — Die Forderungen sind den Fabrikanten am Montag unterbreitet und haben die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen um baldige Antwort gebeten. Von dieser wird es abhängen, ob der Friede gewahrt bleibt. Die bisherigen Löhne sind so niedrig, daß dieselben dringend einer Aufbesserung bedürfen. Wochenverdienste für verheiratete Arbeiter von 15—17 M. sind keine Seltenheit.

Der Kampf in den Röhreer Rauchwarenzurichtereien

ist jetzt allgemein, da nunmehr sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Streik stehen. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten und Ausständigen ist 820 und zwar 121 verheiratete und 81 ledige Kürschner und 116 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, die Aussperrung der Kürschner aufzuheben, wenn sich die Röhreer Röhre des Kürschnerverbandes den Beschlüssen ihres Vorstandes und Ausschusses fügen, die entgegen einem früheren Beschlusse des Ausschusses gemeinschaftlich die Wiederaufnahme der beiden ausgeschlossenen Mitglieder beschlossen haben. Die Röhreer Verbandsmittglieder erklären jedoch den Ausschluss der beiden Schützenglieder als Angelegenheit der Mitglieder, in die die Unternehmer nichts hineinzureden haben und so geht der Kampf in verschärfter Form weiter. Von den Streikbrechern haben drei Röhreer wieder verlassen, da ihnen der versprochene Lohn nicht ausgezahlt und ihnen auch nicht mitgeteilt worden war, daß in Röhreer Streik sei.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den zweiten Kreis hielt Genosse Emanuel Würm am Dienstagabend einen Vortrag über das Thema: „Volksernährung, Volksversicherung und Volkseinkommen.“ Die Versammlung, die im „Hofjägerpalast“, Hafenside, stattfand, hatte wohl besser besucht sein können, wie der Vorsitzende hervorhob und er forderte die Genossen auf, für die bevorstehenden Versammlungen im Februar und März, wo ebenfalls belehrende Vorträge geboten werden sollen, reger zu agitieren. Der Vortragende lenkte die Aufmerksamkeit darauf, wie die Frage der Ernährung eng zusammenhängt mit der sozialen und politischen Lage des Volkes. Er erntete reichen Beifall und beantwortete zum Schluß einige Fragen aus der Mitte der Versammlung. Zur Diskussion meldete sich niemand. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf den kommenden Wahlrechts Sonntag.

Volkstaat oder Beamtenstaat? Ueber diese Frage sollte Reichstagsabgeordneter Ledebour am Dienstag im sechsten Wahlkreis sprechen. Er war jedoch erkrankt, und statt seiner hatte der Reichstagsabgeordnete G. m. e. l den Vortrag übernommen. Die Versammlung, die im „Swinemünder Gesellschaftshaus“ stattfand, war schon lange vor Beginn überfüllt und polizeilich abgesperrt. Obwohl man Fische und Stühle entfernt hatte, reichte der geräumige Saal lange nicht aus. Der Redner fand lebhaften Beifall. — Die Genossin Frau Ratjke machte nach dem Vortrage in eindringlichen Worten auf den von der Internationalen Konferenz in Kopenhagen für die ganze Welt beschlossenen Frauentag aufmerksam, für den bekanntlich der 19. März dieses Jahres ausgerufen ist und der der internationalen Propaganda für das allgemeine, gleiche Frauenwahlrecht gilt.

Schifferversammlung.

Die rührige Agitation unter den Schiffern Berlins ist bisher von den erfreulichsten Resultaten gekrönt worden. Wie empfänglich diese Berufs-kategorie für unsere Lehren ist, beweist der rege Zuspruch der Versammlungen. Auch am Freitagnachmittag war eine Versammlung einberufen, die sehr gut besucht war. Waldemar Ranaße hatte es übernommen, in einem zündenden Vortrage, dem die anwesenden wetherharten Frauen und Männer mit sichtlichem gespanntem Interesse folgten, das Thema: „Was haben die Schiffer vom Sozialismus zu erwarten?“ zu behandeln. Dann nahm Reichstagsabgeordneter Zubeil das Wort, um speziell auf die Lebensfragen des Schiffergewerbes einzugehen und mit umfassender Sachkenntnis die wirtschaftliche Lage der Schiffer darzulegen, die nur eine Verbesserung erfahren könne durch Anschluß an die Sozialdemokratie und deren Unterstützung.

Es zeigt sich bei diesen Schifferversammlungen, daß sie ein dringendes Bedürfnis darstellen, denn es ist wohl die einzige Möglichkeit, an die Schifferbevölkerung heranzukommen und ihnen Wissen und Ausklärung zu übermitteln, wie denn auch die Schul- und Bildungsfrage von Ranaße eingehend behandelt und von Zubeil auch noch nebenbei gestreift wurde. Jedenfalls tritt die Tatsache zutage, daß das politische Erwachen unter den Schiffern in stetiger Vorwärtswendel begriffen ist. Um so verzweifelter sind die Anstrengungen, die von weltlichen und kirchlichen Behörden gemacht werden, diese Berufsgruppe unter den reaktionären Mitteln zu behalten resp. wieder dahin zurückzuführen. Die allseitige Zustimmung, die den Ausführungen Zubeils folgte, lassen die Aussichten der reaktionären Raulwurfsarbeit allerdings in traurigem Lichte erscheinen. Besondere Erregung hat das Gerücht von einer geplanten Ausweisung der Schiffer von den Gewässern Charlottenburgs ausgelöst, und die Schiffer werden alle Mittel und Wege ergreifen, um eine so einschneidende, schädigende Maßregel noch rechtzeitig abzuwenden. — Nach kurzer Diskussion sprach Schwedler noch in eindringlicher Weise zu seinen Berufskollegen und führte ihnen die unabwendbare Tatsache vor Augen, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen müssen, wenn sie Hilfe für ihre große Notlage erhalten wollen. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie nahm die Versammlung ein Ende, nachdem noch Zubeil die Wege gezeigt hatte, die gegen die Absicht der Charlottenburger Behörden zu betreten sind.

Letzte Nachrichten.

Bergarbeiterlos.

Röhhausen i. Elsaß, 18. Januar. (W. G.) In dem noch im Ausbau befindlichen Schachte „Rag“, bei Reichweiler, der Gewerkschaft „Amelie“ ist heute mittag eine Hängebank, auf der vier Bergleute beschäftigt waren, aus 15 Meter Höhe herabgestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet, drei andere sind schwer verletzt. Alle vier stammen aus Baden.

Die Ausstands-bewegung der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 18. Januar. (W. L. B.) Trozdem die Delegierten der ausländigen Bergarbeiter in der Provinz Lüttich gestern die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hatten, ist heute, wie „Siecle“ erklärt, ein neuer Konflikt ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer nicht alle nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Maximalarbeits-tag getroffenen Anordnungen rückgängig machen wollen.

Zur Londoner Polizeischlacht.

London, 18. Januar. (W. L. B.) Die Kommission, welche die Ursachen des Todes der bei dem Kampfe in der Sidneystraße umgekommenen beiden Männer feststellen sollte, hat ihr Gutachten dahin abgegeben, daß der eine an einer Schußwunde gestorben, der andere erstikt ist. In dem Gutachten wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser Vorfall Anlaß geben werde, „strenge gesetzliche Maßnahmen zur Ueberwachung der Einwanderung ausländischer Verbrecher zu ergreifen“. Von besonderem Interesse bei den Verhandlungen der Jury war die Aussage des Minister Churchill, der erklärte, er übernehme die volle Verantwortung dafür, daß er den Feuerwehrlenten nicht erlaubt habe, den Brand zu löschen, da sie höchstwahrscheinlich getötet worden wären. Völlig unrichtig sei, daß er sich in die Tätigkeit der Polizei eingemischt habe.

Der Justizmord an den japanischen Sozialisten.

Tokio, 18. Januar. (W. L. B.) Während die Verhandlung im Anarchistenprozess geheim war, wohnten Mitglieder des diplomatischen Korps und angesehene Japaner der Urteilsverkündung bei. Einer der Beurteilten rief: „Anjail“, worauf alle Beurteilten aufsprangen. Ein anderer rief: „Hoch lebe die Anarchie!“ Dann ließen sich alle ruhig abführen. Man hält es für möglich, daß die Todesstrafe in lebenslängliche Verbannung umgewandelt wird.

Bier Personen erstikt.

Sodnowice, 18. Januar. (W. L. B.) Bei einem auf dem Hüttentwerl Kasimir ausgebrochenen Brande sind ein Arbeiter und drei Arbeiter erstikt.

Reichstag.

110. Sitzung. Mittwoch, den 18. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsident: Wermuth. Präsident Graf Schwerin-Löwitz erinnert zunächst an die am 18. Januar 1871, also vor vierzig Jahren, erfolgte Reichsgründung.

Die Abgeordneten haben sich zu Ehren der Verunglückten von den Plätzen erhoben. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes betr. die Reichswertzuwachssteuer.

Reichswertzuwachssteuer.

Abg. Dr. Fechter (Z.) begründet einen Antrag, der dem Abschlag über die Steuerbefreiung beim Verkauf von kleinen Grundstücken im § 1 eine Einschränkung geben will, durch welche Steuerumgehungen mittels Zerstückelung von Grundstücken unmöglich gemacht werden sollen.

Abg. Dr. Weber (natl.) schließt sich dem an. Gegenüber dem Abg. Arendt betont er, die Einbeziehung des mobilen Kapitals in dieses Gesetz würde geradezu verhängnisvoll wirken.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird § 1 in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die §§ 1a, 1b, 1c, 2 und 3.

§ 4 sieht eine Reihe von Freilassungen von der Steuer vor, bei Erbschaften, gewissen Schenkungen usw. Es liegen dazu eine Reihe von Anträgen vor, welche Spezialwünsche zum Ausdruck bringen.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen den Abschlag zu streichen, der den Austausch von Feldstücken zwischen angrenzenden Vergewertern und bei der Vereinigung mehrerer Vergewerke für steuerfrei erklärt.

Abg. Böhle (Soz.):

Die Befreiung der Vergewerke ist gestern von den Abgg. Vogel und Arendt begründet worden mit der starken Belastung des Vergewerks. Aber die Belastung des Vergewerks ist keineswegs härter als die der Industrie überhaupt.

Abg. Dr. Weber (natl.) befürwortet einen Antrag, wonach bei Vergrößerung von Rentengütern und anderen Grundstücksveränderungen mit Hilfe einer Behörde zur Beförderung des mittleren und kleinen Grundbesitzes die Steuer nicht erhoben werden soll.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) beantragt den Austausch kleiner landwirtschaftlicher Parzellen bis zum Wert von 3000 M. steuerfrei zu lassen; ein Wertzuwachs werde hier so wie so nicht entstehen und deshalb soll man den ganzen fiskalischen Apparat der Schätzung nicht erst in Bewegung setzen.

Schatzsekretär Wermuth bittet um Ablehnung der gestellten Änderungsanträge. Zu dem Antrag Albrecht erklärt er, sich nicht äußern zu wollen, da derselbe die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bedeutet.

Abg. Zietzsch (Soz.):

Wir haben gestern auf einem Vortrage des Kollegen Goerde von einer sinnreichen Vorrichtung gehört, die die Chinesen anwenden, um den Eindringern das Eindringen in ihrer Häuser möglichst schwer zu machen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Kleines Feuilleton.

Unterseeboot. Das Unterseeboot ist keineswegs eine Erfindung der jüngsten Zeit; schon bei Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat man Versuche mit Tauchbooten gemacht, doch war damals die maschinelle Triebkraft noch nicht in Anwendung und die Menschenhand mußte sie ersetzen.

Die Explosionsmotoren für die Fortbewegung der Tauchboote an der Wasseroberfläche haben den großen Vorteil des leichten Gewichtes; aber auch bei ihnen liegt die Gefahr der Bildung explosibler Gasgemische vor, die bisher schon siebenmal zu Unglücksfällen geführt haben. Gegenüber dem Elektromotor sind die Verbrennungsmotoren durch ihre geringere Manövrierfähigkeit erheblich im Nachteil.

Lassen wir uns auf keine derartige Verschlechterung oder Abschwächung der Kommissionsfassung ein. Wenn auch Herr Weber mit Engelszungen redet, so wird er uns doch nicht davon überzeugen, daß Vergewerkslösungen eine besondere steuerliche Privilegierung verdienen — weil sie im Interesse der Vergewerke seien.

Abg. Dove (Sp.): Wir treten durchaus für die Koalitionsfreiheit ein; aber Bestimmungen, wie sie die Sozialdemokraten mit reaktionärer Hilfe in das Kaiserreich hineingebracht haben, bedeuten einen Schritt in der Richtung des Zukunftsstaates, den wir nicht mitmachen.

Abg. Dr. Weber (natl.) hält gegenüber den Ausführungen des Abg. Zietzsch seine Behauptung aufrecht, daß die Arbeiter an der Privilegierung der Fusionen interessiert sind.

Abg. Sacke (Soz.):

Hier ist verschiedenlich von den Vergewerksverhältnissen im Sieger Land die Rede gewesen und man sucht mit ihnen die Privilegierung der Fusionen zu rechtfertigen. Tatsächlich aber werden die Voraussetzungen des Antrages Weber im Sieger Lande kaum jemals eintreten.

Die Diskussion schließt. Sämtliche materielle Änderungsanträge zum § 4 werden abgelehnt. Mit einigen redaktionellen Änderungen wird § 4 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 5 und 6 werden debattelos angenommen. § 8a gestattet, bei der Berechnung des Wertzuwachses vom Verkaufspreis den Wert der vom Veräußerer übernommenen Lasten, der Maschinen, auch soweit sie zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstücks gehören, abzuziehen.

Abg. Trimborn (Z.): Der letzte Abschlag dieses Paragraphen gibt der Regierung eine ungeheure Macht; außerdem würde bei einer schematischen Festsetzung von Einheitspreisen jede Lagerung unmöglich sein.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Auch wir haben sehr erhebliche Bedenken gegen diese Bestimmung. Man könnte danach den landwirtschaftlichen Boden einfach ganz allgemein zu hoch schätzen, so daß der Ertrag der Steuer verschwindet.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Trimborn (Z.) beantragt die Streichung des letzten Absatzes von § 8a.

Abg. Dr. Potthoff (Sp.): Die Bestimmung ist da eingeführt worden, wo man bis aufs Jahr 1870 oder weiter zurückgegriffen hat und ländlicher Boden inzwischen städtischer geworden ist. Dort war es gleichgültig, den Wert von 1870 auch etwas zu hoch anzusetzen; ganz anders liegt die Sache in den Städten oder ländlichen Gemeinden nach diesem Gesetze, hier würde eine zu hohe Schätzung den Ertrag der Steuer ganz unangemessen in Frage stellen.

Abg. Dr. v. Savigny (Z.): Vielleicht wird es möglich sein, bis zur dritten Lesung eine bessere Fassung zu finden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Auch der erste Absatz des § 8a ist nicht zu billigen, wir können doch nicht den Landesgesetzgebungen gestatten, Abweichungen von dem zu bestimmen, was wir hier festlegen. Ich bitte daher den ganzen § 8a abzulehnen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Wir müssen doch zum mindesten wissen, inwieweit schon derartige Landesgesetze existieren. Wenn gar keine da sind, haben wir gar keinen Anlaß, für die Zukunft den Landesgesetzgebungen Eingriffe in dieses Gebiet zu gestatten; wenn schon Landesgesetze existieren, müssen wir sie ansehen, ob sie mit den hier festgesetzten Grundregeln übereinstimmen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Wir können doch unmöglich dem Bundesrat gestatten, zusammen mit der Landesgesetzgebung ein Reichsgesetz, das wir machen, abzuändern und geradezu umzuwerfen. Die einzige Landesgesetzgebung, die bis jetzt in Betracht kommt, soll Lippe sein und ich freue mich, daß ich hier in der Lage bin, Lippe auf dem Altar des Reiches zu opfern. (Heiterkeit.)

Reichschatzsekretär Wermuth: Die hier angefochtene Bestimmung ist wörtlich aus dem § 84 des Reichsstempelgesetzes entnommen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Dann ist es seinerzeit übersehen worden; unmöglich können wir die Reichsgesetzgebung durch die Landesgesetzgebung abändern lassen. Damit schließt die Diskussion; § 8a wird in beiden Absätzen abgelehnt.

§ 9 wird angenommen. § 10 bestimmt die Berechnungen zum Erwerbpreis bei der Bestimmung des Wertzuwachses. Auch hier liegt eine Fülle von speziellen Anträgen vor.

Abg. Binder (Soz.): Bei der dritten Beratung in der Kommission lagen zu diesem Paragraphen 10 Änderungsanträge vor und jetzt sind auch wieder 27 eingebracht. Alle diese Anträge haben die Tendenz, die Wirkung des Gesetzes abzuschwächen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Von Mißtrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorsicht. (Große Heiterkeit.) Deshalb ist es am besten, den letzten Satz des § 8a zu streichen und die Regelung dieser Sache den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Absicht der Bestimmung war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und jedenfalls eine Festsetzung nicht gegen den Willen einer Gemeinde treffen.

Notizen.

— Künstlerstreik. Die Zeichen des bekannten dänischen Bildhauers „Klob-Hand“ haben einmütig die Arbeit eingestellt. Die Ursache des Streiks ist, daß der Verleger ihre Zeichnungen eigenmächtig an ein anderes Blatt weiter verkaufte, ohne den Künstlern auch nur das geringste Honorar hierfür zukommen zu lassen.

entwürfe abzulehnen. Würden sie angenommen, so würde schließlich vom Prinzip der Besteuerung des Wertzuwachses überhaupt nichts übrig bleiben bezw. aus der Wertzuwachsteuer eine Vermögenssteuer werden.

Abg. Dr. Weber (natl.) polemisiert gegen den Abg. Vinder. Die Sozialdemokratie tue immer so, als ob die reiche Spekulation usw. von dem Gesetz getroffen würden. Das sei aber nicht der Fall; vielmehr seien zahlreiche kleine Leute, Hunderttausende von kleinen Hausbesitzern usw. daran interessiert, daß nicht allzu drakonische Bestimmungen erlassen würden.

Abg. Dr. Nöcker (L.) begründet einen Antrag, die anteiligen Geschäftskosten in Abzug zu bringen, welche für die Erfassung des verkauften Grundstücks erforderlich waren und tatsächlich aufgewendet sind.

Nach weiterer unerheblicher Debatte werden fast alle Abänderungsanträge abgelehnt, angenommen werden die Anträge, Bauhandwerkern und Baugewerbetreibenden, die eigene Arbeit geleistet haben, statt 10 Proz. 15 Proz. des anrechnungsfähigen Wertes den Aufwendungen zuzurechnen, und für Aufwendungen, Leistungen, Beiträge für Straßenbauten und Verkehrsanlagen 4 Proz. ihres Betrages 15 Jahre lang statt 10 Jahre, wie es im Kommissionsentwurf hieß, zuzurechnen.

Mit diesen Abänderungen wird § 10 angenommen. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, tag 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Mittwoch, den 18. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenge, v. Dallwitz, v. Schorlemer, Schow, Seifert, v. Trost zu Solz.

Präsident v. Kröcher würdigt vor Eintritt in die Tagesordnung die vor 40 Jahren geschaffene Reichsgründung und den Unfall des Unterleibshotels U. S.

Hierauf wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. v. Dewitz (H.) verlangt eine progressivere Ausgestaltung der Einkommensteuer und Maßnahmen zur Hebung des Kursfußes der Staatspapiere.

Finanzminister Dr. Lenge erwidert, daß die Frage der Ausgestaltung der Vermögenssteuer sehr eingehender Prüfung bedürfe. Daß die Staatspapiere nicht den ihrer Sicherheit entsprechenden Kurs besäßen, sei zuzugewen. Diesem schwierigen Problem werde dauernd Aufmerksamkeit gewidmet. Herr Wiemer sagte, der Staat tue nicht genug für Kulturzwecke, wolle aber die Einnahmen des Staates aus Steuern noch beschneiden. In der Tat sind im Etat große Summen für Kulturzwecke ausgeworfen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pashma (Z.) Der Herr Finanzminister hat im Laufe der Debatte versucht, die Reichsfinanzreform in ein glänzendes Licht zu stellen. Aber sie bleibt ein unheilvolles Werk nach der Art der Lastenverteilung und nach ihren politischen Wirkungen. (Widerpruch rechts.) Die politische Wirkung ist die gewesen, daß die Konservativen das Zentrum wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! links. Lachen rechts.) Wir müssen verlangen, daß die schärfsten Spitzen unserer Wirtschaftspolitik abgedockt werden, denn Preußen ist kein Agrarstaat mehr. Herr Porsch wittert bei der Linken Kulturkampfgeiste. Daron denken wir nicht. Wir stören fromme Gemüter nicht in ihrem Glauben, stören Sie aber auch religiös Freidenkende nicht! (Sehr gut! links.) Redner polemisiert dann gegen die Vorromanus-Engländer und den Modernisteneid. Ich komme zu den Erklärungen des Herrn v. Dallwitz über Noabit. Er hat Licht und Schatten nicht gleichmäßig verteilt, wenn er die Polizei uneingeschränkt lobt. Die Polizei, die in den ersten Tagen ruhig war, ist nachher in der Tat nervös geworden. Durch Verleumdung von Orden wird man der Wiederholung der festgestellten polizeilichen Mißgriffe nicht entgehen. — Wöllig unangebracht war die Unterstellung, die der Minister andeutete und Herr v. Jedyly offen aussprach, als ob die Verleumdungen absichtlich die Vorgänge entstellten hätten. (Sehr richtig! links.)

In der Verwaltungsreform ist für und die Hauptfrage eine Verminderung des Einflusses der Landräte. Die schönsten Worte vom Ministertisch gegen die Wahlbeeinflussungen durch Landräte nützen nichts; wir müssen Taten sehen und nur durch Taten werden auch die Landräte zu beeinflussen sein. In der Wahlrechtsfrage

hätten wir wohl eine Erklärung des Ministerpräsidenten selbst erwarten können. (Sehr wahr! links.) Man will die Befestigung der Zustigkeiten unter den bürgerlichen Parteien abwarten. Das heißt, die Regierung will auf jede Führung in der Politik verzichten. Wenn die Regierung nicht sagen konnte, wann die Vorlage kommt, hätte sie doch sagen müssen, daß sie kommt. (Sehr richtig!) Die Konservativen freilich wünschen überhaupt keine Vorlage mehr. So wahren sie ein Versprechen der Krone! (Sehr gut! links.) Sie haben heute die Errichtung des Deutschen Reiches gefeiert. Was erzielt worden ist an Fortschritten in diesen vier Jahrzehnten seit Bestehen des Reichs, ist erreicht worden unter der Herrschaft des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. (Sehr wahr! links.) Wir bestehen auf unserer Forderung der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Sollte eine Reform wieder eingebracht werden, die nicht einmal das geheime und das direkte Wahlrecht bringt, so verdient eine solche Vorlage den Namen Reform überhaupt nicht. Die Regierung hat ja für Elsäz-Votirungen das geheime und direkte Wahlrecht für angebracht gehalten. Da gibt es keinen Grund mehr, Preußen dies Wahlrecht vorzuenthalten. (Sehr wahr! links.) Die Konservativen verweise ich darauf, daß auch die „Konservative Monatschrift“ anerkennt, daß die Gegnerschaft gegen das geheime und direkte Wahlrecht sei nicht aufrechtzuerhalten. Ich verweise sie auch auf die Stellungnahme von Männern der Wissenschaft, wie Professor Schmoller. — Die Konservativen suchen es so darzustellen, als sei Liberalismus und Sozialdemokratie dasselbe. In der Tat aber haben wir nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir Gegner der Sozialdemokratie sind. Unsere beiderseitigen Weltanschauungen sind grundverschieden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind auch nicht Republikaner, lehnen nicht jede Ausgabe für die Landesverteidigung ab und mißbilligen es, wenn eine Sprache geführt wird, die die Leidenschaften aufreizt und zu gefährlichen Spannungen führt. (Sehr richtig! bei den Freis.) Aber wir lehnen mit der Sozialdemokratie jede Ausnahmegegesetzgebung ab und protestieren deshalb entschieden gegen die Anregungen des Herrn v. Jedyly in dieser Richtung. (Bravo! links.) Mögen alle Liberalen fest zusammenhalten, damit dem Zentrum der Konservativen und des Zentrums gegenübertritt die geschlossene Kraft des freidenklichen Bürgertums in Stadt und Land. (Lebhaftes Bravo! links.)

Zustimmender Befehl: Es ist anerkannt Grundgesetz der Regierung, in schwebende Prozesse nicht hineinzureden, um das Gericht nicht zu beeinflussen. Eine solche Beeinflussung läßt man aus, wenn man die Schuldfrage und die Strafzumessungsfrage behandelt. Davon ist in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten keine Rede gewesen. Bemerkungen über die Tätigkeit der Polizei betreffen nicht die Schuldfrage der Angeklagten und auch nicht die Strafzumessung. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wohl aber hat Herr Wiemer in unzulässiger Weise in den noch schwebenden Decker-Prozess eingegriffen, indem er den Richtern einseitige Voreingenommenheit gegen den Angeklagten vorwarf. Ich muß dagegen entschieden Protest erheben. — Der Minister verteidigt die Haltung der Polizei bei den Noabiter Vorgängen mit den schon öfter wiederholten unrichtigen Argumenten. — Die Zusammenlegung der Strafsachen war notwendig, sonst hätte die unglaubliche Beweisnahme

etwa 20mal wiederholt werden müssen. Die Angriffe, als habe sich die Staatsanwaltschaft eine Kammer ausgesucht, sind unbegründet. Die Kammer hat mit großer Geduld und Ruhe gearbeitet. Die Geduld müßte sie bewahren auf Grund der heutigen Lage der Gesetzgebung, die dem Gericht nur geringe Befugnisse gibt, ihm unbedingt erscheinende Beweisanträge abzulehnen. Wir sind dabei, eine Strafprozessordnung auszuarbeiten, die die Befugnisse des Gerichts statuiert, bei Ablehnung nach seiner Überzeugung unzulässiger, aberflüssiger, vergeblicher Beweisanträge ein entscheidendes Wort zu sprechen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Diesen Standpunkt wird die preussische Regierung im Reichstage vertreten, und ich bitte die Herren, in diesem Sinne auf Ihre Freunde im Reichstage zu wirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Liebknecht: Preussische Reaktion! Ich halte es für meine Pflicht, für meine Überzeugung einzutreten, und wo ich Unterstützung finde, begrüße ich sie. (Lebhaftes Bravo! rechts. Abg. Liebknecht (Soz.): Und kein Wort gegen Jedyly!

Abg. Graf Pashma (Z.) verteidigt die Haltung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage und polemisiert unter lebhafter Zustimmung des Zentrums gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Pashma über den Modernisteneid.

Abg. Leinert (Soz.):

In die religiösen Streitigkeiten mischen wir uns nicht, weil für uns Religion Privatangelegenheit ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Verbrauch an Ministern ist in Preußen sehr groß. Seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers haben wir in Preußen 6 Ministerpräsidenten, 6 Kultusminister, 9 Minister des Innern usw. gehabt. (Hört! hört! links.) Die Minister des Innern scheinen also am leichtesten zu ersetzen zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist in der Debatte von den Steuerdeklarationen des Herrn v. Nischhofen die Rede gewesen; er ist von der Steuerbehörde gerechtfertigt worden. Wertwürdig ist nur, daß Herr v. Nischhofen ein öffentliches Gerichtsverfahren gesucht hat. In anderen Fällen geht man in solchen Steuerangelegenheiten viel schlauder vor. So ist man gegen einen Vertrauensmann unserer Partei vorgegangen, weil er angeblich erhaltene Zuwendungen von der Partei nicht mitbekannt hätte. Den Vertrauensmann in diesem Falle hat der Landrat dem Arbeiter nicht genannt, hier aber, wo es sich um einen Freiherrn handelt, gibt die Regierung eine Erklärung vor dem Lande ab und der Betreffende, der die Anzeige wegen Steuerhinterziehung gemacht hatte, wird wegen Verleumdung angeklagt.

Herr v. Arnim hat wieder von der Arbeiterversicherung gesprochen, er meinte, dadurch wäre für die Arbeiter gesorgt. Das ist un wahr, es ist nur für Kranke, Unfallverletzte und Invalide gesorgt. Der gesunde Arbeiter hat nur die Lasten der Versicherung; die Arbeitgeber wälzen diese Lasten auf die Konsumenten ab. Was die Arbeiter den gezahlten Summen der Versicherung an Verlust von Leben und Gesundheit gegenüberzustellen haben, davon sprechen Sie nicht. Sie sprechen nicht von den 80 Millionen Krankheitsfällen

von durchschnittlich 20 Tagen Dauer, von den 1 600 000 Invalidenrentnern, den 90 000 Krankenrentnern und den 2 680 000 Arbeitern, die bis 1900 durch Unfall verletzt wurden. Das sind die Opfer der Arbeit! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Noabiter Prozeß hat gestern Herr v. Jedyly gesagt, wir hätten Pulver in das Faß getan und es angezündet. Das sind lediglich Phantasien der Scharfmacher. Aber ich frage: wo ist das Pulver her, wer hat es produziert? Das ist die bürgerliche Gesellschaft, der preussische Staat, der das Pulver geschaffen hat. (Abg. Hoffmann: Aber nicht gegen den Streikbrecher!) Im Volke herrscht eine ungeheure Empörung und Entrüstung über die Art, wie das Volk regiert wird, große Empörung vor allem über das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus dieser Empörung heraus hat es den entscheidenden Willen, das Wahlrecht zu ändern auf jeden Fall. In der Thronrede hieß es: Es ist mein Wille, daß das Wahlrecht geändert wird. In Wahrheit hätte es heißen müssen: Es ist des Volkes Wille. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber was das Volk will, ist Ihnen ja gleichgültig. Die ganze Behandlung der Vorlage war nichts als eine Mißachtung und Verhöhnung des Volkswillens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber Abg. Porsch stelle ich fest, daß das Zentrum die geheime Wahl zu Fall gebracht hat, aus Vloddrüberdichtheit gegen die Konservativen hat man nicht einmal eine Abstimmung über die geheime Wahl zugelassen.

Eine preussische Wahlreform ist nur möglich gewesen gegen die Konservativen,

denn ihr Ziel kann nur sein, die Konservativen hier im Hause auf ihre wirkliche Stärke im Lande zu reduzieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daselbe Recht wie in Elsäz-Votirungen für Preußen zu erreichen, dafür „fehlen die Voraussetzungen“ — nämlich die, daß das Volk nicht so borniert ist, daß es dann noch konservative hier hineinwischen würde. Ohne Gewährung von Volksrechten hat der schwarzblaue Bloß dem Volke eine halbe Milliarde neuer Steuern abgedrückt. An der Reichsfinanzreform, die die Reichen nicht belastet, machen die Reichen noch ein Geschäft. (Rufe rechts: Zur Sache!) Das gehört wohl zur Sache, wenn ich die Erbitterung des Volkes erklären will, wie sie sich in Noabit geäußert hat. Die Erbschaftsteuer soll den „christlichen Familienfian“ der Reichen verletzen, an den Familienfian der Arbeiter denkt man nicht. Die nächsten Reichstagswahlen werden Ihnen die Quittung für Ihre Volksfeindschaft geben. (Widerpruch rechts. Jurufe bei den Sozialdem.: Haben Sie schon erhalten!) Sie wollten die Fahrradsteuer schaffen, die Besteuerung der Reitpferde haben Sie abgelehnt, aber 50 000 M. in den Etat eingestellt zur Tilgung der Schulden der Rittergutsbesitzer. (Lachen rechts.) Sieben Jahre lang hat man die im Poltarifgesetz versprochene Witwen- und Waisenversorgung hinausgeschoben, das dafür bestimmte Geld ist auf die Einfuhrzölle draufgegangen, das Geld der armen Witwen und Waisen muß die permanente Preisverwertung des Brotes ermöglichen, in der Höhe, wie sie der Poltarif festgestellt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An all das denken die Arbeiter und werden Ihnen das beweisen!

Und wie behandeln Sie die Landarbeiter!

Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wollte man den Landarbeitern daselbe Recht wie den anderen Arbeitern geben, daß sie an der Verwaltung dieser Krankenkassen teilnehmen können. Und da erklärt die Regierung, lieber lasse sie die ganze Reichsversicherung scheitern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre sind hier Konservativ und Zentrum gemeinsam für eine Verschärfung der Gefährdung eingetreten. Nur keine Rechte für die Landarbeiter ist ihr Wahlrecht!

Wie rechtlos sind die Arbeiter in Preußen überhaupt! In den Kreistagen und Kreisaußen, selbst in den Schuldeputationen, denen die Säulen unterstehen, die die Arbeiterkinder besuchen, haben die Arbeiter nichts zu sagen. In keinem Magistrat sitzen Arbeiter, nicht im Verwaltungsrat, die Provinziallandtage sind eine Domäne der Landräte. Von allen wichtigen Organen der Selbstverwaltung sind die Arbeiter ferngehalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So ist es in der Gesetzgebung, aus der ich nur einiges herausgegriffen habe.

Wie ist es erst mit der Verwaltung. Das gesetzlich gewährleistete Vereinsrecht wird dem Arbeiter durch die Polizei genommen, man gräbt dazu hundert Jahre alte Verordnungen aus. Der Polizeipräsident von Hannover hat gemeint, die Polizei müsse so gern geloben werden wie die Geldbriefträger. (Heiterkeit.) Dann müßte sich die Polizei aber anders verhalten. Bei unseren Streikdemonstrationen ist es zu Ausschreitungen erst gekommen infolge des Eingreifens der Polizei. Das gute Recht des Streikpostensiehens wird den Arbeitern durch die Polizei genommen und die festgenommenen Arbeiter werden auf der Polizeiwache noch verhört.

Das ist die Kulturarbeit der Polizei.

Das Volk wird brutalisiert und gebüßelt und dann erwarten sie noch, es soll häßlich ruhig sein. Sie haben durch diese Zustände den Boden geschaffen, auf dem Noabit überhaupt entstehen konnte. Und nun, nachdem der Prozeß so viele Mißhandlungen seitens der Polizei aufgedeckt hat, kommt Herr v. Jedyly und behauptet, die Sozialdemokratie habe die Verleumdungen suggeriert. Diese Behauptung, die Sozialdemokratie habe Zeugen zum Meineid verleitet,

steht so tief, daß sie nicht an meine Stiefelspitzen herankommt, sie ist so bodenlos in . . . Doch ich will mir keinen Ordnungsruf anziehen, es gibt freilich schwer einen parlamentarischen Ausdruck für eine solch nichtswürdige Behauptung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präs. Kröcher: Wenn Sie sich keinen Ordnungsruf anziehen wollen, hätten Sie auch das Wort „nichtswürdig“ nicht brauchen dürfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Leinert (fortfahrend):

Der Hieb von der Polizei bekommen hat, der meißt sie sich genau und weiß sie auch noch nach mehreren Wochen. Bezeichnend war aber das Wort des Berliner Schugmanns: Ich wußte ja nicht, wie der Charlottenburger Schugmann auszusagen würde. Aber was die Berliner Schugleute auszusagen würden, das wußte er. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jedyly möge also seine Angriffe lieber gegen die Polizeizeugen richten. Wie es den Zeugen erging, die wahrheitsgemäß gegen die Polizei ausfragten, beweist das Schizal des konservativen Hofmeisters, der jetzt gesellschaftlich boykottiert wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die herrschenden Klassen stehen grundsätzlich unter allen Umständen zur Polizei. — Das Urteil hat festgestellt, daß die Bevölkerung in Noabit vor allem auch durch die Mißhandlungen seitens der Arbeitswilligen erregt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein englisches Gericht hat erklärt, daß ein Streikbrecher das für seine Kollegen ist, was ein Verräter für sein Land. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerichtsdirektor Warmholt, der Vorsitzende des hannoverschen Gewerbegerichts, hat es als gerichtsbekannt erklärt, daß Streikbrecher gewöhnlich bald wieder verschwinden und recht wenig nützliche Elemente sind. Wenn Herr v. Reismith, der Leiter der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Unternehmer, die der Unternehmerorganisation in den Kläden fallen, als Verräter bezeichnet, so wollen auch die Arbeiter mit ihren Verrätern nichts gemein haben. Solche

moralisch minderwertige Menschen

sind die bei Kupfer beschäftigten Hingehenden Siebenmonatskinder — Ihre „Ehrenmänner“. Ich stelle vor dem ganzen Lande die Herzogsgemeinschaft der Konservativen und Rationalliberalen mit den Hingehenden Streikbrechern fest, wie sie bei der Staatsdebatte hier zum Ausdruck gekommen ist.

Die Konservativen als Schutzpatrone von minderwertigem Streikbrechergesindel

— ein glänzendes Bild! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter kennen die preussische Staatsraison: Wer nicht pariert, der fliegt — (Lachen rechts), die doch der Minister v. Dallwitz am eigenen Leibe erfahren hat. (Heiterkeit.) Im Kampfe gegen die Staatsautorität hat der Minister des Innern jene Stellung erobert, von der aus gemahregelt wird. (Sehr gut! links.) Sie wollen Ausnahmegeetze gegen die Rebellion — erlaubt ist nur die konservative Rebellion. Sie soll zum Ruffen dienen in ihrer Entschlossenheit. Wenn uns Minister v. Dallwitz Mitschuld an den Noabiter Vorgängen vorwirft, so beweist er, daß er nicht gelernt und nicht verstanden hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als Minister in Anhalt hat er, vor der Gerichtsverhandlung allerdings, also wohl bona fide (im guten Glauben) auf Grund seiner Berichte anlässlich eines Mordes ganz die gleiche Rede gehalten wie gestern hier. Vor Gericht ist das ganze Gebäude des „sozialdemokratischen Terrorismus“ und der „sozialdemokratischen Verhetzung“

schmächtig zusammengekracht

und nichts ist übrig geblieben als — ein sinnlos betrunkenes Mensch, der die Tat begangen hatte. Nicht ein Körnchen von Wahrheit blieb übrig von der Rede des Ministers von Anhalt!

Kun aber hat der Noabiter Prozeß klar und unzweifelhaft ergeben, daß von einer Mitschuld der Sozialdemokratie keine Rede sein kann; der Minister des Innern kennt die Beweisnahme, das Urteil. Und wie schon Herr v. Jedyly diese Behauptung erhoben hat, die ich nicht nach Gebühr kennzeichnen will, um nicht einen Ordnungsruf zu erhalten — so kommt jetzt auch der Herr Staatsminister mit dieser Unwahrheit! (Großer Lärm rechts. Lebhaftes Bravo! der Sozialdemokraten.)

Präs. v. Kröcher: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und verweise Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen.

Abg. Leinert (Soz.) fortfahrend:

Wir lassen uns so etwas nicht anhängen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Arnim hat wieder nach Ausnahmegeetzen verlangt.

Damit tanzen Sie auf einem Vulkan. Glauben die Herren, nun den starken Mann mit eisernen Nerven gefunden zu haben, nach dem feinerzeit der Reichstagsabgeordnete v. Kröcher verlangte? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Minister des Innern ist ja aus Ihren Kreisen herborgegangen, ist er der Mann mit den Nerven, die notwendig sind, um die Hydra der Arbeiterbewegung zu besiegen. Versuchen Sie es ruhig.

Sie werden und auf dem Platze finden, wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzuge, um unser Recht zu verteidigen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere Sie an das Urteil des Herrn v. Bodman, der die Sozialdemokratie eine grobartige Bewegung genannt hat, die viel getan hat zur Hebung des Arbeiterstandes. Das ist wenigstens einmal ein gerechtes Urteil gewesen, und darum erkennen Sie es nicht an. Warum gehen Sie denn jetzt so gegen uns vor, bei den vorigen Reichstagswahlen haben Sie doch alle an uns einen Riß gefesselt und auch bei den nächsten Wahlen werden so manche Führer der bürgerlichen Parteien den Weg zum Bureau der sozialdemokratischen Vereine finden. 1907 sind Nationalliberalen aus Hildesheim nach Köln gefahren, um die Nationalliberalen in Köln zu veranlassen, für die Sozialdemokraten zu stimmen, damit die Sozialdemokraten in Hildesheim für die Nationalliberalen stimmen könnten. (Hört! hört! rechts.) Lachen Sie nicht, der konservative Abgeordnete von Hildesheim hat sozialdemokratische Stimmen bekommen, und er hat im sozialdemokratischen Bureau die Erklärung abgegeben, daß er für die sozialdemokratischen Stichwahlforderungen eintrete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind als zumal Lächer. Sie haben alle von der Sozialdemokratie gesehen. (Heiterkeit.)

Herr v. Jedyly hat verlangt, der Generalkreiskreuz solle als Hochverrat bestraft werden, und auch die antizipation zum Streik der Eisenbahner solle bestraft werden. Nun, wir brauchen die Eisenbahner nicht aufzureizen, das besorgen Sie viel besser. 3 1/2 Millionen Mark haben Sie der Krone bewilligt, als aber die Eisenbahner in Polen eine geringe Lohnherhöhung haben wollten, sagte man ihnen, es wäre zwar alles tenauer geworden, aber man müsse sich nach der Decke strecken und auf Genüsse verzichten, die man sich nicht leisten könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Verleumdungsstreik einmal ausbricht, so deshalb, weil das Jauch unerträglich geworden ist.

Graf Pashma meinte, die Nationalliberalen hätten die Friedenshand des Zentrums zurückgewiesen. Ich habe eigentlich nicht gehört, daß Herr Schmieding die Hand des Zentrums unbedingt zurückgewiesen hätte, obgleich sie leer war. Er hat das

Kenntnis. — **Vorsitzender:** Hatte Kies an dem Abend einen Stod oder einen Gummiknüppel bei sich? — **Zeuge:** Ich hatte einen Stod bei mir. Kies hatte, glaube ich, überhaupt nichts bei sich. — **Vorsitzender:** Bagel behauptet, Kies hätte ihn geschlagen. — **Zeuge:** Ist ausgefallen! — **Vorsitzender:** Und er sei ihm noch nachgelaufen! Dann hätte er ja loslassen müssen. — **Zeuge:** Er hat ja gar nicht losgelassen.

Gegen den Schutzmänn **Bagel** erhebt Bagel die Beschuldigung, daß der es sei, der ihn mit dem Säbel geschlagen habe. — **Rechtsanwalt Cohn:** Schlagen Sie im Haus ihn mit dem Säbel? — **Zeuge:** Nein. — **Vorsitzender:** Wer unterrichtete denn den Karzizowski? — **Zeuge:** Das weiß ich nicht. — **Vorsitzender:** Na, Karzizowski weiß es auch nicht. — **Zeuge:** Hinter uns waren noch andere Kriminalbeamte. — **Rechtsanwalt Cohn:** Wer war denn das? — **Zeuge:** Das weiß ich nicht. — **Rechtsanwalt Cohn:** Das wissen Sie nicht? Woher wußten Sie denn, daß es Kriminalbeamte waren? — **Zeuge:** Das nahm ich an, weil sie uns deckten. — **Rechtsanwalt Cohn:** Aus den Akten ergibt sich nichts darüber, daß noch andere Schutzleute beteiligt waren. Ich frage, ob um eines lumpigen Sittierten willen die ganze Straße von Polizei entblüht wird.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge **Bagel**, der Bruder des Angeklagten, wird nicht bereidigt. Beide waren zusammen auf der Straße, als der von ihnen bemerkte Arrestantentransport sich der Wache näherte. Zeuge sei nach der anderen Seite hinübergegangen und habe von dort aus plötzlich gesehen, wie sein Bruder in geduckter Haltung nach dem Damm rannte, als ob er toben geschlagen worden wäre. Er meint auch, beobachtet zu haben, daß ein Kriminalbeamter in demselben Augenblick „einen Gummiknüppel in einen Stod hineinsteckte“. — **Rechtsanwalt Puppe:** Können Sie ihn hier bezeugen? — **Zeuge:** Ja, er hat aber denselben Stod nicht mehr auf. Ein kleiner war es! (Zeigt auf Kies, der für einen Kriminalbeamten ungewöhnlich klein ist.) — **Kies** (vortretend, seinen Hut zeigend): Das ist derselbe Hut.

Ein im Hause neben der Polizeiwache wohnender Zeuge **Soborff** sah vom Balkon aus, daß bei Ankunft eines Arrestantentransports ein Passant — er meint, Bagel sei es gewesen — von einem Kriminalbeamten geschlagen wurde, in geduckter Haltung weglaufend und von einem Uniformierten festgehalten wurde. Er spricht von mehreren Sittierten, die da zugleich transportiert wurden, und gibt als Zeitpunkt „etwa 9 Uhr“ an. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß in dem Augenblick nur eine Person vorbeitransportiert worden sei und die Einlieferung nach Ausweis des Wachtbuchs erst um 9.30 Uhr erfolgt sei. — **Rechtsanwalt Cohn** wendet ein, daß Zeuge sich über die Zahl der Arrestanten irren konnte, weil mehrere Beamte in Zivil die eine Person umgaben. Auch seien Eintragungen in das Wachtbuch nicht zuverlässig. Er befragt hierüber den Zeugen **Leutnant Sadow**. Dieser gibt zu, in dem Trübel jenes Abends seien vielleicht die Eintragungen nicht so genau gewesen, doch könne es sich nur um Differenzen von Minuten gehandelt haben.

Aufruhr und Polizeibefehdigung werden auch dem Angeklagten **Dreher Friesner** zur Last gelegt, der an der Ecke der Reinholdsdorfer und Wiesenstraße verhaftet worden ist. Er bestreitet den Ruf „Muthunde“.

Kriminalbeamter Mühlenbed, der ihn festnahm, berichtet über Steinwürfe aus der Menge, die trotz der Aufforderung, auseinanderzugehen, wieder zusammengeströmt sei. Friesner habe zweimal „Muthunde“ gerufen, das zweite Mal direkt neben dem

Zeugen. Eine lebhaftere Erörterung entspinnt sich zwischen Rechtsanwält Cohn und dem Zeugen darüber, ob Friesner, der ziemlich isoliert an der Ecke der Wiesen- und Reinholdsdorfer Straße gestanden haben soll, sich in einer Menge befinden konnte, deren durch die Reinholdsdorfer Straße nach Norden und Süden abgedrängte Teile eben erst zurückströmten.

An Friesners Festnahme beteiligte sich **Kriminalbeamter Dettbarn**, der aber nicht selber ihn hatte rufen hören. Friesner habe sofort gesagt, nicht er habe geschrien. Daß Friesner, wie er selber angibt, gerade weitergehen wollte, als er gepöbelt wurde, möchte Zeuge daraus erklären, daß Friesner ihn und Mühlenbed als Kriminalbeamte erkannt habe.

Den Zeugen **Mühlenbed** fragt **Rechtsanwalt Cohn:** Friesner sagt, zwischen der Festnahme und der Entlassung sei er aufs schwerste mißhandelt worden, und zwar durch Sie! Haben Sie ihn mißhandelt? — **Zeuge:** Das bestreite ich ganz entschieden. Ich habe noch nie einen Arrestierten geschlagen, das kommt bei mir nicht vor. — **Rechtsanwalt Cohn:** Ist Ihnen bekannt, daß der Telegraphist, ein persönlicher Bekannter von Friesners Vater, Ihnen Vorhaltungen machte und dann sagte: Na, ich will nichts gesehen haben? — **Zeuge:** Nein. — **Rechtsanwalt Cohn:** Wie erklären Sie es sich, daß Fr., als er nach 2 Uhr nach Hause kam, blutüberströmt war? — **Zeuge:** Das weiß ich nicht. — **Rechtsanwalt Cohn:** Daß seine Joppe am anderen Tage ausgewaschen werden mußte, weil sie so viel Blut eingezogen hatte? — **Zeuge:** Das weiß ich doch nicht. — **Rechtsanwalt Cohn** zum Zeugen **Dettbarn:** Haben Sie ihn geschlagen? — **Zeuge Dettbarn:** Nein, wir haben uns ja nicht eine Minute auf der Wache aufgehalten. — **Zeuge Mühlenbed:** 9.30 lieferten wir Friesner ein, 9.45 waren wir schon wieder mit Hartmann da. — **Rechtsanwalt Cohn:** Sie wissen auch nicht, wer ihn mißhandelt hat? — **Zeuge Dettbarn:** Nein.

Hierauf erklärt **Rechtsanwalt Cohn:** Dann habe ich einen Beweisanzug zu stellen. Friesner verließ gegen 9 Uhr die Wohnung, das wird die Mutter bestätigen. Um 10.10 Uhr wurde er festgenommen. Auf dem Wege zur Wache sah ihn der Arbeiter **Jesch** noch unverletzt. Nach Angabe der Beamten wurde er um 10.10 eingeliefert. Als er um 2 Uhr von der Wache entlassen und auf der Straße von dem Arbeiter **Wegner** empfangen wurde, war er blutüberströmt. Zu Hause fiel er den Eltern durch Blutsflecke und verstärktes Aussehen auf. Frau Friesner stellte sofort Spuren schwerer Mißhandlungen fest. Frau **Wegner** wusch am anderen Tage das Blut aus der Joppe. Auf der Polizeiwache hatte der Telegraphist **Bilman**, der die Mißhandlungen sah, sich seinen Wahneintragungen entzogen mit den Worten: „Gott, das ist ja der junge Friesner! Na, ich will nichts gesehen haben.“ Ich beantrage, diese Zeugen zu laden. Im Koabitier Prozeß hat sich leider ergeben, daß Polizeibeamte, die als Zeugen geladen werden sollten, zunächst mal vor ihrer Dienstbehörde vernommen wurden. Damit das vermieden wird, bitte ich, Herrn **Bilman** sofort per Telefon rufen zu lassen. — **Vors.**: Er muß erst die Genehmigung haben.

Den Zeugen **Mühlenbed** fragt noch einmal **Rechtsanwalt Cohn:** War Friesner schon verletzt, als Sie ihn festnahmen? — **Zeuge:** Ich habe nichts gesehen. — **Zeuge Dettbarn** meldet sich ungefragt: Ob er verletzt war oder nicht, können wir nicht behaupten; aber außen haben wir nichts gesehen. — **Rechtsanwalt Cohn** (zu Friesner): Wo waren Sie verletzt? — **Angell. Friesner:** Im Gesicht. Ich war blutig. — **Rechtsanwalt Cohn:** Also das haben Sie nicht gesehen? — **Angell. Schulz:** Ich kam mit Friesner zusammen von der Wache, da war sein Gesicht ganz blutig, und er zeigte mir zwei Taschentücher, die ganz rot von Blut waren. — Auf Aufforderung des

Vorsitzenden erzählt **Angeschlagter Friesner** ausführlich den Vorgang. Von **Mühlenbed** und **Dettbarn** sei er die Treppe zum Wachtbuchs hinaufgeführt worden. Man habe ihm mit dem Gummiknüppel einen Hieb über den Kopf gegeben und ihn dann mit den Worten: „Hier ist wieder ein Muthunde!“ in das Telegraphistenzimmer hineingebracht. Während er dem Telegraphisten **Bilman** seine Personalien angab, habe **Mühlenbed** ihm mit geballter Faust einen Hieb ins Auge gegeben und dann habe auch **Dettbarn** ihn noch geschlagen. Er habe Schritte bekommen, sei hingefallen und habe dann nicht mehr gewußt, wer ihn schlug. — **Zeuge Dettbarn:** Ich habe in meinem ganzen Besitz keinen Gummiknüppel, das ist ausgeschlossen. Ich habe auch noch nie einen gehabt. — **Zeuge Mühlenbed:** Wir haben gestaunt, daß vorhin hier ein Zeuge sagte, ein Kriminalbeamter habe einen Gummiknüppel in einen Stod gesteckt. So einen Stod kenne ich gar nicht. Ich habe noch nie einen Arrestanten geschlagen, der in meiner Obhut stand.

Rechtsanwalt Cohn überreicht den oben angegebenen Beweisanzug. Staatsanwalt **Brüning** erklärt ihn für erheblich, wenn er auch der Ansicht sei, daß die Behauptung Friesners, mißhandelt worden zu sein, schon durch die Befundungen der Beamten widerlegt sei. Wenn das Gericht nicht derselben Ansicht sei, so werde für die Beweishebung das Zeugnis **Bilman**s genügen, für den er die Genehmigung nachsuchen werde. Das Gericht beschließt, sämtlichen Beweisanzügen stattzugeben, da sie erheblich seien für die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Beamten.

Für die Angeklagten **Hartmann, Bagel, Friesner**, die immer noch in Haft sitzen, beantragt **Rechtsanwalt Cohn** erneut die Haftentlassung. Durch die Beweishebung sei ein wesentlicher Teil der Anklage gegen sie entkräftet, im besonderen die Beschuldigung, daß sie sich in einer gewalttätigen Menge befinden hätten und sich der Strafbarkeit bewußt gewesen seien. Es sei daher keine hohe Strafe zu erwarten, und Fluchtverdacht liege nicht vor. — Staatsanwalt **Brüning** widerspricht. Das Gericht beschließt aber, wenigstens

Hartmann und Bagel aus der Haft zu entlassen.
Sente beginnt die Sitzung um 10.10 Uhr.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	16. I.	15. I.	16. I.	15. I.
Remel, Elbt	249 ^h	-9	am	am ¹⁾
Bregel, Preßlerburg	83 ^h	+19	am	am ¹⁾
Geisel, Thorn	128 ^h	-8	am	am ¹⁾
Oder, Rathow	180	+5	am	am ¹⁾
Krossen	179	-8	am	am ¹⁾
Frankfurt	192	-2	am	am ¹⁾
Wärde, Scharum	28 ^h	+2	am	am ¹⁾
Landenberg	40 ^h	-4	am	am ¹⁾
Rega, Sordam	17 ^h	+1	am	am ¹⁾
Elbe, Leitmeritz	-2	-8	am	am ¹⁾
Dresden	-117 ^h	-3	am	am ¹⁾
Harbo	171	-14	am	am ¹⁾
Magdeburg	138	-20	am	am ¹⁾

Wasserstand	am		seit	
	16. I.	15. I.	16. I.	15. I.
Saale, Groditz	94	+12	am	am ¹⁾
Caabel, Saanow ²⁾	107	0	am	am ¹⁾
Natzenow ³⁾	140 ^h	0	am	am ¹⁾
Spre, Spremberg ⁴⁾	105	0	am	am ¹⁾
Beetow	177	-1	am	am ¹⁾
Weser, Runden	-63	+21	am	am ¹⁾
Runden	32	-18	am	am ¹⁾
Rhein, Rarmitzhausen	352	-3	am	am ¹⁾
Raub	197 ^h	-11	am	am ¹⁾
Rölln	238	-16	am	am ¹⁾
Redar, Heilbronn	80	-3	am	am ¹⁾
Rain, Berthelm	186	+6	am	am ¹⁾
Roel, Lier	122	+4	am	am ¹⁾

¹⁾ + bedeutet Sturz, - Fall. — ²⁾ Unterpeel. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ unterhalb der Ankerbrücke Eisstand. — ⁵⁾ Eisreiben. — ⁶⁾ Eisbewegung. — ⁷⁾ eisfrei.

Unserem allen Genossen, dem Restaurateur **Wilhelm Köhne u. Frau** zur **Silberhochzeit** die besten Wünsche. 27165 Berlin, 19. Januar 1911. Die Genossen des 652. Bezirks Jagowstraße.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des **Hermann Gabler** sagen allen Freunden, Kollegen und Bekannten unseren tiefgefühlten Dank.
Auguste Gabler und Kinder.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den **3. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischler **Wilhelm Reineke** Hellmannstr. 11 (Bezirk 238) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Friedhofes, Wartenburger Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des **Geleitwirts Joseph Langer** sagen wir allen Bekannten, Verwandten, Freunden sowie dem Verbande der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands (Bezirk Nordost), dem Wahlverein Nordost, dem Arbeiter-Gesangsverein Ost, den Kollegen der Firma Labrenz, den Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Witz und Genes, dem Rauchklub „Freie Bahn“ und dem Zentral-Kaufmänn. Bunde innigsten Dank.
Mitte **Auguste Langer** nebst Kindern.

Männer und Frauen!
Freitag, den 20. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, in den „Prachtställen des Odeon“ (Zuh. Czanz), Frankfurter Allee 151/152:
Gr. öffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Paul Göhre** über: „Die Konsum-Genossenschaften und die Arbeiter.“
Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Einberufer. J. A.: **Wih. Michel**, Witzdachsstr. 55. 27235

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle **Schöneberg.**
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr in den Neuen Rathausställen, Weininger Str. 8:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zu einer Verschmelzung der Zahlstelle mit Berlin? — 2. Renouveau der Ortsverwaltung.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
77/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Otto Höder** am 15. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Simeons-Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
77/16 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Tischler zu Spandau.
Donnerstag, den 26. Januar 1911, abends 8 Uhr:
General-Versammlung bei Gottwald, Schönwalder Str. 60.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Renouveau des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
3. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission.
4. Genehmigung eines Vertrages (Krankbehandlung).
5. Verschiedenes. Der Vorstand.
270/12 **Karl Marzlinger**, Vorsitzender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein **Berlin.**
Sektion der **Fliesenleger und Hilfsarbeiter.**
Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr:
General-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 15, Saal 7.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes und der Obleute.
Das Erscheinen aller Mitglieder der Sektion ist unbedingt notwendig.
Der Vorstand.
136/8*

Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter (Netzelsche Kasse).
Sonntag, 22. Januar 1911, vorm. 10^{1/2} Uhr, im Vereinshaus Berliner Muster, Kaiser Wilhelmstraße 18m, unterer Saal:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung des Protokolls der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. September 1910. 2. Kasienbericht des Kassendirektors für 1910 und Bericht der Revisoren. 3. Kasienangelegenheiten. 4. Wahl des ersten Vorsitzenden, des Kassendirektors und des stellvertretenden Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. A.: **G. Wegner**, Vors.
Zahlstellen und Mitgliedsbuchanfragen vom 1. Januar 1911 ab.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Emanuel Haubold** am 16. d. Mts. im Alter von 56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/11 Die Bezirksverwaltung.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oraniensstr. 158
Riesen-Auswahl
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettedecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig.
Inventur-Extraktliste und Katalog
enorm billiger Extraangebote (600 Abbild.) gratis und franko.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Rixdorf.
Bekanntmachung.
In Abänderung der Bekanntmachung vom 7. Januar d. J. werden die beteiligten Kasienorgane gemäß § 67 des Statuts hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß an Stelle des Herrn **Dr. Bruno Fiedler**, dessen Mandat durch die Entscheidung der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt worden ist, Herr **Paul Biester** zu Rixdorf durch den Vorstand zum Kasienvorsitzenden gewählt worden ist. Herr **Fr. Postanski** ist als Delegierter aus den Reihen der Arbeitgeber in den Vorstand aufgenommen worden.
Rixdorf, den 16. Januar 1911. 270/11
Der Kasienvorstand.
gez. Biester, Vorsitzender. gez. Walter, Schriftführer.

Zur Beachtung!
Zahlstellen und Mitgliedsbuchanfragen vom 1. Januar 1911 ab.
Für den Norden: Restaurant Brunnenstr. 30 (nahe Anklamerstr.)
Jeden Sonnabend von 8-10 Uhr abends Annahme von Beiträgen und Nachmeldungen von Kindern. — Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags von 9-1 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder, Nachmeldung von Frauen und Kindern, sowie Annahme von Beiträgen.
Für den Süden, Südosten und Osten: Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 15, Hof rechts, Saal 10.
Jeden ersten Sonnabend im Monat von 8-10 Uhr abends: Annahme von Beiträgen und Nachmeldung von Kindern. — Jeden dritten Sonntag im Monat nachm. von 3-6 Uhr: Aufnahme neuer Mitglieder, Nachmeldung von Frauen und Kindern, sowie Annahme von Beiträgen.
Zust. Geleg. müssen die Frauen zur Ausnahme persönlich zwecks Unterschrift miterscheinen. 285/11*

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Victoria-Brauerei
Aktien-Gesellschaft
Berlin-Stralau — Fernsprecher: Amt VII Nr. 3835 —
empfiehlt in Gebinden und Flaschen:
Victoria-Saazer-Bräu (Pilsener Art)
Victoria-Export-Bier (Münchener Art)
Victoria-Tafel-Bier (ganz hell)
Bock-Bier (hochfein)

Masken-Garderobe
Karl Ernst
(Inhaber **Willi Ernst**)
jetzt: Köpenicker Str. 55b, I. Unt. IV, 14089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzüger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung

Parlamentarisches.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission, Sitzung am Mittwoch, den 18. Januar.

Zu Beginn der Sitzung erklärte Abg. Trimborn, daß er auf die Zurückstellung der Frage, wie stark die Arbeiter im Vorstand und Ausschuss der Krankenkassen vertreten sein sollen, verzichte.

Bergewaltigung der landwirtschaftlichen Arbeiter

Kam es wieder zu einer längeren Aussprache. Die Sozialdemokraten wiesen eingehend nach, daß kein Grund vorliege, den landwirtschaftlichen Arbeitern noch weniger Rechte zu geben als den anderen Arbeitern.

Abg. Dr. Sige antwortete, daß er und ein Teil seiner Parteifreunde für die Entrenchung der landwirtschaftlichen Arbeiter stimmen werde, weil die Regierungen das verlangen, und wenn dem nicht entsprochen werde, das ganze Gesetz scheitern würde.

Die Nationalliberalen und Konservativen fordern die Entrenchung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Wenn auch auf dem Lande die Arbeitervertreter gewählt werden müßten, dann würden die Sozialdemokraten diese Gelegenheit zur Agitation ausnützen und die Arbeiter verheizen.

Bei der Abstimmung stimmten schließlich so viele Zentrumsabgeordnete mit den Konservativen und Nationalliberalen, daß die Bergewaltigung der landwirtschaftlichen Arbeiter angenommen wurde.

Zusammensetzung von Ausschuss und Vorstand der Ortskrankenkassen. Die Kommission hatte in der ersten Lesung die Verschlechterung der Regierungsvorlage, daß im Ausschuss und Vorstand der Ortskrankenkassen die Mitglieder je zur Hälfte von den Arbeitern und Arbeitgebern gewählt werden müssen, gestrichen und das gegenwärtige Verhältnis wieder hergestellt.

Die Konservativen und Nationalliberalen wollten jetzt den Beschluß der ersten Lesung unstützen und auch in dieser Beziehung die Arbeiter nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage entrenchen.

Ministerialdirektor Kaspar kam den Herren zur Hilfe mit der Erklärung, daß wiederum die Vorlage für die Regierungen unannehmbar sei, wenn nicht den Arbeitern die Mehrheit im Vorstand und Ausschuss genommen werde.

Wie im Reichsamte des Innern gearbeitet wird.

Am Mittwoch beschäftigte sich die Budgetkommission des Reichstags von neuem mit der teuren Schreibarbeit im Reichsamte des Innern und dem dort üblichen Nebenstundenwesen bei der sogenannten Hausarbeit.

Modifikation der Klassenjustiz.

Gestern stellte die Kommission zur Vorberatung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung die Beschlüsse und die Berichte endgültig fest.

tungen (dieselben sollen bekanntlich erst am 13. Februar beginnen) steht. Der reaktionären Mehrheit gefällt offenbar der Kommissionsentwurf, weil er die Macht und Willkür der Staatsanwaltschaft überaus bedenklich erweitert, die Richter zu Gehilfen der Anklagebehörde degradiert, die Mitwirkung von Laien zu einem wesentlichen Dekorationstitel macht und den bestehenden Rest von Garantien gegen partielle Justiz fast völlig beseitigt.

Diese sauberen Pläne würden ins Wasser fallen, wenn man der Öffentlichkeit und den nicht der Kommission angehörenden Reichstagsmitgliedern Zeit zum eingehenden Studium des umfangreichen Gesetzgebungsvorschlages ließe.

Aus Industrie und Handel.

Die Hochschulzöllner haben die Vorhand.

Vor kurzem wurde von offizieller Seite mitgeteilt, daß vier Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses den deutschen Unterhändlern in Stockholm beigegeben worden wären und zwar die Herren: Vohlen, Vizepräsident der Hamburger Handelskammer, Graf Spee, Oberbergrat Dr. Wachler und Geheimrat Kommerzienrat Vogel.

Warum ist nicht wenigstens ein Vertreter unserer Hauptexportbranchen zugezogen worden? Wir exportieren nach Schweden u. a. in elektrischen Kabeln 4-6 Millionen Mark, in wollenen Kleiderstoffen 8-9 Millionen Mark, in Kammgarn 3 bis 5 Millionen Mark, in Seiden- und Halbseidenwaren etwa 3 Millionen Mark, unter den Chemikalien allein in Teerfarben 1 1/2 Millionen Mark, in schwefelsaurer Salimagnesia 2 1/2 Millionen Mark; ferner in Zigarren über 1 Million Mark, in Leder 4 1/2 Millionen Mark, in Lederwaren über 1 Million Mark, in Konfektion 2 1/2 Millionen Mark, in Baumwollgeweben über 2 Millionen Mark, in Eisenbahnschienen und Eisenbahnmateriale 2 1/2 Millionen Mark, in Stabeisen über 2 Millionen Mark, in Maschinen circa 7 Millionen Mark.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen Syndikat.

Der rechnungsmäßige Abfall betrug im Dezember 1910 bei 25 1/2 % (im gleichen Monat des Vorjahres 20 1/2 %) Arbeitstagen 6 008 528 (Vorjahr 5 744 572) Tonnen oder arbeitstäglich 242 727 (Vorjahr 229 834) Tonnen.

Von der Beteiligung, die sich auf 6 502 508 (Vorjahr 6 539 371) Tonnen bezifferte, sind demnach 92,98 % (Vorjahr 88,30) Prozent abgesetzt worden.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 418 681 (Vorjahr 7 103 653) Tonnen, oder arbeitstäglich auf 295 271 (Vorjahr 282 782) Tonnen und im vorigen Monat auf 7 114 378 resp. 294 896 Tonnen.

Ueber die Entwicklung der Absatz- und Förderverhältnisse in dem verflochtenen Jahre wird berichtet, daß die Förderung und der Absatz großen Schwankungen unterworfen waren, welche am stärksten beim Kohlenabfalle hervortraten, und zur Folge hatten, daß die Beschäftigung der Zechen die für den Betrieb gebotene Gleichmäßigkeit vermissen ließ.

Braustoffverbrauch.

Der Verbrauch an Braustoffen hat in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gegenüber dem Vorjahre wieder etwas zugenommen, nachdem im Vergleich mit dem Jahre 1909/10 das Jahr 1909/10 einen erheblichen Anstieg gebracht hatte, der auch jetzt noch nicht wieder ausgeglichen werden konnte.

Table with 4 columns: Year, 1908/09, 1909/10, 1910/11. Rows for April-June, Juli-September, Oktbr.-Dezbr., and Januar-März.

Trotz der Abnahme des Malzverbrauches sind die Getreide- und Brauereien gestiegen. Daraus ist zu schließen, daß bei der Biermaderie entweder das kostenlose Material reichlicher verbraucht worden ist oder die Preissteigerung weit über die Steuererhöhung hinausgeht oder beide Mittel das für die Aktionäre günstige Resultat erzielt haben.

Produktionseinschränkung. Sechsstufige Mitglieder der Vereinigung der Baumwollfabrikanten von Süd-Carolina, die vier Millionen Spindeln besitzen, haben auf einer Versammlung in Spartanburg beschlossen, eine Produktionseinschränkung aller vertretenen Fabriken auf die Dauer von fünf Wochen, zwischen April und September, nach Wunsch einzelner Fabrikanen auch eher eintreten zu lassen.

Die englische Handelsbilanz für 1910.

In umhöflichster Nichtachtung all der schützöllnerischen Prophezeiungen, die den unaufhaltsamen Niedergang des britischen Wirtschaftssystems immer aufs neue vorausgesagt, wenn nicht ihr schützöllnerisches Alibi-Mittel zur Anwendung komme, ist das abgelaufene Jahr ein Rekordjahr des englischen Welthandels geworden.

Ruin Englands bedeute, ist der Aufschwung noch nie so glänzend gewesen, wie unter der Herrschaft dieses dreimal verfluchten „sozialistischen“ Budgets. Man vergleiche die Ergebnisse seit 1900. Auch 1900 war ein Rekordjahr. 1901 brachte den niedrigsten, 1907 den bisher höchsten Stand in dieser Reihe.

Table with 5 columns: Year, Einfuhr, Ausfuhr, Wiederausfuhr eingeführter Waren, Gesamthandel. Rows for 1900, 1901, 1905, 1907, 1909, 1910.

Nach Warenkategorien ergab sich folgende Verteilung für 1910:

Table with 3 columns: Nahrungs- und Genussmittel, Rohmaterial zur Verarbeitung, Industrieprodukte, Sonstiges. Rows for Einfuhr and Ausfuhr.

Nach Abzug der Wiederausfuhr (103,8) verblieben für 674,6 Millionen Pfund. Sterl. Einfuhrartikel für den britischen Verbrauch.

Von der Ausfuhr an Industrieerzeugnissen entfiel, wie immer, der Hauptanteil auf Textilindustrie mit 159,2 (davon Baumwolle 105,9, Wolle 37,5) gegen 188,4 im Vorjahre, und Metallindustrie mit 109,4 (Eisen und Stahl 49, andere Metalle 10,4, Maschinen 29,8, neue Schiffe 8,8, Motor-, Eisenbahnwagen usw. 7,5) gegen 90,7 Millionen im Vorjahre.

Deutschlands Außenhandel. Der Wert der deutschen Einfuhr belief sich im abgelaufenen Jahre ohne Gold, Silber und Wertpapiere im Spezialhandel auf 8000,2 Millionen Mark gegen 8526,9 Millionen im Vorjahre, der Wert der Ausfuhr auf 7467,1 (gegen 6904,4) Millionen Mark.

Soziales.

Lehrlingsgeschäfte.

Daß die Lehrlingszucht in der Großstadt immer noch einen fruchtbarsten Boden findet, zeigt sich in zahlreichen Prozessen vor dem Berliner Kaufmannsgericht. Es existieren Unternehmungen, deren Betrieb ausschließlich durch Lehrlingstätigkeit geführt wird.

Diese Fälle zeigen, welche Vorkehrung für Eltern und Vormünder bei der Beschaffung einer Lehrstelle für ihre Pflegebefohlenen geboten ist.

Straßen- oder Betriebsunfall?

Der Heizer S. erlitt am 14. November 1908 dadurch einen Unfall, daß er beim Erheben eines Roststabes durch einen neuen sich den linken Arm verletzete. Durch eine ungeschickte Bewegung geriet S. bei seiner Arbeit mit dem Ellenbogen in kochendes Wasser.

Erst dann kam S. zum Berliner Arbeitersekretariat. Hier wurde ihm bedeutet, daß S. den Anspruch aus dem Unfall vom 14. November 1908 hätte geltend machen müssen.

Hiergegen wurde beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß S. sofort am anderen Morgen seinem Kollegen S. die Wunde am Ellenbogen zeigte und ihm erklärt habe, daß er sich beim Einlegen von Roststäben verletzt habe.

Die Genossenschaft beruhigte sich jedoch nicht bei der Entscheidung des Schiedsgerichts, sondern legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein.

amt erklärte, daß es durch Zeugenaussagen, insbesondere des Zeigers G. und des Arztes Dr. G. glaubhaft gemacht sei, daß G. den Unfall in der Nacht vom 14. zum 15. November 1908 so wie von ihm geschildert, erlitten und daß sich die Folgen der Verletzung in steter Fortentwicklung befunden haben.

Für die Verletzungen ergibt sich aus diesem Unfall wiederum die Lehre, allen Verletzungen, die im Betriebe stattfinden, Aufmerksamkeit zu schenken und sich immer zur richtigen Zeit Auskunft einzuholen. G. hielt zuerst den Strohbahnunfall für entschuldigungspflichtig, während es in Wirklichkeit der im Betriebe passierte Unfall war.

Fürsorgeerziehung und Arzt. Eine allgemeine ärztliche Untersuchung des Geisteszustandes der Minderjährigen im Laufe eines gerichtlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens bezweckt eine neue Anordnung des Justizministers. Schon im Juni vorigen Jahres wurde es als erwünscht bezeichnet, daß die Vormundschaftsgerichte ihre Ermittlungen auf die Gesundheitsverhältnisse des Minderjährigen ausdehnen. Es soll dies auch dann geschehen, wenn es die Beschlußfassung über die Fürsorgeerziehung an sich nicht erfordert. Es darf dadurch aber weder eine Verzögerung des gerichtlichen Verfahrens eintreten noch dürfen der Staatskasse Kosten erwachsen. Diese Kosten hat der Gemeindevorstand zu tragen. Um nun die Untersuchung nicht an der Kostenfrage scheitern zu lassen und sie möglichst allgemein durchzuführen, hat der Minister des Innern sämtliche Kommunalverbände Preußens, die zur Ausführung der Fürsorgeerziehung verpflichtet sind, befragt, ob sie bereit wären, in allen geeigneten Fällen dem Vormundschaftsgericht einen geeigneten Arzt zu benennen und die Kostenrechnung zu bescheiden. Die Verbände haben sich sämtlich dazu verpflichtet. Die Zahlung soll auch dann erfolgen, wenn es nicht zur Anordnung der Fürsorgeerziehung kommen sollte. Ist die ärztliche Untersuchung zur Beschlußfassung über die Fürsorgeerziehung erforderlich, so fallen die Kosten der Untersuchung dem Justizfonds zur Last. Der Justizminister spricht die Erwartung aus, daß die Vormundschaftsgerichte in allen geeigneten Fällen eine ärztliche Untersuchung des Geisteszustandes der Minderjährigen im Laufe eines gerichtlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens herbeiführen werde. Eine Verzögerung des gerichtlichen Verfahrens darf aber nicht eintreten.

Mangelhafte Schiffsbeschriften für Binnenwasserstraßen.

Der Kapitän Zellner, Führer eines Schlepptugs auf dem Rhein, war wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem sein Heizer und sein Maschinist infolge Kesselexplosion den Tod gefunden hatten. Das Gericht führte mit dem Sachverständigen die Explosion auf Verteilung der Sicherheitsventile bei Rheinauffahrt zurück, die zu Last gelegt wurde. — Auf Klage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz entzog der Bezirksausschuß dem F. auf Grund der Rheinschiffahrtsgesetze von 1868 (durch Gesetz zur Ausführung gedachter Vertrag der Rheinschiffahrtsstaaten) das Rheinschiffahrtspatent.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und erkannte, daß das Patent F. zu belassen sei. Begründend wurde ausgeführt: Nach Artikel 20 Absatz 2 der Rheinschiffahrtsgesetze müsse unter den dort aufgeführten Voraussetzungen das Patent entzogen werden. Der Absatz 1 des Artikels 20 lasse daneben zu, daß landesrechtlich bestimmt werden könne, unter welchen Voraussetzungen sonst noch das Patent entzogen werden könne. In Preußen sei aber eine solche landesrechtliche Vorschrift bisher nicht erlassen worden, so daß in Preußen für die Entziehung nur die Rückbestimmung des Absatz 2 des Artikels 20 in Frage komme. Für den vorliegenden Fall läge nach der Schlussfolgerung dieses Absatzes 2 in Betracht, inwieweit das Patent entzogen werden müsse, wenn der Schiffsführer wegen mehrfach erheblicher Verletzung der die Sicherheit und die Ordnung der Rheinschiffahrt betreffenden Vorschriften bestraft worden ist. Diese Bestimmung könne gegen F. aber nicht angewandt werden, weil das Landgericht F. nur wegen eines Delikts, nämlich fahrlässiger Tötung, bestraft habe. Das sei zwar falsch gewesen, denn das Landgericht hätte F. zugleich wegen Übertretung der Vorschriften über die Kesselbehandlung usw. verurteilen müssen. Das Oberverwaltungsgericht sei aber davon gebunden, daß das Landgericht die Verurteilung nur wegen jenes einen Delikts der fahrlässigen Tötung ausgesprochen habe. Es komme man zu dem nicht erfreulichen Ergebnis, daß F. das Patent belassen werden müsse.

Gerichts-Zeitung.

Automobilfalle, Automobilist und Amtsvorsteher.

Ein in Automobilkreisen viel erörterter Fall lag einer Anklage wegen Beamteneinbeziehung zugrunde, die gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kommen sollte. Angeklagt war der Redakteur Gerlich einer bekannten Automobilzeitschrift, der seit 7 Jahren sein Automobil stets selbst steuert, große Automobilkreise, auch ins Ausland gemacht und die „Deutsche Autoliga“ begründet hat. Er ist bisher nur einmal wegen einer geringen Fahrübertretung mit 10 M. vorbestraft. Er kämpft in sachlicher Weise um Ausrottung des Krebsgeschwabs der Autofallen bei Berlin. Am 3. Juli v. J. fuhr G. mit mehreren Zeugen — wie er

behauptet, fahrlässig langsam — durch Klein-Blende nach Potsdam. Er wurde zu seinem Staunen von dem dort stationierten Gendarmen Goldbach aus dem allen Berliner Automobilisten bekannten Standort am Eingang zum Palais des Prinzen Leopold her aufgeschrieben. Bevor G. ein Strafmandat erhielt, erbat er sofort durch zwei Einschreibebriefe von dem Kleinblender Amtsvorsteher Leutnant a. D. Engelhardt eine Rückänderung, indem er auf die bekannte Ministerialverfügung über die vorherige Warnung von Automobilisten durch die unteren Polizeiorgane hinwies. Da G. nicht antwortete, sandte G. Beschwerden an die Minister des Innern und für öffentliche Arbeiten, den Oberstleutnant v. Lieber vom 3. Gendarmeregiment usw. und sandte die Postkarte über diese Briefe Herrn Engelhardt zu. Nach Wochen erhielt G. einen vom Amtsanwalt beantragten Strafbefehl des Potsdamer Amtsgerichts über 100 M., während in normalen Fällen immer ein Strafmandat des Amtsvorstehers im Höchstfalle von 20 M. üblich ist. G. beantragte gerichtliche Entscheidung. Da er ferner der Ansicht war, daß die Anzeige gegen ihn völlig unmotiviert war und der Amtsvorsteher G. ganz grundlos eine „hohe Bestrafung“ des G. von der Staatsanwaltschaft gefordert habe, so warf er in einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten Herrn E. Ribbrough der Amtsgewalt aus dem einen Beamten wenig würdigen Motive der Nachsicht vor. Wegen dieser Nebenbemerkung ersetzte der Landrat des Kreises Teltow, v. Schenck, Strafanzeige gegen G. — Da festgestellt wurde, daß die gerichtliche Entscheidung über das Strafmandat noch nicht gefällt ist, das Verfahren vielmehr noch schwebt, beantragte Rechtsanwalt Littermann die Sache bis nach Erledigung jener Angelegenheit zu vertagen. Der Gerichtshof hielt dies auch für zweckmäßig und beschloß die Vertagung.

Die Verleumdung eines gelben Bäckers beschäftigte gestern die 145. Abteilung des Schöffengerichts Alt-Moabit unter Vorsitz des Amtsgerichtsrates Wollner. Der Kläger war der Bäckergeselle Dovidet, der seinerzeit dem Vorstand der Gelben angehörte. Er sichtigte sich beleidigt durch zwei Artikel des inzwischen eingegangenen Organs der Berliner Jahrestelle des Bäckerverbandes „Der Bäckers“. In diesem war behauptet, daß Dovidet wegen Reineides verfolgt werde und angedeutet, daß er Unterschlagungen begangen habe. Das Verfahren wegen Reineid ist jedoch von der Staatsanwaltschaft eingestellt und wegen Unterschlagung ist kein Verfahren eingeleitet worden. Der Kläger wurde durch Rechtsanwalt Lesene vertreten, der Beklagte, der damalige Rebauteur des „Bäckers“, Thiele, durch Rechtsanwalt Karl Kiehnrecht. Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und ihren Vertretern, sowie nach Vernehmung einiger Zeugen kam ein Vergleich zustande. In diesem erklärt der Beklagte, er habe sich auf Grund der Hauptverhandlung davon überzeugt, daß der dem Kläger gemachte Vorwurf des Reineides und der Unterschlagung nicht aufrechterhalten werden könne und daß er ihn deshalb zurücknimmt. Der Kläger verpflichtet sich, diese Erklärung in der „Bäcker- und Konditorenzeitung“ zum Abdruck zu bringen bezw. seinen ganzen Einfluss geltend zu machen, daß dies geschieht. Der Kläger behält sich für den Fall, daß die Publikation nicht erfolgt, den Widerruf bis einschließlich den 20. Februar vor. Geht bis dahin ein Widerruf nicht ein, so gilt die Klage als zurückgenommen.

Sonntagsruhe und Flugblätterverbreitung.

Eine am Sonntag, den 3. April, vor 9 Uhr morgens ausgeführte Verteilung von Wahlrechtsflugblättern veranlaßte das Polizeipräsidium zu Danzig auf Grund der bekannten Verordnungsverordnung zu Strafbefehlen gegen 14 Genossen in Höhe von insgesamt 225,40 M. Das Schöffengericht sprach am 21. Oktober den Genossen Bartel von der Verurteilung der Anstiftung frei. Die Verurteilung der 13 anderen Genossen zu je 15 M. Geldstrafe wurde jedoch aufrecht erhalten. Als besonders strafverärgend wurde betont, daß der Inhalt der Flugblätter — die Wahlrechtsforderung — speziell geeignet sei, den Sonntagsfrieden zu stören!

Gegen die Freisprechung des Genossen Bartel legte der Staatsanwalt und gegen ihre Verurteilung die Berufungen ein. Der Staatsanwalt zog seine Berufung im Laufe der jetzt erfolgten Verhandlung vor dem Landgericht selbst zurück. Hier Genossen wurden von der Strafkammer freigesprochen. Das Gericht sah bei ihnen als erwiesen an, daß sie keine Flugblätter öffentlich sichtbar getragen hätten. Daß sie eine Anzahl unter dem Rod trugen und sie verteilten, sei, erklärte das Gericht mit Recht, keine Verletzung der Sonntagsruhe. Die Strafe der übrigen Genossen wurde auf je 3 M. herabgesetzt. Das Gericht führte noch besonders aus, daß es unzulässig sei, aus dem Inhalt der Flugblätter eine Verletzung der Sonntagsruhe herzuleiten.

Lebt Jesus noch?

Ein eigenartiger Betrugsfall beschäftigte am 1. Dezember v. J. das Landgericht Hagen i. B. Er zeigt leider, wie richtig die Spekulationen, die bei Prommen einen erheblichen Mangel an Intelligenz für vorliegend erachteten. Wegen Betruges, Unterschlagung und einfacher Urkundenfälschung wurde der Hausierer Friedrich Sigmund zu einem Jahre Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Er kam vor mehreren Jahren zu

der Witwe Sch. und sagte, er sei Jesus. Die Frau glaubte es und ließ sich und ihren Kindern das Abendmahl erteilen. Er blieb dann jahrelang bei ihr, ließ sie und ihre Kinder für sich arbeiten und entlockte ihr etwa 1000 M., ihre ganzen Ersparnisse. Er schwindelte ihr vor, das Geld komme in den Opferstock. Der Witwe erklärte er, sie müsse alles tun, was er ihr sage. Deshalb gestattete sie ihm auch, sich als Gemann bei ihr zu betätigen. Dabei war er aber bereits anderweit verheiratet. Endlich fing es bei der Witwe aber doch an zu dümmern und der Angeklagte wurde der Berechtigtheit überantwortet. Er hat außerdem noch Geld unterschlagen und eine Quittung gefälscht. — Seine Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Aus der Frauenbewegung.

Gewerbegerichtswahl und Fraueninteresse.

Wieder einmal stehen die Berliner Handlungsgehilfen im Kampf um die Befestigung des Kaufmannsgerichts. Ein scharfer Kampf ist leider immer noch nötig, weil der größte Teil der Handlungsgehilfen immer noch Alimbinvereinen oder Harmonieverbänden mit reaktionärer Tendenz Gefolgschaft leistet. Da die Weisiger des Kaufmannsgerichts nicht nur Recht zu sprechen haben, sondern auch Anträge an die gesetzgebenden Körperschaften zu stellen berechtigt sind, Gutachten abgeben können, ist es für alle Berufsangehörigen von großer Bedeutung, wes Geistes Kind die gewählten Weisiger sind. Die beste Gewähr für eine wirkliche Interessenvertretung der Angestellten bieten allein die Weisiger, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands auf seine Liste gestellt hat. Jeder Gehilfe, der ernstlich die Lage seiner Berufsgenossen bessern will, darf nur dieser Liste bei der Wahl am 12. Februar seine Stimme geben. Leider ist die Frau auch bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht entrechtet. Den über 300 000 Frauen, die im Handelsgewerbe beschäftigt sind, hat der Deutsche Reichstag das Wahlrecht zu diesem Berufsgericht verweigert. Die Handlungsgehilfen wird von dem Kaufmannsgericht abgeurteilt, aber sie darf bei dessen Zusammenkunft nicht mitreden. Sicher ist das eine Ungerechtigkeits, von der Interessenvertretung eines Berufes einen großen Prozentsatz der Berufsangehörigen auszuschließen, und manches Urteil würde anders ausfallen, wenn der Frau das aktive und passive Wahlrecht eignete. Sache der im Handel beschäftigten Frauen wird es sein, auf die Regierung und den Reichstag einzuwirken, ihnen das Wahlrecht zu verleihen. Inzwischen aber können die Frauen und Mädchen ihre Interessen dadurch wirksam vertreten, daß sie der Liste des Zentralverbandes zum Siege beistimmen. Sie können ihre Kollegen, ihre Brüder, die im Handelsgewerbe beschäftigt sind, in dem Sinne beeinflussen. Das muß die Sache der entrechteten Frauen sein.

Lesabend am Freitag, den 20. Januar.

Wilmersdorf-Paläste. Im Saal von Schilling, Lanenburger Straße 20. Genossin Markussohn spricht über „Das vor-märzliche Deutschland“. Steglitz. Bei Heilmann. Vortrag: „Unterleibsleiden.“ Referentin: E. Häuerer, Naturheilkügin.

Briefkasten der Redaktion.

C. 25. 32. 1. Sie sind zahlungspflichtig. 2. Ein einziger Kotor. — Typograph 6. Beweisen Sie Zahlung. Die Firmen sind beweisungspflichtig dafür, daß Sie oder Ihre Frau bestellt oder empfangen haben. — F. 111. 1. Die Kündigung ist wirksam. 2. Rein. — F. 54. 1. 2. u. 3. Nur auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts, wobei ein Antrag zu richten wäre. — F. 54. 1. Eigenhändiges Testament ist zulässig. 2. Stadthagens Arbeiterkraft. Seite 238 folgende. — G. 14. 1. 15. Die Steuerpflicht beginnt mit dem Erben desjenigen Komats, in dem Sie in Arbeit getreten sind. — G. 14. 24. Nach dem Gesetz sind die Alimente vierteljährlich im voraus fällig. Die von Ihnen angegebene Zahlungsweise braucht sich der Vormund also nicht gefallen lassen. — E. C. 100. Es besteht Versicherungspflicht. Der Arbeitgeber muß für die letzten zwei Jahre nachliehen. — E. 25. 29. 1. u. 2. Leider ja. — F. 3. 7. Sie sind heilbar, können aber ein anderes Zeug in der Preisliste verlangen. — S. 11. Unfertes Crachten nicht.

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1911. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Emmenda	767 9923		6 halb bb.	5	Dapunda	743 973		4 moffen	—6		
Damburg	774 9923		6 bedekt	5	Weterburg	742 9923		4 bedekt	0		
Berlin	772 3		6 bedekt	4	Stilly	782 630		2 moffen	7		
Frank a M	780 63		5 Regen	—1	Übersee	774 63		1 heiter	3		
Händen	782 63		4 halb bb.	—6	Paris	782 930		3 bedekt	—2		
Wien	774 930		7 Schne	1							

Wetterprognose für Donnerstag, den 19. Januar 1911.
Zunächst zeitweise auflarand, etwas kälter bei frischen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

GEGRÜNDET 1867



Kein Kaufzwang!

Um Besichtigung der Waren wird gebeten!

Unser grosser Inventur-Verkauf beginnt Montag, 23. Januar!

Der Verkauf findet nur Jerusalem Strasse 38-39 am Dönhoff-Platz statt.

Man beachte das Sonntags-Inserat!

MAGGI'S WÜRZE

hilft sparen!

Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen **MAGGI'S** Würze.



!!! Achtung vor Nachahmungen !!!

— Probefläschchen 10 Pfg. —

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Königslieder.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Neues Königl. Operntheater. Geheißenen.
Deutsches. Dithelo.
Kammertheater. Langelot.
(Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Festung. Die Ratten.
Kleines. Studentenliebe.
Neues Operetten. Die schöne Rittmeisterin.
Komische Oper. Das vergessene Kind.
Neues Schauspielhaus. Duldich.
Berliner. Dummelstudenten.
Dehnen. Das Puppenmädchen.
Neues. Der G. m. b. H. Tenor.
Trianon. Der heilige Hain.
Reichshallen. Der Unterpräfekt.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller. (Wallner-Theater.)
Kularenfieber.

Schiller. Charlottenburg. Das Urbild des Tartuff.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Cyrano von Bergerac.
Zuspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Mudisches Theater. Webers.
Luisen. Wabes Reise nach Indien.
Modernes. Das glückliche Gesicht.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rote. Sein Sündenregister.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er.
Volksoper. Die Hugenotten.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. Der Feldwebelhügel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!

Kajino. Julie Wippen.
Apollo. Spezialitäten.
Vestage. Spezialitäten.
Neigt. Der G. m. b. H. Tenor.
Reichshallen. Steintiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Sandfouci. Wie werde ich reich?
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Hurra! Dacapo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Abgründe.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Bon San Remo nach Florenz.
Hörseal abends 8 Uhr: Professor Dr. F. Rathgen: Das Feuer.
Sternwarte. Invalidenstr. 67-68.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: Die Ratten.
Freitag 8 Uhr: Anstalt.
Sonnabend 8 Uhr: Die Ratten.
Berliner Theater.
Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Der G. m. b. H.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmädchen.
Sonntag 4 Uhr: Rottkappchen.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Modernes Theater
(früher Hobholtheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmannsch.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Berliner Volksoper
Feldherrnhügelstraße 7/8. — 7/9 Uhr:
Die Hugenotten

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Der Unterpräfekt.
Schonung in 3 Akten von L. Gandillot.
Sonnabend: Pariser Menu.
Sonnagnachm. 8 Uhr: Der Fion im Ohr.

Herrnsfeld
Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Kanton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von San Remo nach Florenz.
Hörseal 8 Uhr:
Professor Dr. F. Rathgen:
Das Feuer.

Kaiser-Panorama.
Die Schweiz. Winter u.
Sport. Oberengadin. L. W.
III. Interess. Reise in Indien.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Donnerstag, 19. Januar, abds. 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Freitag: Die Erbtante.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Faust.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau v. Orleans. Abds.: Die Erbtante.

Luisen-Theater.
Mudisches Reise nach Indien.
Gr. Ausstattungst. m. Gesang u. Tanz.
Freitag: Die Hosen des Herrn v. Dredow.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2.
Sein Sündenregister.
Zuspiel. in 3 Akten v. Friedrichmann-Friedrich
Freitag und Sonntag: Don Carlos.
Sonnabendnachm.: Hänel u. Gretel.
Abends: Der Gluckschmied.

Ein Erfolg ohne Gleichen
Otto
Reutters
neueste Schlager
sowie das große
Sensations-
Programm.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsbrosche in 7 Bildern
v. R. Freund. Musik v. D. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz.

WINTERGARTEN
Januar Spielplan
ETHEL LEVEY
Amerikas Favorit.
La belle Leonora
Spaniens Stolz.
Mlle. Danabera
Luftballonfahrt
über den Köpfen des Publikums
sowie weitere
12 Star-Attraktionen 12
Rauchen gestattet!

Theater des Weddings
Möllerstr. 182/183 — Sellerstr. 35.
Täglich vor ausverkauftem Hause:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Gad.
Wahrscheinlich das neue großartige
Programm.

Walhalla-Theater.
(Hofentw. Str.) Weinbergstr. 20
Anfang 8 1/2 Uhr:
Januar - Allerneuestes
in
Bravo! Da Capo!
Eine Allermelch-Revue in
5 Bildern mit vielen neuen
Einlagen, Couplets und
Attraktionen.
Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Voffe mit Gesang u. Tanz
kleine Preise.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Zuspiel in 4 Akten v. Gustav Adolfsburg
u. Richard Stowronnet. Ende 10 1/2 U.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Zuspiel in 5 Aufzügen v. R. Gaultier.
Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Sam 1. Male:
Nathan der Weise.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
!!! Heute !!!
Gastspiel der
„Diavoli rossi di Pianella“
Original italien. Harmonic-Orchester.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Zum ersten Male in Deutschland!

Einen wirklichen Genuss bietet eine Vorstellung im
Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Wie stets, allen voran:
Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in Houndsditch.
Dazu:
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.
Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute sowie folgende Tage:
Größtes und amüsantestes
Bock-Bier-Fest.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (90 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.
Morgen Freitag: Elite-Tag.

Arnold Scholz
Hasehold 100-114
Neue Welt
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen.
Heute Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Elite-Tag.
Prämierung des engsten modernen Kumpelrockes vom Promenaden- oder Gesellschaftskleid.
Weitlaufen der drei Prämiierten um einen Extrapreis.
Drei bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse. (Nur Damen von 16 Jahren ab können sich zum Wettbewerb melden.)
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entrée 30 Pf.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Hain.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Affe Consul
Menschendarsteller.
P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
u. d. großartige Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Das blaue
Weib:
Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
der kleinste Mensch aller Zeiten.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund.
Buddhas Wandertafel.
Alles ohne Extra-Entrée!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Die Waise aus Lowood
Schauspiel in zwei Akten u. vier
Aufzügen von Charlotte Birch-Blieser.
Lord Rochester. Dr. Hans Reich.
Kassenerstr. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Lichtspiele.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Casino-Theater
Lobkowitzstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippen.
Herrnsfelder Quartet! Ueberrühmter Typen!
Im Stille der ehem. Wallner-Bühne.
Vorher erstklassiger bunter Teil.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachten.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Zuspiel in 4 Akten v. Gustav Adolfsburg
u. Richard Stowronnet. Ende 10 1/2 U.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Zuspiel in 5 Aufzügen v. R. Gaultier.
Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Sam 1. Male:
Nathan der Weise.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
!!! Heute !!!
Gastspiel der
„Diavoli rossi di Pianella“
Original italien. Harmonic-Orchester.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Zum ersten Male in Deutschland!

Einen wirklichen Genuss bietet eine Vorstellung im
Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Wie stets, allen voran:
Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in Houndsditch.
Dazu:
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.
Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute sowie folgende Tage:
Größtes und amüsantestes
Bock-Bier-Fest.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (90 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.
Morgen Freitag: Elite-Tag.

Arnold Scholz
Hasehold 100-114
Neue Welt
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen.
Heute Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Elite-Tag.
Prämierung des engsten modernen Kumpelrockes vom Promenaden- oder Gesellschaftskleid.
Weitlaufen der drei Prämiierten um einen Extrapreis.
Drei bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse. (Nur Damen von 16 Jahren ab können sich zum Wettbewerb melden.)
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entrée 30 Pf.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Hain.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Affe Consul
Menschendarsteller.
P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
u. d. großartige Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Das blaue
Weib:
Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
der kleinste Mensch aller Zeiten.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund.
Buddhas Wandertafel.
Alles ohne Extra-Entrée!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Die Waise aus Lowood
Schauspiel in zwei Akten u. vier
Aufzügen von Charlotte Birch-Blieser.
Lord Rochester. Dr. Hans Reich.
Kassenerstr. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Lichtspiele.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Casino-Theater
Lobkowitzstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippen.
Herrnsfelder Quartet! Ueberrühmter Typen!
Im Stille der ehem. Wallner-Bühne.
Vorher erstklassiger bunter Teil.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachten.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Genevra.
Festung-Theater
Das Konzert.
Extravorstellung
Vor Sonnenaufgang.
Ordner-Sitzung: Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Donnerstag, den 19. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Der große Coup
9 1/2 Uhr. Der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
Briff-Bruff-Bruff.
Arconi-Truppe, vier
Personen.
Foot-Ball-Push-Ball
Polo-Ball
Kreisel-Globus,
neueste Erfindung des Direktors
H. B. Schumann sowie die
übrigen neuen Attraktion.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Kottdauer Tor.
8 1/2 Uhr:
Wie werde
ich reich?
Amerikanische Sensationsburleske.
Lotte Sebus
R. Neemann
Berlins Lieblinge.
Königstadt-Kasino.
Hofmarkstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich: Edmannoff-Truppe, russ.
Sänger, Franz Sobanski, Pulwara,
Kasseler, Gebrüder Kühn, The
Murellas, Hochspringer etc.
Die Erbtante.
Voffe mit Gesang von Ely-Sobanski.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz 7 1/2 U. (Str. 77/78).
Das sensationelle
Januar-Programm.
Victor Ritter mit sein. neuesten
Schlagern.

Populäre Lieder
im Bücherversaal
Sonst. 22. Januar,
nachm. 4 1/2.
Gr. Wagner-Konzert.
Ida Hiedler,
Kgl. Pr. Kammer-, Betsy
Schot, Vera Gold-
berg, Felix Brandes.
Jan Trip. Karten 0,50
u. 1 M. bei Bote & Bock,
A. Stahl, Kaufhaus des
West. und an der Kasse.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Mißstr. 3.
Jeden Dienstag,
Donnerstag und Sonntag:
Kavaller-Ball
bei großem Streichorchester.
Tanz und Entree:
Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Anfang: Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.
Carl Eisner.

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
C. Nible.
Für den Inhalt der Journale
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 19. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. außerord. Gala-Vorstellung.
Frl. Martha Mohrke, Schulleiterin
5 Cliftons 5.
Freudian, bar. Reiterfamilie. —
Gastspiel d. Hrn. Direkt. Pierre
Althoff u. Frau Direktor Adelo
Althoff in ihren hervorragenden
Freiheitsdresuren.
3 Gebrüder Fratellini,
urkom. italienische Clowns.
Die Aeres, kom. Trapezkünstler. —
Um 9 Uhr ca. zum 28. Male:
„Armin“!

Burgtheater-
Festsaal und Kinematograph
norm. Großeran. Zubeh.: Rud. Metz,
Schubauer Allee 129. Tel. 8, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil.
Feldwebelhügel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu!
Musikanten-Weihnacht
Gemüht von Mesjel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Galtip. in Trapp's Festsaal, Tegel.
Der Erbförster
Trauerspiel in 5 Akten v. Otto Ludwig.
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

Bosporus
am Moritzplatz.
Heute 6 Uhr:
Das wunderbare
Variété-Programm.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Nach Schluß der Vorstellung:
Großer
Bockbier-Jubel u. Trubel
Festumzug, Tanz, Vergnügungspark
2 Kapellen bis 2 Uhr nachts.
Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
C. Nible.
Für den Inhalt der Journale
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Josef

VERA

FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

Stoff-Reste

Zuchlager Gertraudenstr. 20/21, bis-a-bis der Petritirche.

für Herren-Anzüge, Paletots, Knaben-Anzüge, Damen-Kostüme, Vordrücke für Wetter-Bekleidung imprägniert Nr. 1.50, 2.50, 3.50, 4.50

Werbung für!

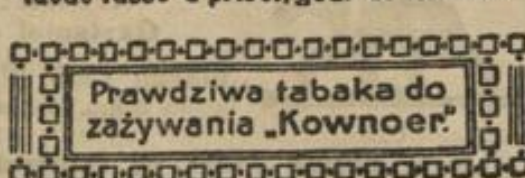
aus der
Königlichen
Tabak-Fabrik



J. Goldfarb Press. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.



An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 655).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

20 Säle und Vereinszimmer

mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 2733 Tel. VII 3095
Inhaber: Paul Baatz

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

10r die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Kordensfelder) Gelegenheitskauf, Fabriklager Rauerhoff, Kur Große Frankfurterstraße 9, Haupteingang. Geöffnet 1874. Vormittags 10 bis 12 Uhr. Sonntags geöffnet.

Teppichdecken billige Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Haupteingang. 2491R

Zuchhaus, 1441 Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Deter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. In beliebigen Buchhandlungen. Vormittags.

Waschmaschine, elegante, 10-, 12-, 14- und 16- Liter. Preis 120, 150, 180, 200. In allen Buchhandlungen. Vormittags.

Wasserkocher erhalten im Preis 1 Mark. In allen Buchhandlungen. Vormittags.

Teppich-Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz; Hofmeisterstraße 54.

Teppiche! (Jedlerdalle) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Naderischer Markt 4, Bahnhofstraße. (Liefer des "Vormittags" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Hermannsplan 6. Handelt. Haus. Stamenbillige Winterpaletots, Jacketts, Mantel, Regenmäntel, Herren- und Damenkleidung. Preis 1 Mark. In allen Buchhandlungen. Vormittags.

Handwerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radports: Mittel- und Hochrad für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Reinen gezogen Preis 1,75 Mark (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Reinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 Mark. Expedition des "Vormittags", Lindenstraße 69, Laden.

Hirtwäscherei, Jober, Sitmanen, Bodenmann. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leinen 5 Proz.

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schlechten Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Stabteppiche, ganz schwere Qualität: Stabteppiche, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Portieren, Tisch und Tisch, Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.

Erdbücherei-Stores, ein großer Posten mit Bolant, volle Breite und Länge 4,75.

Teppichdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50, Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. 1931R

Intensiv aus dem Lämpel der Kultur. Sachbuch von Fritz Schweyert. Verlag der "Triebüne", Berlin. Preis elegant gebunden 1,- Mark. Zu haben Buchhandlung "Vormittags". 1999R

Wohlfühlangebote!

Wohlfühlangebote! Sofas, Garnituren, Kleiderständer, Vertikals, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenschrank, Pianinos, ganze Einrichtungen, Postbills, große Gelegenheiten, Kleiderständer, 5 Stagen. Möbelgeschäft Neue Königsstr. 56, Hofmeisterstraße 25. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/16*

38 Schlafzimmer! in allen Holz- und Eichen: 26 Schlafzimmer, modern, schick, romantisch, barock; 17 Herrenzimmer; 8 Salons; 46 komplette farbige Betten verkaufte ich während meines Inventurverkaufs bis 30 Prozent billiger. Transport und Lagerung frei. Günstig für Verlobte. Möbelgeschäft Neue Königsstr. 56, Hofmeisterstraße 25, an der Hochbahn.

Billiger Inventurverkauf, trotz enormer Preisermäßigung 5%, Kleiderständer, Vertikals, engl. Bettstellen, Truemeubels, Scher 45,-, jetzt 38,-, Kommoden, Sofas, Spiegelständer, früher 30,-, jetzt 20,-, 11. Kleider, früher 75,-, jetzt 58,-, Kleider, früher 30,-, gradeüber Marktstraße. Divinastr. 1961R*

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlangebote!

Wohlfühlangebote! Sofas, Garnituren, Kleiderständer, Vertikals, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenschrank, Pianinos, ganze Einrichtungen, Postbills, große Gelegenheiten, Kleiderständer, 5 Stagen. Möbelgeschäft Neue Königsstr. 56, Hofmeisterstraße 25. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/16*

38 Schlafzimmer! in allen Holz- und Eichen: 26 Schlafzimmer, modern, schick, romantisch, barock; 17 Herrenzimmer; 8 Salons; 46 komplette farbige Betten verkaufte ich während meines Inventurverkaufs bis 30 Prozent billiger. Transport und Lagerung frei. Günstig für Verlobte. Möbelgeschäft Neue Königsstr. 56, Hofmeisterstraße 25, an der Hochbahn.

Billiger Inventurverkauf, trotz enormer Preisermäßigung 5%, Kleiderständer, Vertikals, engl. Bettstellen, Truemeubels, Scher 45,-, jetzt 38,-, Kommoden, Sofas, Spiegelständer, früher 30,-, jetzt 20,-, 11. Kleider, früher 75,-, jetzt 58,-, Kleider, früher 30,-, gradeüber Marktstraße. Divinastr. 1961R*

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Wohlfühlgeschäft. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Korridor), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertriffliehe Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielsetzung. Vormittags 9 bis 12 Uhr. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Morgen Freitag: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Schlendorf (Wannseebahn). Am Freitag, den 20. Januar, um 7 Uhr abends: Flugblattverbreitung von sämtlichen Bezirken aus. Der Vorstand.

Steglitz. Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung.

Tempelhofer. Freitag abend 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Johannisthal. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von Sobin, Moonstr. 2, aus. Der Vorstand.

Vogtzen + Kummelsburg. Freitag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung. Gleichzeitig werden die Genossinnen und Genossen des Ortsteils Vogtzen auf die öffentliche Versammlung am Freitag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Prachtställen des Ostens“, Frankfurter Allee 151/152, aufmerksam gemacht. Reichstagsabgeordneter Paul G. H. spricht über: „Die Arbeiterschaft und die Konsumvereine“. Die Bezirksleitung.

Friedrichsfelde. Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung über den ganzen Ort. Nach Beendigung derselben für den 1. Bezirk Extra-Zahlabend.

Zegel. Die zum Sonnabend, den 21. Januar, geplante Volksversammlung in „Freie Scholle“ kann nicht stattfinden, da der Wirt, ein Herr Kunde, das Versprechen, daß sein Lokal „Schollenkrug“ benutzt werden kann, nachträglich wieder rückgängig gemacht hat. Die Versammlung findet an einem späteren Termin statt. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale aus. Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Freitag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, für ganz Spandau wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Eingemeindung Treptows.

Die Eingemeindung Treptows nach Berlin begegnet erheblichen Schwierigkeiten. Diese werden vor allem vom Kreise und von der Provinz gemacht. Wie beim Verkauf des Tempelhofer Feldes die Provinzialverwaltung mit dem Kreise Hand in Hand ging, so tritt dasselbe Verfahren bei der Eingemeindungsfrage Treptows in die Erscheinung. Gerade die Verwaltung der Provinz Brandenburg hat ein lebhaftes Interesse daran, möglichst viele steuerkräftige Gemeinden in der Provinz zu behalten, weil diese Gemeinden die Lasten der Gutsbezirke mittragen müssen. Und die in der Provinz Brandenburg maßgebenden Guts- und Rittergutsbesitzer zahlen ebenso ungern wie die Agrarier in Ostelbien. Der „Total-Anzeiger“ weiß zu berichten, daß der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Herr v. Ranteuffel, die Treptower Gemeindeverwaltung benachrichtigt habe, daß Treptow auf keinen Fall aus dem Provinzialverbande entlassen würde. Die Frage, ob eine Eingemeindung nach Rixdorf geschehen solle, wird offen gelassen.

Es zeigt sich also, wer in Preußen herrscht. Die Gemeinde oder die Einwohner derselben haben nichts zu bestimmen, der Landesdirektor verfügt, diktiert: „Es hat so zu bleiben, wie ich bestimme“.

Inzwischen wird die Eingemeindungsfrage von der Einwohnerhaft Treptows weiter erörtert. Uns wird aus Treptow hierzu geschrieben:

„Mit der Eingemeindungsfrage beschäftigt sich bekanntlich eine große öffentliche Versammlung, über welche wir in unserer Nr. 9 berichteten. Wir würden nicht noch einmal darauf zurückkommen, wenn nicht in der letzten Nummer des „Treptower Anzeiger“ der Wortführer der Grundbesitzer eine Erklärung losgelassen hätte, welche den in der genannten Versammlung von ihm gemachten Ausführungen direkt widersprechen würden. Herr Rektor Specht, so heißt der „Führer“, hatte in provokatorischer Weise der großen Protestversammlung das Recht abgeprochen, durch Beschlüsse auf Gemeindevorstand und Gemeindevertretung einen Druck auszuüben. Die Bürgerhaft solle nur ruhig Vertrauen zu unserer Behörde haben, die werde dann schon für unseren Ort soviel herausholen, als es geht. In seiner Erklärung“ teilt nun Herr Specht der Mittel mit, „ich halte es aber für notwendig, daß zu dieser so wichtigen Frage auch die Öffentlichkeit in Vereinen oder Versammlungen Stellung nimmt. Doch sind dazu vorher genaue amtliche Unterlagen nötig, die bis jetzt der Öffentlichkeit nicht bekannt sind usw.“

Warum jetzt mit einmal, Herr Specht? — Hat sich vielleicht nach der immanenten Protestversammlung, die allerdings nicht von den Intermännern des Herrn Specht einberufen war, sondern von den III Sozialdemokraten, die Meinung in den maßgebenden Kreisen unserer Gemeinde geändert, daß Sie, Herr Specht, jetzt auch anders können?

Offentlich hat sich Herr Specht die Ausführungen des Herrn Lehrers Kumpf in der Versammlung gemerkt! Auch die anderen Redner des Abends, die Herren Dr. Alfred Bernstein, Kröbel und Assessor Dr. Weiß haben den Beweis erbracht, daß es für die Zukunft Treptows nichts anderes gibt, als sich einem großen Gemeinwesen, und zwar Berlin, anzuschließen. Allerdings wurde ja gleich in der Versammlung konstatiert, daß wohl außer Herrn Specht alle Versammelten diese Notwendigkeit begriffen hätten. Die vorgeschlagene Resolution wurde dann auch von den circa 2000 Personen mit allen gegen nur sechs Specht'sche Stimmen angenommen.“

Mit der Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung und der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises wird sich die heutige Sitzung der Stadtverordneten infolge eines dahingehenden Antrages der sozialdemokratischen Fraktion beschäftigen.

Veteranenpende.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: „5000 Gesuche sind bisher zur Berücksichtigung aus der Veteranenpende der Stadt Berlin beim Magistrat eingegangen. Die Zahl der Gesuche erscheint damit aber noch nicht abgeschlossen, denn noch täglich erscheinen in dem mit der vorbereitenden Bearbeitung der Gesuche von seiten des Magistrats beauftragten Stützbüro neue Bewerber, um Gesuche einzubringen, oder auch mündlich die Gewährung eines Ehrengeldes zu erbitten und die Berechtigung zur Empfangnahme durch Vorlage von Pässen und dergleichen, häufig aber auch durch Vorzeigung der eingetragenen Bescheinigungen über die erhaltene Kriegsdienstleistungen nachzuweisen. Mit diesem Nachweis allein ist die Berechtigung des Bewerbers aber noch nicht dazusetzen. Nach den für die Verteilung

des Ehrengeldes von dem Magistrat aufgestellten Grundregeln sollen nur solche dem Unteroffizier- und Gemeinstande angehörig getretene Teilnehmer an den Kriegen 1804, 1806, 1870/71 berücksichtigt werden, die würdig und bedürftig sind. Rotorische Trinker sowie mit ehrenrührigen Strafen belegte Bewerber sind ausgeschlossen; sie sollen weiter bei der alljährlichen Verteilung, für die ein bestimmter Tag nicht in Frage kommt, in Berlin wohnen, auch daselbst am 1. September 1910 Aufenthalt gehabt haben. Die Prüfung der Würdigkeit und des Aufenthalts kann nur mit Hilfe des königlichen Polizeipräsidiums geschehen, die Auskunft dieser Behörde nur dann erteilt werden, wenn ihr das ausführliche Rationale des Wittstellers gegeben wird; das ist nun aber in den seltensten Fällen aus dem Geiz erschäftlich und macht neue Feststellungen erforderlich. Sofern schließlich die Verhältnisse der Wittsteller nicht aus den bei der Stadt geführten Unterhaltungsakten ersichtlich sind — circa 10 Proz. aller Bewerber werden laufend aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt — muß in eine Prüfung der Bedürftigkeit durch den zuständigen Bezirksvorsteher eingetreten werden. Bis alle diese Fragen — Kriegsteilnahme, Würdigkeit, Bedürftigkeit und Aufenthalt — bei den 5000 Bewerbern ausreichend beantwortet sind und in die Verteilung der Pende eingetreten werden kann, dürfte immerhin noch eine geraume Zeit vergehen.“

Offentlich sind die alten Herren bis dahin nicht gestorben!

Die Noabiter Hausbesitzer und der Erste Staatsanwalt.

Der Noabiter Grundbesitzerverein Nordwest hielt Dienstagabend eine Vorstandssitzung ab, zu der auch die Vereinsyndici hinzugezogen waren, um gegen die Auslassungen des Ersten Staatsanwaltes Steinbrecht im Noabiter Kriminalprozess Stellung zu nehmen. Der Staatsanwalt hatte bekanntlich in seinem Plädoyer Äußerungen über die sittlichen Qualitäten von Noabiter Hausbesitzern der ersten und zweiten Etage getan, die nach Ansicht der Noabiter Grundbesitzer geeignet sind, sie geschäftlich schwer zu schädigen. In der Sitzung wurde nun beschlossen, eine Liste von mindestens 1000 Noabiter Hausbesitzern aufzustellen, die zweifellos frei nachweisen könnten, daß ihr Haus nur von anständigen Bürgern bewohnt sei. Diese Liste solle mit einem Schreiben an den Ersten Staatsanwalt abgehandelt werden, in welchem dieser aufgefordert wird, seine Äußerungen zurückzunehmen, resp. auf das richtige Maß zu beschränken. Falls der Brief nicht den gewünschten Erfolg haben sollte, ist der Verein entschlossen, den Instanzenweg zu beschreiten.

Es wurde ferner beschlossen, eine Petition beim Magistrat Berlin einzureichen, dahingehend, daß die Straße Alt-Noabit, mit der fälschlich der ganze Nordwesten Berlins identifiziert wird, in Roltkestraße abgeändert wird.

In Finanzkalamitäten befindet sich die evangelische Stadtsynode. Sie hat das Etatsjahr 1910/11 mit einem Fehlbetrag von 300 000 M. abgeschlossen. Die Folge wird sein, daß die Kirchensteuer jedenfalls noch weiter erhöht wird, obwohl sie schon 20 Proz. beträgt. Die Kirche braucht Geld!

Tuberkuloseanstalt Berlin-Wilmersdorf (Aula der Cecilien-Schule, Nikolburger Platz-Kaiserallee). An den Besuch der Ausstellung nimmt Großberlin lebhaften Anteil. Auswärtige Schulen, Krankenhäuser, große Fabrikbetriebe usw. teilen sich in den Besuch.

Am Donnerstag abend 1/2 Uhr spricht Herr Geh. Ober-Medizinalrat Professor Dr. Kirchner über: „Wie muß die Tuberkulosebekämpfung beschaffen sein, wenn sie Erfolg versprechen soll?“ Am Sonnabend spricht um 8 1/2 Uhr Frau Dr. phil. Lydia Kabinowitsch-Kampner über „Tuberkulose und Wohnungsfrage“, um 9 Uhr Stadtrat Steinbock über: „Soziale Schattenseiten“.

Stadtverordnetenwahl. Infolge der Wahl der sozialfortschrittlichen Stadtverordneten Professor Dr. Freuh zum Stadtrat war im 8. Kommunalwahlbezirk der I. Abteilung für die Zeit bis Ende 1915 eine Ersatzwahl notwendig geworden. Sie fand gestern von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Es waren zwei Kandidaten aufgestellt, von den Sozialfortschrittlichen Regierungsbauingenieur und Privatdozent Dr. Karl Bernhardt und von der Alten Linken Geheimrat Prof. Dr. Julius Lazarus. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig stark. Von 89 eingeschriebenen Wählern genügten 60 ihrer Wahlpflicht. Gewählt wurde der Kandidat der Alten Linken Geheimrat Professor Dr. Lazarus mit 41 Stimmen, während auf Regierungsbauingenieur Bernhardt 19 Stimmen fielen. Zerplittert waren 3 Stimmen.

Für den zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten Herrn Runge ist im 18. Bezirk der II. Abteilung der Marinebaumeister a. D. Verghoff gewählt worden.

Auf der Straße verhungert.

Ein trauriges Kapitel vom Großstadtleben hat vor gestern abend in den Straßen Berlins sein Ende gefunden. An der Ecke der Eiseisenau- und Belle-Alliancestraße bemerkten plötzlich Passanten, daß eine vorübergehende alte Frau zu Boden sank und sich nicht mehr zu erheben vermochte. Man schaffte die Unglückliche in eine nahegelegene Unfallstation, wo sie jedoch gleich nach ihrer Einlieferung verstarb. Wie festgestellt wurde, ist die Unglückliche die 62jährige Näherin Anna Kroll, die seit etwa fünf Tagen ohne Obdach in den Straßen Berlins umherirrte. Die Bedauernswerte hat seit einigen Tagen nichts mehr gegessen und starb infolgedessen vor Entkräftung am Herzschlag.

Zu dem Leichensund bei Saatwinkel. Wie die Ermittlungen der Spandauer Kriminalpolizei ergeben haben, ist der Unbekannte, dessen Leiche aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet wurde, der 42jährige Schmied Gustav Lehmann aus der Schliemannstraße 12 in Berlin. Lehmann arbeitete bald hier, bald dort als Gehilfe und lebte von seiner Frau getrennt. Lehmann hat im Juni vorigen Jahres sich in der Jungfernsheide zu erschließen versucht, verfehlte sich aber nur durch einen Streifschuss. Es liegt aller Wahrscheinlichkeit Selbstmord vor.

Bombadourräuber treiben wieder ihr Unwesen. In der Georgenkirchstraße versuchte ein Hausdiener L. einer vor ihm gehenden Dame die Tasche zu entreißen. Auf Hilferufe der Dame hin wurde L. ergriffen und verhaftet. — Am Kurfürstendamm wurde eine ihres Weges gehende Frau aus Wilmersdorf ihrer Handtasche beraubt, die eine größere Geldsumme enthielt. Der Täter entkam.

Im Stadtbahnhof beraubt wurde der Zollbeamte P., Kronener Straße 15 wohnhaft. P. hatte auf dem Bahnhof Gesundbrunnen einen Nordringzug besiegen, um nach Kummelsburg zu fahren. Unterwegs schlief er infolge Uebermüdung ein und als er kurz vor Kummelsburg erwachte, wurde er vergeblich nach seiner Taschenuhr. Auch das Portemonnaie vermisste er. Ein unbekannter Fledderer hatte dem Schlafenden unbemerkt die Uhr mit der Kette sowie die Geldbörse geraubt und inzwischen das Abteil längst wieder verlassen.

Ein Säurespritzer treibt gegenwärtig im Westen Berlins und in Charlottenburg sein Unwesen. In der vorletzten Nacht passierte die Gattin eines Fabrikbesitzers, aus dem Theater kommend, die Liebenburger Straße und wurde zu wiederholten Malen von einem etwa 30jährigen, ziemlich gut gekleideten Mann belästigt, der sie eine ganze Straße beständig verfolgte. Als die Dame nach Hause kam, mußte sie zu ihrem Schreck wahrnehmen, daß ihr neues, wertvolles Kleid über und über mit einer ätzenden Flüssigkeit besoffen und vollständig vernichtet worden war. Zweifellos ist der Attentäter jener unbekante Mann, der die Dame belästigt hatte.

Eine teure Nacht hat ein Kaufmann aus Amsterdam durchgemacht, der mit einer Halbweibsdame eine Reise durch verschiedene Weinlokale unternahm. Dabei knöpfte ihm die „Golde“ Schmutzfäden im Werte von 2300 M. ab.

Fünf Geldschrankeinbrecher sind gestern verhaftet worden. Die Kriminalpolizei fand bei einem Geldschrankbruch eine Brieftasche, die Ausweisepapiere enthielt. Dadurch wurde es möglich, den Einbrecher zu ermitteln. Zwei Brüder Dahn, die bei der Firma Strengs in der Neuen Friedrichstraße eingebrochen hatten, wurden in einer Schankwirtschaft festgenommen. Schließlich wurden noch zwei Personen verhaftet, denen ein Einbruch in der Gitschiner Straße zur Last gelegt wird.

Einen schweren Verlust hat am Sonnabend ein Familienvater erlitten, der auf dem Wege von der Kuitbuser Straße, Volta- und Hufschienstraße ein Portemonnaie mit seinem Wochenlohn verlor. Der Finder wird um Abgabe gebeten. Seib, Brunnenstraße 83, linker Seitensügel 3 Treppen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Nach einer Uebersicht über die Frequenz der hiesigen Gemeindegemeinschaften werden 6195 Knaben und 6528 Mädchen, insgesamt 12 723 Kinder in denselben unterrichtet. Hier von besuchen 1304 Kinder die erste Klasse, das ergibt auf die 33 Klassenzimmer verteilt eine Durchschnittsschülerzahl von 39,5. Die zweite Klasse besuchen 1416 Schüler, das ist auf die 36 vorhandenen Klassenzimmer verteilt durchschnittlich 39,3 Kinder. Die dritte Klasse, die 41 Schulzimmer umfaßt, weist 1732 Schüler auf, das sind durchschnittlich 42 Kinder. In die vierte Klasse gehen 1921 Schüler, die sich auf 43 Klassen verteilen und die eine Durchschnittszahl von 44,7 Besuchern erreicht. Die fünfte Klasse weist 2101 Schüler auf, die in 46 Klassenräumen mit einer Durchschnittszahl von 45,7 Kindern unterrichtet wurden. In der sechsten Klasse besetzen 2008 Schüler 45 Klassen, das ergibt einen Durchschnitt von 44,6. 2081 Schüler besetzen die siebente Klasse. Bei 45 Klassenzimmern beträgt die Durchschnittszahl hier 46,2. Die Durchschnittsfrequenz aller Klassen beträgt demnach 43,4. Ferner sind 4 stützende Klassen und drei Hilfsklassen mit 288 Schülern vorhanden. Klassen mit gemischtem System sind fünf in der 14. Gemeindegemeinschaft und acht in der 16. Gemeindegemeinschaft vorhanden. Obwohl die Durchschnittsfrequenz im allgemeinen erheblich niedriger geworden ist, kann von einem gedeihlichen mehr individuellen Unterricht noch nicht die Rede sein.

Bereits vor Jahresfrist wurde beschlossen, für die oberen Klassen der Gemeindegemeinschaften die Lernmittel unentgeltlich abzugeben, bis heute ist der Beschluß noch nicht zur Ausführung gelangt. Es wird behauptet, daß für die 4400 Kinder, die in Frage kommen, gegen 70 000 M. aufgewendet werden müßten. Bei den Etatsberatungen wird sicher hierzu Stellung genommen werden.

Wilmersdorf-Halensee.

Die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf hat am Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 12 Stimmen den Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahn, über dessen Inhalt wir am Dienstag das wesentlichste mitgeteilt haben, angenommen. Von sozialdemokratischer Seite weist Stadtverordneter Nibel in eingehender Darlegung auf den gemeingefährlichen Charakter des Vertrages hin, ohne daß es ihm bei der Stimmung der Mehrheit gelingen konnte, die von der Minderheit beantragte Zurückweisung des Antrages an einen Ausschuss durchzuführen.

Ein Auffehen erregender Vorfall ereignete sich zu Beginn der Sitzung. Der Stadtverordnetenvorsteher Professor Leidig teilte mit, daß der Magistrat eine Verleumdungsklage gegen ihn angehängt habe. In einem Privatgespräch mit dem Stadtverordneten Dr. Heimig und dem Stadtrat Gebbrand soll er sich dahin geäußert haben, daß das Verhalten des Magistrats in der geheimen Sitzung vom 14. Januar einem Geschwätter von Gänsen glich. Wir geben zu, wenn auch nicht so, und doch ähnlich so geäußert zu haben. In Konsequenz dieses Vorganges fühlt er sich verpflichtet, solange auf den Vorfall in der Stadtverordnetenversammlung zu verzichten, bis die Angelegenheit geklärt sei.

Rixdorf.

Unter dem Verdacht, vor zwei Jahren seinen Landsmann erstochen zu haben, wurde gestern ein Jäger verhaftet. Seit dem Jahre 1908 suchte die Staatsanwaltschaft zu Stargard in Pommern durch Stadtbrief den Waffner Robert Hennig, der den 60 Jahre alten Jäger Albert Anton in dem Dorfe Langenhagen bei Stargard erschoss. Hennig hatte gleich nach der Mordtat das Weite gesucht. Gestern wurde von einem Rixdorfer Kriminalkommissar am Radowdamer ein Jäger festgenommen, in dem der Gesuchte vermutet wird. Der Verhaftete wurde zunächst im Gerichtsgefängnis untergebracht, um alsdann nach Stargard übergeführt zu werden.

Seinen Beziehungen erlegen ist der fünfjährige Sohn Willi der Witwe Hauser, der, wie berichtet, in der Waschküche des Hauses Bahmannsdorfer Straße 52 beim Spielen von einem um ein Jahr älteren Knaben in einen Kottich mit siedendem Wasser gestochen worden war und am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten hatte. Trotzdem die Ärzte zunächst Hoffnung hegten, daß bedauernswerte Kind am Leben erhalten zu können, ist der Kleine vorgestern nach entsetzlichen Leiden im Rudower Krankenhaus verstorben.

Groß-Lichterfelde.

Die Tagesordnung der ersten Sitzung der Gemeindevertretung in diesem Jahr zeichnete sich durch dieselbe Dürftigkeit aus wie sonst. Der einzige Gegenstand von weittragender Bedeutung, die Erneuerung der Stadtrechte für unseren Ort, war merkwürdigerweise für die nichtöffentliche Sitzung reserviert, obwohl es in dieser Angelegenheit nichts gibt, was die Öffentlichkeit nicht wissen sollte oder könnte.

Den Rechnungsabschluss über die Einnahmen und Ausgaben des Rieselsgutes Werben pro 1909 gab dem Gemeindevorsteher Jäger Veranlassung zu einem Protest wegen der Etatsüberschreitungen; er verlangte, daß künftig vorher die Genehmigung der Gemeindevertretung bei notwendigen Mehrforderungen eingeholt werde. Andere Gemeindevorsteher forderten die kaufmännische Buchführung, um eine klare Uebersicht über den Betrieb und die Wirtschaftung des Rieselsgutes zu erhalten. Namens des Gemeinde-

vorstand erklärte Dr. Lengner, daß es oft unmöglich sei, die sofortige Genehmigung der Gemeindevertretung bei dringlichen Nachforderungen einzufordern; die Dispositionen des Gutverwalters hingen sehr oft vom Wetter, sonstigen Zufälligkeiten und besonders von der in der Landwirtschaft häufig wechselnden Konjunktur ab. Da ließen sich nicht immer die bürokratischen Regeln einhalten, wenn man nicht die Gemeindevorteile schädigen wolle. Die Rechnung, die mit einem Betriebsüberschuss von 4546,16 M. abschließt, wurde hierauf genehmigt.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die neue Vorlage über die Heranziehung der Anlieger zu den Pflasterkosten der Hauptstraße, die sich insgesamt auf über eine Million 200 000 M. belaufen. Die Gemeindevertretung hatte früher beschlossen, daß in Ansehung der besonderen Vorteile für die Grundbesitzer der genannten Straße dieselben % der Regulierungskosten zu tragen hätten. Dieser Beschluß wurde seitens des Kreisauerschusses genehmigt, vom Bezirksauschuss jedoch auf Klage der Grundbesitzer aufgehoben und ein Anteil derselben von 50 Proz. der gesamten Pflasterkosten als angemessen bezeichnet. Der Bezirksauschuss erklärte die Hauptstraße als eine bedeutende Durchgangsverkehrsstraße mit verschiedenen Bauweisen; daraus zog er den wohl nicht ganz zutreffenden Schluß, daß die Anlieger im Verhältnis zur Gemeinde einen größeren Vorteil von der Regulierung der Straße nicht hätten. Die entgegengegesetzte Annahme wäre wohl richtiger gewesen. Eben weil die genannte Straße einen erheblichen Verkehr aufweist, bringt deren Verbesserung einen sehr erheblichen Vorteil für die Anlieger mit sich. — Durch dieses Urteil ist die Gemeinde in eine böse Patsche geraten, die nun circa 800 000 M. für die Pflasterung aufbringen muß. Schöffe Dr. Domino begründete die Vorlage des Gemeindevorstandes, die Kosten nach folgendem Maßstabe einzuziehen: Von den Anliegern des Strahenteils Giesendorfstraße—Wäferstraße und Augustastraße—Schützenstraße 50 Proz., für den mittleren Teil, die Dorf- und 30,47 Proz., soweit die dortigen Grundbesitzer bereits früher einmal einen Zuschuß zu den Pflasterkosten geleistet haben. Schöffe Dr. Lengner wandte sich energisch gegen die Verabschiedung dieser Vorlage, die er als Mitglied des Gemeindevorstandes nicht einmal kenne, und die er in ihrer Fassung für sehr bedenklich halte. Es seien früher Fehler genug gemacht worden und es sei höchste Zeit, zur Vorsicht zu mahnen. Dr. Domino erwiderte in gereiztem Tone, daß die Vorlage von allen Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der zuständigen Kommission in der von ihm gegebenen Fassung angenommen worden sei. Auf die Frage Lengners, wo das betreffende Protokoll sei, warf Domino ein Paket Alken auf den Tisch, wobei seine Ausführungen für den Pressetisch verloren gingen. Nach längerer Debatte wurde dem Antrag prinzipiell zugestimmt, vorbehaltlich einer genaueren Formulierung des Gemeindebeschlusses.

In der darauffolgenden geheimen Sitzung wurde über den Antrag auf Verleihung der Stadtrechte verhandelt; die Angelegenheit hängt mit der Gründung des Zwangsverbandes Groß-Berlin zusammen. Der Beschluß lautet: Die Gemeindevertretung beantragt einstimmig bei der Königl. Staatsregierung, der Gemeinde Groß-Lichterfelde die Stadtrechte baldmöglichst zu erteilen. Ein Ausschreiben aus dem Kreise Lestow wird hierbei zunächst nicht beabsichtigt. Dieser Beschluß wird unter der bestimmten Voraussetzung gefaßt, daß der künftigen Stadt Groß-Lichterfelde die eigene Polizei verbleibt.

Ueber ein Liebesdrama, wobei ein junges Mädchen das Leben anblähte, wird folgendes berichtet: Die siebzehn Jahre alte Erna Liebke von hier hatte vor mehreren Monaten einen Drogisten aus Berlin kennen gelernt. Das Liebesverhältnis der jungen Leute wurde jedoch von den Eltern der jungen B. nicht gebilligt. Das Mädchen sahte daher den Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. In der vergangenen Woche verschwanden die beiden plötzlich. Sie logierten bis zum Sonnabend in einem kleinen Gasthaus in einem Dorfe bei Magdeburg. Dort wollten sie die Verzweilungstat ausführen. Sie hatten sich von Berlin verbundene Klaustraße mitgebracht; hieron gab der Bräutigam seiner Geliebten zu trinken. Ihm selbst aber sahen der Mut zu fehlen und dem Gift etwas zu genießen. Er bekam es mit der Furcht zu tun und, die Geliebte hilflos zurücklassend, ergriff er die Flucht. Das junge Mädchen wurde später nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde übergeführt, wo es vorgefunden den Wirkungen des Giftes erlag. Die Polizeibehörde sucht nun den Drogisten zu ermitteln. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Verkehrsalamität zwischen Zehlendorf und seinen südlichen Ortsteilen wächst immer mehr zum Schaden der Bewohner dieser Ortsteile aus. Besonders ist dies bei Schönow der Fall. Der 1/4 Stunden lange Weg von Zehlendorf nach Schönow mag im Sommer bei schönem Wetter eine gewisse Annehmlichkeit bieten, das heißt auch nur, wenn die Staubentwicklung nicht zu stark ist; sobald aber die Regenzeit oder im Winter starker Schneefall und Tauwetter eintritt, beginnt eine Notamität für die Schönower Bewohner. Besonders hat die Schmutzige dann zu leiden. Die Kleinen sollen bei Wind und Wetter den weiten Weg zu Fuß machen, soweit die Eltern sie aus diesen Gründen nicht lieber die einlässige Volksschule in Schönow selbst durchmachen lassen. Selbstverständlich haben die Eltern ein Interesse daran, ihre Kinder die verhältnismäßig gute Schule in Zehlendorf besuchen zu lassen. Sie helfen sich jetzt vielfach so, daß sie die Kinder bei gar zu schlechtem, gesundheitschädlichem Wetter aus der Schule fernhalten; das hat einen unberechenbaren Schaden für die Kinder, aber auch für die Schule. Hinzu kommt, daß die Eltern in ständiger Sorge leben, daß die Kleinen wegen dieser Schulerückstände von den Lehrern geprügelt werden. Diese Besorgnis wurde kürzlich in einer Versammlung des Ortsvereins Schönow lebhaft besprochen und es wurde beschlossen, Material zu sammeln über etwa aus solchen Gründen stattgefundenen Rückstellungen. Wegen der Aufzählung, daß überhaupt schon einmal aus solchen Gründen Rückstellungen stattgefunden haben, wehrt sich jetzt der Leiter der Volksschule, Herr Viktor Hoffmeister, mit aller Entschiedenheit. Wir meinen, daß gerade die Zehlendorfer Lehrerschaft sich mit aller Entschiedenheit aus pädagogischen Gründen gegen diese Vernachlässigung Schönows wehren sollte. Sämt die Gemeinde es zu, daß die Kinder von Schönow in die Zehlendorfer Gemeindegemeinschaft gehen dürfen, dann muß sie auch dafür sorgen, daß sie die Möglichkeit haben, an allen Tagen die Schule zu erreichen. Wie soll denn die Ordnung in der Schule aufrecht erhalten werden, wie sollen diese Kinder die Möglichkeit haben, den Lehrplan richtig zu absolvieren, wenn sie wegen der schlechten Verkehrsmöglichkeit öfter die Schule veräumen müssen? Will die Gemeinde die so dringliche Verkehrsfrage nicht endlich gründlich regeln, dann muß gefordert werden, daß für die Schönower und eventuell auch für die entfernt wohnenden Wagnower Kinder an schlechten Tagen von Gemeindegemeinschaft ein Fuhrwerk gestellt wird. Das läge im Interesse der Schule und der Kinder, und diese Forderung sollten auch die Lehrer erheben.

Röpenitz.

In der ersten Stadtverordnetenversammlung des neuen Jahres wurden zunächst die Magistratsmitglieder Selchow, Dr. Wöhning und Streichen sowie die neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt. Dem Bureau gehört als Schriftführer Genosse Calle an. Als Sitzungstag wurde der Freitag festgesetzt; Beginn der Sitzungen ist um 5 Uhr abends. Hierauf gab die Versammlung ihre Zustimmung, daß bis o-bis des Hirschgärtens hinter dem päpstlichen Elektrizitätswerk 6000 Quadratmeter Forst niedergelegt werden, um auf der Stelle eine Schankwirtschaft zu eröffnen. Bei Beratung der Vorlage des Magistrats, wonach für die Errichtung kleiner Logierzelle von Sportplätzen pro Tag 1 M. erhoben werden sollte, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Begründend betonte der Magistrat, daß am Strande nicht nur Erholungsstube ihre Zelte aufschlagen, sondern, daß auch allerlei fragwürdige Personen tagelang dort haften und erheblichen

Schaden anrichten. Letztere solle eigentlich das Erhebungsgeld treffen. Demgegenüber wurde betont, daß durch solche Gebühren wohl die Erholungsbedürftigen behindert, nicht aber die fragwürdigen Elemente verdrängt würden. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Den Hauptpunkt der Sitzung bildete der Gesandtschaftsbesuch an der Pirschheide zwecks Errichtung eines Lustschiffhafens. Der Magistrat hat mit der Zeppelinluftschiffgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der in Kraft tritt, sobald das nötige Gelände angekauft ist. Die Rechte des Vertrages werden später auf eine aus größeren Kapitalien gebildete Gesellschaft übergeben. 1917 soll eine Lustschiffhalle gebaut werden, es wird dann ständig ein Zeppelinluftschiff stationiert. Der Forstinspektur hat sich zum Verkauf eines Geländes von 15 Hektar zum Preise von 3 M. pro Quadratmeter an die Stadt bereit erklärt. Außerdem müssen noch andere, Privatpersonen gehörige Grundstücke angekauft werden, so daß das ganze Gelände den Betrag von etwa 888 000 M. erfordern wird. Nach dem abgeschlossenen Vertrage erhält die Stadt für Ueberlassung des Geländes in den ersten zwei Jahren 2 Proz., des auf 900 000 M. festgesetzten investierten Kapitals. Bei Unterbilanz fällt diese Pacht fort. Ohne Rücksicht auf Unter- oder Ueberbilanz beträgt die Pacht vom dritten Jahre ab bis auf weiteres 3 Proz., und falls die Dividende auf 4 Proz. steigen sollte, fällt der Stadt der vierte Teil des Ueberschusses zu. Der Vertrag hat eine Dauer von 40 Jahren. Das Optionsrecht beträgt 10 Jahre und wird dann um weitere 10 Jahre verlängert. Innerhalb der ersten 10 Jahre kann die Gesellschaft den Platz zum Preise von 900 000 M. ankaufen. Außerdem werden die Unkosten und Zinsausfälle unter 4 Proz. in Ansatz gebracht. Auch bleibt die Stadt noch am Gewinn beteiligt, solange der Platz zu Flugzwecken benutzt wird. Die Gesellschaft wird auf dem Platz ein größeres Restaurations-Etablissement errichten. Für bequeme Fahrgelegenheit soll Sorge getragen werden. — Der Bebauungsplan der Neuener Vorstadt brachte eine endlose Debatte. Die Stadt will mit Herrn v. Rendelslohn ein Kaufgeschäft machen, indem sie ihren Besitz in der Vertinistraße an Herrn v. Rendelslohn abtritt und dafür von diesem Ertrag in der Höfenstraße erhält, außerdem muß er noch 20—30 000 M. zahlen. Die Bedingungen, die an dieses Geschäft geknüpft sind, sind für die Stadt nicht die glänzendsten und die Stadtverordneten konnten es sich nicht verkneifen, dem Magistrat den Vorwurf zu machen, daß er sich habe über Ohr haufen lassen. Herr v. Rendelslohn ist ein Rechenkünstler. Die Stadtväter bissen schließlich doch in den sauren Apfel, nachdem dem Magistrat erklärt worden war, daß man unbedingt zustimmen müsse, wolle man der Stadt eines der schönsten Gelände Potsdams erschließen, zu dem Herr v. Rendelslohn den Schlüssel habe. Hiermit ist das Projekt der Höfenstraße gesichert, während die Vertinistraße laßter wird. Die Baustellen der Höfenstraße werden man, da sie sehr günstig liegen, mit 15 M. pro Quadratmeter an den Mann zu bringen. — Gelegentlich der Staatsfeierlichkeiten für das Fortbildungsschulwesen hat der Stadtverordnete Glauer den Magistrat, die Verfügung rückgängig zu machen, nach welcher die Unterrichtsstunden der Fortbildungsschule ab 1. April d. J. in die Zeit von 6—7 Uhr im Winterhalbjahr (bisher 6—8 Uhr) und von 8—9 Uhr im Sommerhalbjahr (bisher 7—9 Uhr) verlegt werden sollen. Die Handwerksmeister seien dadurch geschädigt. Die Begründung, daß die Schulleistungen nicht genügend wären, weil die Schüler abgelenkt zur Schule kämen, sei nicht zutreffend, denn von einer Abspannung sei abends, wenn die Jungen aus dem Heimweg von der Schule seien, nichts zu merken. Die Meister hätten den Wunsch, daß die Lehrlinge in den ersten zwei Jahren eine Schule überhaupt nicht besuchen und dann vielleicht ein Vierteljahr gründlich Unterricht erhielten. Dann könne sich der Arbeitgeber wenigstens einrichten usw. (Der Stadtverordnete Glauer, der während seiner geistreichen Rede verschiedentlich durch „sehr richtig“, „sehr gut“ ausgezeichnet wurde, ist Schlossermeister und beschäftigt neben 5—8 Gehilfen durchschnittlich 15—18 Lehrlinge. Diese Tatsache erübrigt wohl einen weiteren Kommentar.) Bürgermeister Rodig wünschte, über die Anregungen des Herrn Lehrlingsausbilders keinerlei Bescheid zu fassen. Diesem kam man nach. — Das Grundstück Leipzigerstraße 9 wird auf weitere 3 Jahre zum Preise von 5000 M. verpachtet. — Der für die Beschäftigung arbeitsloser Stadtbanner ausgeworfene Betrag von 5000 M. wurde auf 8000 M. erhöht. — Nach der vor kurzem geänderten Grundwertsteuerordnung sind landwirtschaftlich oder gärtnerisch betriebene Grundstücke nur mit zwei Dritteln des gemeinen Wertes zu besteuern. Bei auf eine Tiefe von 60 Metern an der Straße liegenden Grundstücken sollte die Ermäßigung nicht eintreten und bei Eckgrundstücken sollte die längere Strahensuchlinie maßgebend sein. Der Bezirksauschuss hat diese Bestimmung beanstandet.

Spandau.

Eine gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Quartalsbericht des Vorsitzenden Genossen Sator entgegen. Aus demselben ist bemerkenswert, daß die Aktion in Falkenhagen-Seegefeld zur Erlangung eines Lokals doch noch von Erfolg gekrönt worden ist. Das Lokal Nicolai in Seegefeld ist jetzt frei. Nicht so erfolgreich sind die Bemühungen in Tiefwerder gewesen. Nachdem hier alle Versuche fehlgeschlagen, ist über sämtliche Lokale in Tiefwerder der Vorschlag verhängt worden. Entgegengesetzte Wirkung hat das Eingreifen der Behörden im Bezirk Kommandant gezeitigt. Durch das rigorose Vorgehen der Polizei erbittert, hat hier der Wirt, der sich bisher sehr reserviert verhielt, sein Lokal der Partei zur Verfügung gestellt. Auch die hier vorgenommene „Vorwärts“-Agitation hatte gute Erfolge aufzuweisen. Aus dem Kassenbericht geht ein Steigen des Kassen- und Mitgliederbestandes hervor. Genosse Köppen wies bei seinem Bericht darauf hin, daß jetzt kurz vor der Wahl es jeder als seine Pflicht betrachten müsse, mit seinen Beiträgen auf dem laufenden zu bleiben. Mit der von manchem Genossen beliebten Säumnigkeit müsse gedrohen werden. Mit den Berichten der Kommissionen erklärte sich die Generalversammlung einverstanden. Auf Antrag des Vorstandes wurde Genosse Ranter, der sich Unredlichkeiten hatte zuschulden kommen lassen, ausgeschlossen. Eine längere Debatte rief der Antrag des Vorstandes, die hiesige Vorwärtsbuchhandlung an Berlin anzugliedern, hervor. Nach kurzem Rückblick über die Entwicklung der hiesigen Buchhandlung, den Genosse Köppen gab, nahm dann die Versammlung gegen zwei Stimmen den Antrag an. Auch der Antrag, den Wochenbeitrag für Männer a 10 Pf. einzuführen, wurde nach kurzer Diskussion gegen 3 Stimmen angenommen. Als Delegierte zu der am 19. Februar, vomittags 10 Uhr, bei Goltzbad stattfindenden Kreisgeneralversammlung wurde die Genossin Wegener und die Genossen Sator und Bied gewählt. Unter Verschiedenes machte Genosse Sator noch bekannt, daß am Sonnabend, den 28. Januar cr. bei Köpenitz eine Frauenversammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein stattfindet.

Aus aller Welt.

Die Unterseebootkatastrophe im Kieler Hafen.
Der Untergang des Unterseebootes „U 3“ in der Kieler Bucht hat bedauerlicherweise drei Menschenleben vernichtet. Die gestern ausgesprochene Vermutung, daß es gelingen werde, die im Turm des Bootes eingeschlossenen drei Mann der Befahrung, Kapitänleutnant Fischer aus Darmstadt, Leutnant zur See Kalbe aus Berlin und Torpedomatrose Nieper aus Hamburg, noch lebend zu retten, hat sich leider nicht bestätigt. Gestern morgen 4 Uhr konnte das Unglücksboot mit Hilfe des Hebeschiffes „Sulkan“ geborgen werden. Bei der Öffnung des Turmes wurden die drei Verunglückten in leblosem Zustande aufgefunden. Trotz der sofort vor-

genommenen Wiederbelebungsversuche gelang es nicht, die Verunglückten ins Leben zurückzurufen.

Ueber die Katastrophe wird von amtlicher Stelle folgende zusammenhängende Schilderung gegeben:

Bei einer am gestrigen Tage gegen 10 Uhr vormittags in dem östlichen Kieler Hafen bei Heitendorf stattgefundenen Tauchübung des Unterseebootes U 3 sank das Boot, ohne sich selbst wieder mit seinen Hilfsmitteln über die Oberfläche bringen zu können. Durch die von dem Begleitboot sofort herbeigerufenen Kriegsschiffe und Bergfahrzeuge gelang es, Verbindung mit dem gesunkenen Boot herzustellen. Aus dem Boot wurde durch Telefon gemeldet: Wasser dringt achtern ein. Schon um 11 Uhr vormittags war der große Schwimmkran der kaiserlichen Werft zur Stelle, und es gelang, das Boot, das sich inzwischen durch Ausblasen des vorderen Ballasttanks vorn aus dem Wasser gehoben hatte, mit Hilfe des Krans soweit zu heben, daß die Mündung des Torpedolancierrohrs aus dem Wasser kam. Durch dies Rohr wurden gegen 3 1/2 Uhr nachmittags 28 Personen aus dem Boot geholt. Hierbei zeichneten sich der Oberleutnant zur See Valentiner, Bootsmannmaat Heinrich und Torpedoschiefer Giehrer besonders aus, indem sie durch das Torpedorohr ins Boot hineingingen und ihre Kameraden unter schwierigen Umständen aus dem sehr engen Raume retteten. Es zeigte sich, daß die Rettung der im Kommandoturm eingeschlossenen drei Personen — Kommandant, Wachoffizier und Kubers — nur nach Hebung des Bootes durch „Sulkan“ möglich war. Erst nach Bergung der Leute aus dem vorderen Schiffsraum konnte „Sulkan“ an die Hebung des Bootes und somit an die Rettung der im Kommandoturm eingeschlossenen Leute gehen. Hierzu mußte das Unterseeboot erst wieder auf den Grund gesenkt werden. Trotz der früh einsetzenden Dunkelheit und des frischen Windes gelang es „Sulkan“, um 4 Uhr morgens das Boot zu heben und die im Turm befindlichen Leute zu bergen. Diese gaben noch einzelne schwache Lebenszeichen von sich. Die schon vorher vorbereiteten und sofort mit allen Mitteln angestellten Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos. Das Unterseeboot wird im Laufe des heutigen Vormittags eingedockt. Die Ursache des Eindringens von Wasser in die hinteren Schiffsräume wird erst nach der Dichtung festgestellt werden können. Die gesamten Bergungsarbeiten sind von allen Beteiligten mit großer Umsicht, Energie und aufopferungsvoller Hingabe ausgeführt worden.

Die Pest in der Mandchurei.

Ueber den Umfang der Pestkrankungen meldet ein Telegramm aus Charbin, daß dort in den letzten 24 Stunden zehn Pestkranke und sechs Leichen aufgefunden worden. In Beobachtung befinden sich 1709 Personen, unter ihnen 22 Europäer. Isoliert sind 23 Personen, unter ihnen zwei Europäer. Seit dem Beginn der Epidemie sind auf dem Charbiner Bestattungshofe 408 Leichen beerdigt worden.

Der russische Ministerrat beriet am Dienstag über Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung der Seuche.

Das Finanzministerium wurde angewiesen, alle Maßregeln zur Bekämpfung der Epidemie zu ergreifen, und insbesondere der Einschleppung der Pest aus den außerhalb der Bahnzone gelegenen chinesischen Ortschaften entgegenzuwirken. Da über die Fortschritte der Epidemie im Innern Chinas nur unsichere Nachrichten einlaufen und somit für Rußland und die übrigen europäischen Staaten die Gefahr der Einschleppung besteht, hat der Ministerrat den Minister des Äußeren beauftragt, die chinesische wie die übrigen interessierten Regierungen zu erforschen, zur wissenschaftlichen Erforschung der Krankheit und zur Uebermittlung richtiger Mitteilungen eine Expedition nach der Mandchurei zu entsenden.

Der Skandal in der amerikanischen Marine.

Nach einer New Yorker Depesche des „Gerald“ macht man in Amerika alle möglichen Anstrengungen, um den Skandal des Admirals Barry, der homosexueller Verhältnisse an Untergebenen beschuldigt wird, so wenig als möglich aufkommen zu lassen. Die Marineoffiziere haben sich entschlossen, über die ganze Angelegenheit nicht zu sprechen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Admiral nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werden; sollte dies dennoch geschehen, so wird die Verhandlung hinter geschlossenen Türen geführt werden. 6 Matrosen, die als Komplizen des Admirals zu betrachten sind, werden im Hospital bewacht, alle Verbindung mit ihnen ist verboten. Auch die Presse bemüht sich, so wenig wie möglich aus dem Skandal zu machen. Die Hälfte der Zeitungen hat überhaupt fast nichts darüber gebracht und selbst die Sensationspresse verhält sich sehr reserviert. Eine einzige Zeitung diskutierte gestern abend die Chancen des Admirals vor einem Kriegsgericht.

Jedem das Seine.

In Hessen hatten einige Lehrer Ordensauszeichnungen abgelehnt, weil der Charakter der Orden „nicht ihrer sozialen Stellung entspreche“. In einem Beschluß erlaubt nun der hessische Lehrerverein die Regierung, so lange keine Lehrer zur Dekoration vorzuschlagen, als sich die Regierung nicht entschließen könne, allen Lehrern den gleichen Orden zu gewähren. Die hessischen Volksschullehrer werden glauben, jener Beschluß sei „eine mannhafte Tat“.

Kleine Notizen.

Zur Katastrophe des „Hildebrandt“. Der bei der Bergung ins Wasser gesunkene Leichnam des Profuristen Reidel aus Berlin ist gestern aus dem See bei Wildenbruch herausgeholt worden. Auch mehrere den Luftschiffen gebührende Ausrüstungsgegenstände wurden bei dem Abfließen des Wassers zutage gefördert.

Beim Eisfahren verunglückt. Der Leutnant Aschmann vom österreichischen Jägerbataillon Nr. 8 ist auf einer Skitour in den Rätner Alpen dadurch verunglückt, daß er sich den eigenen Stiefel in den Leib gesteckt hat. Stürzende Soldaten fanden den Leutnant schwer verwundet und beinahe vollständig verblutet. Trotz seiner schweren Verwundungen hofft man, ihn am Leben erhalten zu können.

Ein Ordnungshüter. Vor dem Bromberger Schwurgericht wurde am Dienstag der Kriminalkommissar Schreiber wegen Unterschlagung im Amte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Von der Anklage der Missetat wurde er freigesprochen.

In einer Mergelgrube verunglückt. Seit mehreren Tagen wird an der Rettung zweier verschütteter Arbeiter gearbeitet, die bei dem Einsturz einer Mergelgrube bei Wessville in Frankreich von der Außenwelt abgetrennt wurden. Die beiden vermochten sich in einen Seitenstich zu flüchten und befinden sich noch am Leben. Man konnte ihnen durch einen Spalt Lebensmittel reichen. Um zu ihnen zu gelangen, gräbt man gegenwärtig einen Schacht, auch ist eine Abteilung Gendarmen zu den Rettungsarbeiten kommandiert worden.